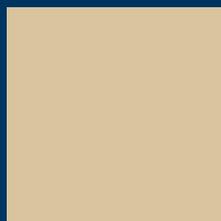
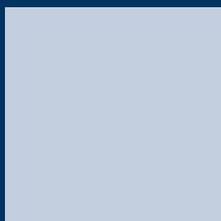




Die Sozialwirtschaft Hessens als Wirtschaftsfaktor

Entwicklungslinien und volkswirtschaftliches Gewicht

Sozialwirtschaftsstudie Hessen (Teil II)



Alejandro Rada, Anne Stahlmann
unter Mitarbeit von Wolfgang Kleemann

Impressum

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, März 2017

Herausgeber

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
60439 Frankfurt am Main

Titelbild

© alphaspirt / www.fotolia.de

Die Sozialwirtschaft Hessens als Wirtschaftsfaktor – Entwicklungslinien und volkswirtschaftliches Gewicht

Inhaltsverzeichnis

1	Kurzfassung	1
2	Einleitung	4
3	Sozialwirtschaft Hessens – Entwicklungslinien und volkswirtschaftliches Gewicht	6
3.1	Definition der Sozialwirtschaft – Ein heterogenes Verständnis des Begriffes	6
3.2	Abgrenzung der Sozialwirtschaft in der amtlichen Statistik – Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008	9
3.3	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung der Sozialwirtschaft – Erfassung des Beschäftigungsausbaus	17
3.4	Fachkräftemangel in der Sozialwirtschaft – Aktuellen und zukünftigen Fachkräftengaps begegnen	28
3.5	Der Wertschöpfungsbeitrag der Sozialwirtschaft – Wachstumsfaktor für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung	30
4	Die Freie Wohlfahrtspflege als Wirtschaftsfaktor in Hessen	37
4.1	Methodik – Ein vielschichtiges Verfahren zur Bestimmung der Wirtschaftskraft der Freien Wohlfahrt in Hessen	38
4.2	Statistische Abgrenzung der Freien Wohlfahrt in der amtlichen Statistik – Soziale und gesundheitsbezogene Einrichtungen	42
4.3	Das Gewicht der Freien Wohlfahrtspflege in der Sozial- und Gesamtwirtschaft in Hessen – Ein Bedeutungszuwachs als Arbeitgeber	43
4.4	Die Entwicklung des Gewichts ausgewählter Arbeitsbereiche der Freien Wohlfahrt in Hessen – Kitas, Pflegeheime und Krankenhäuser	46
4.5	Der Wertschöpfungsbeitrag der Freien Wohlfahrtspflege – Das volkswirtschaftliche Gewicht sozialer und gesundheitsbezogener Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege	49
4.6	Das Leistungsspektrum der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen 2015 – Einrichtungen und Anzahl an beruflich Beschäftigten	51
4.7	Die Bedeutung der Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege am Beispiel des Landkreises und der Stadt Gießen	55
4.8	Nachfrageimpulse der Altenhilfeeinrichtungen in der Stadt und im Landkreis Gießen für die Volkswirtschaft Hessen	57
4.9	Bürgerschaftliches Engagement in der Freien Wohlfahrt	62

5	Fazit: Der Beitrag der Freien Wohlfahrtspflege und der Sozialwirtschaft zur hessischen Wirtschaft	67
6	Anhang: Datenrevision der Bundesagentur für Arbeit	69
	Literaturverzeichnis	70

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Vor- und Nachteile der Abgrenzung der Sozialwirtschaft nach Wirtschaftszweigen der WZ 2008	12
Tabelle 2:	Wirtschaftszweige der Sozialwirtschaft nach der WZ 2008	14
Tabelle 3:	Definition der Wirtschaftsgruppen der Sozialwirtschaft in der WZ 2008	15
Tabelle 4:	Strategien zur Begegnung der Fachkräfteengpässe	30
Tabelle 5:	Bruttowertschöpfung in absoluten Werten nach Wirtschaftssectoren und ausgewählten Branchen Hessens 2013 (Preise = 2013)	34
Tabelle 6:	Verfahren zur Bestimmung der Freien Wohlfahrtspflege als Wirtschaftsfaktor	38
Tabelle 7:	Übersicht über Sekundärdaten zur Quantifizierung der Freien Wohlfahrt differenziert nach den Wirtschaftszweigen	39
Tabelle 8:	Bruttowertschöpfung in absoluten Werten nach Wirtschaftssectoren und ausgewählten Branchen Hessen 2011 (Preise = 2011)	50
Tabelle 9:	BAGFW-Klassifizierung und die enthaltenen Teilbereiche	52
Tabelle 10:	Einrichtungen der Altenhilfe gemäß der Klassifikation der BAGFW-Gesamtstatistik	55
Tabelle 11:	Ergebnisse der Multiplikatorenanalyse	61
Tabelle 12:	Bürgerschaftliches Engagement in der Altenhilfe	65
Tabelle 13:	Wertschöpfungsbeitrag der ehrenamtlichen Arbeit	66

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Abgrenzung der Handlungsfelder der Sozialwirtschaft	8
Abbildung 2: Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 am Beispiel ambulanter sozialer Dienste	10
Abbildung 3: Definition Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	18
Abbildung 4: Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten an der Gesamtwirtschaft nach Wirtschaftssektoren, Hessen 2015	19
Abbildung 5: Veränderung im Anteil von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Gesamtwirtschaft nach Sektoren 2015 (Index 2009 = 100)	20
Abbildung 6: Anteil von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) der Sozialwirtschaft an der Gesamtwirtschaft und an der Bevölkerung nach Bundesländern 2015	21
Abbildung 7: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte der Sozialwirtschaft in Hessen 2009 bis 2015	22
Abbildung 8: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte der Sozialwirtschaft Hessens nach Wirtschaftszweigen 2015	23
Abbildung 9: Wachstumsraten der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, Hessen 2014 (Index 2009 = 100)	24
Abbildung 10: Wachstum der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach Bundesländern zwischen 2009 und 2014 (Index 2009 = 100)	25
Abbildung 11: Wachstumsraten der Sozialwirtschaft nach Wirtschaftszweigen zwischen 2009 und 2014 (Index 2009 = 100)	26
Abbildung 12: Beschäftigungsstruktur der Sozial- und Gesamtwirtschaft nach Voll-/Teilzeit und Männer/Frauen in den Jahren 2009 und 2015	28
Abbildung 13: Beitrag der Sozialwirtschaft zur gesamten Bruttowertschöpfung Hessen und Deutschland 2008 – 2013	35
Abbildung 14: Wachstumsraten der preisbereinigten Bruttowertschöpfung (Preise = 2010) nach Wirtschaftsbereichen Hessen (Index 2008 = 100)	36
Abbildung 15: Verfahren zur Bestimmung des Anteils der Freien Wohlfahrt an der Sozialwirtschaft am Beispiel der Altenhilfe	40
Abbildung 16: Anteil an der Gesamtwirtschaft und absolute Zahlen	44
Abbildung 17: Wachstumsraten der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung (Basisjahr = 2008)	44
Abbildung 18: Gewicht der Freien Wohlfahrtspflege innerhalb der Sozialwirtschaft in Prozentsatz 2012	46
Abbildung 19: Hessische Pflegeheime und Krankenhäuser differenziert nach der Trägerschaft im Zeitverlauf (2007 – 2013) in absoluten Zahlen	47
Abbildung 20: Krankenhäuser in Hessen – Vollkräfte im Jahresdurchschnitt und Bettenanzahl in Prozent	48

Abbildung 21: Kindertageseinrichtungen und darin beschäftigtes pädagogisches Personal in Hessen differenziert nach Trägerschaft: Wachstumsraten (Basisjahr = 2008)	49
Abbildung 22: Wachstumsraten der preisbereinigten Bruttowertschöpfung (Preise = 2010) nach Wirtschaftsbereichen Hessen (Index 2008 = 100)	51
Abbildung 23: Anzahl an Einrichtungen der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege 2015 – insgesamt 7.343 Einrichtungen	53
Abbildung 24: Anzahl an beruflich Beschäftigten in den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen 2015 – insgesamt 112.792 Hauptamtliche	54
Abbildung 25: Kostenstruktur der Altenhilfeeinrichtungen	56
Abbildung 26: Multiplikatorenanalyse für induzierte Effekte	58
Abbildung 27: Gemeldete ehrenamtliche Mitarbeitende in den Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege über die Geschäftsjahre 2011 bis 2015	64

1 Kurzfassung

In dieser Studie handelt es sich um eine Wachstums- und Konjunkturanalyse der Sozialwirtschaft und der Freien Wohlfahrtspflege als eigenständige Wirtschaftsakteure in Hessen. Ziel dieser Analyse ist, das volkswirtschaftliche Gewicht und die volkswirtschaftliche Entwicklung sozialwirtschaftlicher Einrichtungen quantitativ abzubilden und im gesamtwirtschaftlichen Kontext auszuwerten. Der zugrundeliegenden Definition des Begriffs *Sozialwirtschaft* zufolge¹ besteht diese aus Einrichtungen, die sich der personenbezogenen Versorgung durch die Erstellung sozialer, gesundheitlicher und pflegerischer Dienstleistungen widmen. Mit dem Ziel, das volkswirtschaftliche Gewicht der gesamten Wohlfahrtsproduktion in Hessen abzubilden (Kap. 3), umfasst die Definition der Sozialwirtschaft (frei-)gemeinnützige, öffentliche und privat-gewerbliche Einrichtungen. Die volkswirtschaftliche Bedeutung sozialer und gesundheitsbezogener Einrichtungen der *Freien Wohlfahrtspflege*, die in der getroffenen Abgrenzung der Sozialwirtschaft inbegriffen ist, wird in Kapitel 4 gesondert erfasst und ausgewertet.

Zentrale Ergebnisse für die Sozialwirtschaft Hessens:

- Die Sozialwirtschaft Hessens ist ein wichtiger Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor für die hessische Gesamtwirtschaft und wird in Zukunft weiterhin an Bedeutung gewinnen.
- Mit über 260.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in sozialen und gesundheitsbezogenen Einrichtungen entspricht die Sozialwirtschaft im Jahr 2015 knapp 11 % der gesamtwirtschaftlichen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Hessen. Dies bedeutet, dass mehr als jeder zehnte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplatz in Hessen der Sozialwirtschaft zuzuordnen ist.
- Im Vergleich zur Gesamtwirtschaft ist die Sozialwirtschaft Hessens durch ein weit überdurchschnittliches Beschäftigungswachstum gekennzeichnet. Von 2009 bis 2014 gab es in Hessen ein Wachstum der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Bereich der Sozialwirtschaft von 15,4 %. Das Beschäftigungswachstum der Sozialwirtschaft ist im betrachteten Zeitraum dreimal so hoch wie das Wachstum der Gesamtwirtschaft.
- Die Sozialwirtschaft entwickelt sich verstärkt im ambulanten Dienstleistungssektor. Das höchste Beschäftigungswachstum innerhalb der Beschäftigungsstruktur der Sozialwirtschaft weisen ambulante Bereiche auf.
- Trotz des beträchtlichen Anteils der Sozialwirtschaft an der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung liegt dieser in Hessen unter dem Bundesdurchschnitt. Das Verhältnis der Beschäftigtenanzahl der Sozialwirtschaft zur Bevölkerungsgröße in Hessen liegt ebenfalls unter dem Bundesdurchschnitt.
- Der bereichsübergreifende Fachkräftemangel trifft auch die Sozialwirtschaft, insbesondere die Arbeitsbereiche Kindertagesbetreuung, Altenpflege sowie Gesundheits- und

1 Zur Definition und Abgrenzung der Sozialwirtschaft vgl. Kap. 3.1.

Krankenpflege. Für die Zukunft wird der Fachkräfteengpass noch akuter eingestuft, als er bereits jetzt zum Tragen kommt.

- Die erwirtschaftete Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft Hessens betrug im Jahr 2013 über 13 Milliarden Euro, was ca. 6 % der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung Hessens entspricht. Dies bedeutet: Pro 100 Euro entstandener Wertschöpfung bzw. entstandenem Einkommen in Hessen werden 6 Euro von Einrichtungen der Sozialwirtschaft erwirtschaftet.
- Zwischen 2008 und 2013 ist die preisbereinigte Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft um rund 15,6 % gestiegen. Im Vergleich dazu ist die preisbereinigte Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft in diesem Zeitraum aufgrund der rezessiven Wirtschaftskonjunktur der vergangenen Jahre um 2,6 % gesunken. Dies beweist den stabilisierenden Charakter der Sozialwirtschaft für die gesamtwirtschaftliche Konjunktur.

Zentrale Ergebnisse für die Freie Wohlfahrtspflege in Hessen:

- Die Freie Wohlfahrtspflege ist mit über einem Drittel aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in sozialen und gesundheitsbezogenen Einrichtungen ein wichtiger Akteur der Sozialwirtschaft. Wird der Fokus auf den Sozialbereich der Sozialwirtschaft gesetzt, entspricht die Freie Wohlfahrtspflege dem wichtigsten Akteur innerhalb der Sozialwirtschaft mit bis zu 70 % der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung je nach Arbeitsbereich im Sozialwesen.
- Analog zur gesamten Sozialwirtschaft sind soziale und gesundheitsbezogene Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege eine Wachstumsbranche auf Expansionskurs – seit 2008 lässt sich ein Wachstum der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von 12,7 % nachzeichnen, das mehr als doppelt so hoch als das Wachstum der Gesamtwirtschaft ist.
- Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Freien Wohlfahrtspflege an der Gesamtwirtschaft betrug im Jahr 2012 3,4 %. Das heißt, jede/r 30. Beschäftigte in Hessen ist in sozialen und gesundheitsbezogenen Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege angestellt.
- Die wirtschaftliche Leistung sozialer und gesundheitsbezogener Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege zeigt ein überproportional dynamisches Wachstum im gesamtwirtschaftlichen Kontext: Zwischen 2008 und 2011 wuchs die erwirtschaftete Bruttowertschöpfung der Freien Wohlfahrtspflege trotz der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 um ca. 4,8 %. Sämtliche andere betrachtete Wirtschaftsbereiche verzeichneten demgegenüber einen Rückgang.
- Der Anteil sozialer und gesundheitsbezogener Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung betrug im Jahr 2011 1,9 %. Dies bedeutet, dass pro 100 Euro entstandener Wertschöpfung in Hessen etwa 1,90 Euro über die Freie Wohlfahrtspflege generiert wird.

- Das Leistungsspektrum der Freien Wohlfahrt in Hessen geht über die statistische Abgrenzung der Handlungsfelder der Sozialwirtschaft hinaus und umfasst ein breiteres Dienstleistungsangebot. In Trägerschaft der Freien Wohlfahrt gibt es im Jahr 2015 laut erhobenen Daten über die Verbände 7.343 Einrichtungen mit insgesamt 112.792 hauptamtlichen Arbeitsplätzen.
- Nach eigenen Erhebungen und Schätzungen gehen die Wohlfahrtsverbände in Hessen davon aus, dass aktuell etwa 160.000 Ehrenamtliche in den hessischen Einrichtungen der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege tätig sind. Die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienste und Wohlfahrtspflege (BGW) registriert im Verlauf eines Geschäftsjahrs einen Teil der in den Einrichtungen der hessischen Wohlfahrtsverbände ehrenamtlich Engagierten. Werden die Zahlen der BGW (über 44.400) für das Jahr 2015 zugrunde gelegt, ergibt sich aus diesem Anteil des Ehrenamts in den hessischen Wohlfahrtsverbänden ein monetärer Mehrwert, der sich mit ca. 70 Millionen Euro innerhalb des Jahres 2015 beziffern lässt.
- Die Bedeutung der Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege lässt sich auch auf regionaler Ebene abbilden. Alleine das ehrenamtliche Engagement von ca. 500 Bürger/innen in der Altenhilfe im Landkreis Gießen entspricht einem monetären Mehrwert von knapp 650.000 Euro. Gemessen an den Effekten auf das Einkommen, den Konsum und die Beschäftigung im Bundesland Hessen erweisen sich die Einrichtungen der Altenhilfe in den betrachteten Gebietskörperschaften als bedeutende Wirtschaftstreiber.

2 Einleitung

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Sozialwirtschaft, als Gesamtheit aller sozialwirtschaftlichen Akteure im Sozial- und Gesundheitsbereich, und damit der Freien Wohlfahrtspflege, als Gesamtheit aller freigemeinnützigen Einrichtungsträger in den sechs Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege, rückt in den letzten Jahren verstärkt in den Mittelpunkt wirtschaftspolitischer Debatten. Zentral ist dabei die Frage: Welche Bedeutung haben die Einrichtungen der Sozialwirtschaft als eigenständiger Wirtschaftsakteur für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung?

Dieser Frage nachgehend wurden in den letzten Jahren eine Reihe verschiedener Untersuchungen auf Bundes- und Landesebene durchgeführt, die wesentliche Auswirkungen sozialer Einrichtungen auf die monetäre Wertschöpfung und auf den Beschäftigungszuwachs Deutschlands identifizieren.² Auf Bundesebene errechnete die Deutsche Bank für die Freie Wohlfahrtspflege einen Umsatz von ca. 38 Milliarden Euro im Jahr 2008, deutlich höher als der von etlichen Branchen des verarbeitenden Gewerbes (Falter 2010: 8f.). In Bayern erbrachte die Sozialwirtschaft 2006 eine Bruttowertschöpfung³ in Höhe von 12 Milliarden Euro, was ca. 3,2 % des bayerischen Bruttoinlandprodukts in dem Jahr entsprach (Puch/ Schellberg 2010: 7ff.). Den Berechnungen des Gesundheitsökonomischen Zentrums der TU Dresden zufolge erwirtschaftete die Sozialwirtschaft Sachsen im Jahr 2008 eine Bruttowertschöpfung von 6,1 Milliarden Euro (ca. 7,1 % der gesamten Bruttowertschöpfung im Bundesland) (Karmann/Werbloff/Karmann/Jurack 2011: 52ff.). Das Institut für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie errechnete eine Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft Thüringen von rund 2 Milliarden Euro für das Jahr 2010 (ca. 4,7 % der Bruttowertschöpfung Thüringen) (Ehrlich/Hänel 2011: 25ff.) und das Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung eine Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft von rund 3,4 Milliarden Euro im Jahr 2010 für das Land Sachsen-Anhalt (ca. 7,3 % der gesamten Bruttowertschöpfung Sachsen-Anhalts) (Wagner 2012: 18).

Die vorliegende Analyse zeigt, dass die Bedeutung der Sozialwirtschaft für die Volkswirtschaft des Bundeslandes Hessen keine Ausnahme darstellt: Von den insgesamt 2,3 Millionen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten Hessens im Jahr 2015 waren über 260.000 in der Sozialwirtschaft tätig, d. h., etwa jeder zehnte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Hessen arbeitet in den Arbeitsgebieten der Sozialwirtschaft. Darüber hinaus erwirtschaftete die Sozialwirtschaft Hessens im Jahr 2013 eine Bruttowertschöpfung von über 13 Milliarden Euro, was einem Anteil von ca. 6 % der gesamten Bruttowertschöpfung im Bundesland Hessen entspricht. Jedoch bleibt dabei der wirtschaftliche Beitrag der ehrenamtlichen Arbeit zur Gesamtwirtschaft unberücksichtigt, der im Bereich der Sozialwirtschaft, insbesondere aufgrund freigemeinnütziger Organisationen, äußerst bedeutsam ist: Nach eigenen Erhebungen und Schätzungen gehen die Wohlfahrtsverbände in Hessen davon aus, dass aktuell etwa 160.000 Ehrenamtliche in den Einrichtungen der hessischen Spitzenverbände der Frei-

2 Die aufgeführten Studien legen jedoch unterschiedliche Definitionen des Begriffes Sozialwirtschaft zugrunde. Die angenommene Abgrenzung des Begriffes Sozialwirtschaft wird nachstehend in Kap. 3.1 erörtert.

3 Zur Definition der Bruttowertschöpfung vgl. Kap. 3.5.

en Wohlfahrtspflege tätig sind. Die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienste und Wohlfahrtspflege (BGW) registriert im Verlauf eines Geschäftsjahres einen Anteil der in den Einrichtungen der hessischen Wohlfahrtsverbände ehrenamtlich Engagierten. Werden die Zahlen der BGW (über 44.400) für das Jahr 2015 zugrunde gelegt, ergibt sich aus diesem Anteil des Ehrenamts in den hessischen Wohlfahrtsverbänden ein monetärer Mehrwert, der sich mit ca. 70 Millionen Euro innerhalb des Jahres 2015 beziffern lässt.

Die Entwicklung der Beschäftigung und der erwirtschafteten Wertschöpfung der Sozialwirtschaft belegt, dass die Handlungsfelder der Sozialen Arbeit und des Gesundheitswesens einen zunehmenden wirtschaftlichen Mehrwert und wirtschaftliches Potenzial inne haben. Die verstärkte Innovation seitens des Angebots im Sozialbereich, wie z. B. präventive Ansätze in der Kinder- und Jugendhilfe im Einzelnen oder die Professionalisierung der Organisationsstrukturen im Ganzen (Nock/Krlev/Mildenberger 2013: 8ff.), zusammen mit dem steigenden Bedarf an sozialen und gesundheitsbezogenen Dienstleistungen (auch als Nachfrage zu verstehen) positionieren die Sozialwirtschaft als einen der zentralen Akteure der hessischen Wirtschaft, dessen Beschäftigungsquote und monetäre Wertschöpfung sich überdurchschnittlich im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Hessen zeigt. Auf regionaler Ebene spielt der Beitrag der Sozialwirtschaft zur Wirtschaftskonjunktur eine zentrale Rolle. Die im Rahmen dieser Studie durchgeführte Befragung von Einrichtungen der Altenhilfe von Wohlfahrtsverbänden in der Stadt und im Landkreis Gießen belegt, dass soziale Einrichtungen in ländlichen Regionen ein bedeutender Wirtschafts- und Beschäftigungsmotor sind und einen unmittelbaren Einfluss auf die Beschäftigung, das Einkommen und den Konsum haben (vgl. Kap. 4.7).

Das zweite Kapitel konzentriert sich auf eine Analyse der volkswirtschaftlichen Entwicklung der Gesamtheit sozialwirtschaftlicher Akteure im Bundesland Hessen – nachstehend als *Sozialwirtschaft* bezeichnet. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege, als wesentlicher Teil der Sozialwirtschaft, wird dabei im dritten Kapitel untersucht. Die nachstehenden Analysen beruhen auf Auswertungen von Sekundärdaten der amtlichen Statistik sowie auf primär erhobenen Daten bei Verbänden und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege. Prinzipiell wird der Fokus auf zwei Indikatoren gelegt: Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und die erwirtschaftete Bruttowertschöpfung in Hessen. Folgenden Fragen wird nachgegangen:

- Welche volkswirtschaftliche Bedeutung haben die Sozialwirtschaft im Ganzen und die Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege im Einzelnen für das Land Hessen?
- Wie entwickelt sich das Gewicht der Sozialwirtschaft und der Freien Wohlfahrtspflege innerhalb der Gesamtwirtschaft Hessens und im Vergleich zu anderen Branchen?
- Welche Merkmale weist die Beschäftigungsstruktur der Sozialwirtschaft Hessens auf und welche wirtschaftlichen Herausforderungen kommen auf die Sozialwirtschaft zu?
- Welche Bedeutung haben die Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege im ländlichen Raum?

3 Sozialwirtschaft Hessens – Entwicklungslinien und volkswirtschaftliches Gewicht

Das vorliegende Kapitel setzt den Fokus auf das volkswirtschaftliche Gewicht der Sozialwirtschaft und ihre Entwicklung in Hessen. Hierfür wurde zuerst der Begriff Sozialwirtschaft definiert und statistisch abgegrenzt (Kap. 3.1). Die zentralen Begriffe und statistischen Merkmale für die Interpretation und Auswertung der Sekundärdaten zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsanzahl (Kap. 3.2) und zur Quantifizierung der Bruttowertschöpfung (Kap. 3.5) werden daran anschließend in nachvollziehbarer Form erläutert.

Die Analysen dieses Kapitels beruhen auf verschiedensten Sekundärstatistiken, u. a. der Bundesagentur für Arbeit und des Statistischen Landesamts Hessen. Folglich wird die Größe der Sozialwirtschaft und deren Beitrag für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Hessens anhand von verlässlichen Daten abgebildet. Mit dem Ziel, eine ausführliche Wachstums- und Konjunkturanalyse der hessischen Sozialwirtschaft durchzuführen, wurden Daten sämtlicher Bundesländer abgerufen und vergleichend ausgewertet.

3.1 Definition der Sozialwirtschaft – Ein heterogenes Verständnis des Begriffes

In den folgenden Analysen steht die Sozialwirtschaft als eigenständiger Akteur der hessischen Wirtschaft, allerdings ist in der Fachliteratur keine einheitliche oder allgemein anerkannte Definition der Sozialwirtschaft zu finden. Insofern ist es an erster Stelle erforderlich, die Sozialwirtschaft auf folgenden drei Ebenen zu definieren:

- Ebene der Zweckorientierung: Mit welchen Fragestellungen setzt sich die Sozialwirtschaft vorrangig auseinander? (Kap. 3.1.1)
- Ebene des Handlungsbereichs: Welche Handlungsfelder umfasst die Sozialwirtschaft? (Kap. 3.1.2)
- Ebene der Trägerschaft: Welche Akteure umfasst die Sozialwirtschaft? (Kap. 3.1.3)

3.1.1 Zweckorientierung der Sozialwirtschaft – Versorgungs- und bedarfswirtschaftliche Fragestellungen

Im wissenschaftlichen Diskurs hängt das Verständnis von der Zweckorientierung der Sozialwirtschaft insbesondere von der Wissenschaftsdisziplin bzw. -perspektive ab (Kramer 2006: 5). Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive wird die Zweckorientierung der Sozialwirtschaft relativ breit aufgestellt. Entscheidende Kriterien für die Abgrenzung des Begriffs sind dabei die gemeinschaftliche und personenbezogene Versorgung, die Bearbeitung und Erfüllung sozialer Anliegen, die Absicherung gegen Risiken des Lebens und die Bewältigung und Lösung sozial definierter Probleme von einzelnen Menschen, Gruppen oder des Gemeinwesens (Wendt 2003: 13). Aus betriebswirtschaftlicher Sicht sind jedoch das gewerbliche Handeln zusammen mit der Zweckorientierung sozialer Einrichtungen die entscheidenden Kriterien für die Abgrenzung der Branche zu anderen Wirtschaftsbereichen. Dementsprechend werden *sozialwirtschaftliche Unternehmen* als Unternehmen verstanden, die pro-

fessionelle *soziale Dienstleistungen* erwerbsmäßig erbringen (Gruber 2014: 3). Unter *sozialen Dienstleistungen* werden all diejenigen Handlungen, Aktivitäten und Maßnahmen verstanden, die darauf abzielen, die physische Lebens- und Erlebnisfähigkeit sowie die Sozialfähigkeit von Einzelnen und/oder Gruppen wieder herzustellen oder zu verbessern (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 1981, zit. nach Bauer 2001: 20).

Es lässt sich also verallgemeinern, dass sich die Sozialwirtschaft vorrangig mit versorgungs- und bedarfswirtschaftlichen Fragestellungen einschließlich deren Produktion auseinandersetzt (Brinkmann 2010). Aus etymologischer Sicht ist diese Definition der Zweckorientierung durchaus geeignet, da im Begriff der Sozialwirtschaft sowohl das *Soziale* als auch das *Ökonomische* enthalten sind. Aufgrund der Verschmelzung dieser beiden Elemente zu einem Begriff wird die Sozialwirtschaft in fachlichen Kreisen mitunter kontrovers betrachtet. Gleichwohl rücken sowohl die ökonomische⁴ Wissenschaft als auch die Wissenschaft der Sozialen Arbeit die Bedürfnisse von Menschen in den Mittelpunkt (Wendt 2016: 5), da jede Form der Leistungserbringung und damit der personenbezogenen Versorgung ökonomischen Gesetzen unterliegt.

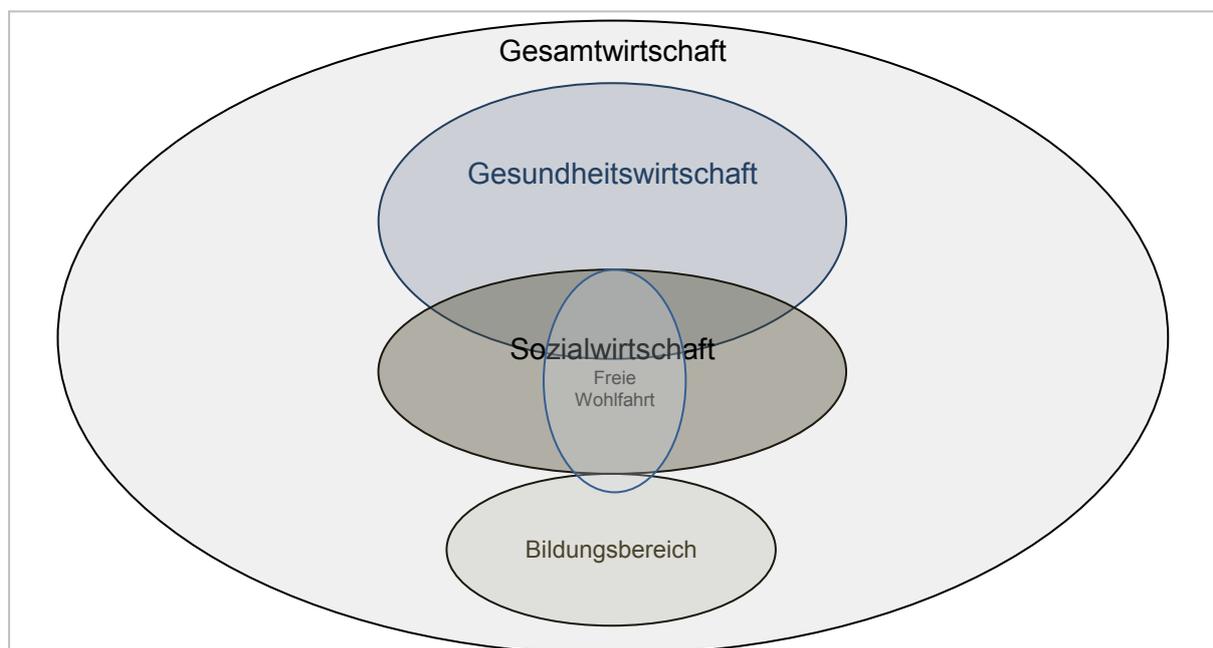
3.1.2 Handlungsfelder der Sozialwirtschaft – Personenbezogene soziale und gesundheitsbezogene Dienstleistungen

Wird die Sozialwirtschaft als Versorgungsbranche und als Anbieter personenbezogener Dienstleistungen definiert, sollen nun die Handlungsbereiche der Sozialwirtschaft identifiziert werden. Wendt definiert die Sozialwirtschaft folgendermaßen: „*Die Sozialwirtschaft, wie sie in organisierter Form vorhanden ist, widmet sich wohlfahrtsdienlich der Versorgung in materiellen, sozialen, gesundheitlichen und pflegerischen Belangen*“ (ebd.: 2). Soziale, gesundheitliche und pflegerische Dienstleistungen lassen sich allerdings in keiner trennscharfen Form voneinander unterscheiden, wie beispielsweise bei der Langzeitpflege (gesundheitliche und pflegerische Aspekte) oder bei der ambulanten Suchtbekämpfung (soziale und gesundheitliche Aspekte). Zugleich sind bestimmte Dienstleistungen vorzufinden, die sich mit Dienstleistungen im Bildungs- und zum Teil im Sozialbereich überschneiden, wie z. B. die berufliche Eingliederung oder arbeitsmarktbezogene Dienstleistungen in der Jugendhilfe, wobei bei diesen Dienstleistungen eindeutig Bildungsaspekte im Vordergrund stehen. Für die Identifizierung der Handlungsfelder der Sozialwirtschaft werden daher die Arbeitsbereiche der Freien Wohlfahrtspflege zugrunde gelegt, da Wohlfahrtsverbände im Wesentlichen soziale, gesundheitliche und pflegerische Angebote unterbreiten. Gleichwohl ist hier anzumerken, dass manche Arbeitsgebiete der Freien Wohlfahrtspflege über eine solche Abgrenzung der Sozialwirtschaft hinausgehen, wie z. B. Aus- und Weiterbildungsstätten in der Sozialen Arbeit, da bei diesem Bereich die personenbezogene Versorgung nicht im Vordergrund

4 Die ökonomische Wissenschaft lehrt, dass mit Wirtschaften die Bedürfnisse von Menschen befriedigt werden (vgl. Wendt 2016: 2).

steht.⁵ Abbildung 1 zeigt die verschiedenen Bereiche, die unserer Abgrenzung zufolge der Sozialwirtschaft zuzuordnen sind.⁶

Abbildung 1: Abgrenzung der Handlungsfelder der Sozialwirtschaft



Quelle: Eigene Darstellung.

3.1.3 Akteure der Sozialwirtschaft – Öffentliche, (frei)gemeinnützige und privatgewerbliche Akteure

Traditionell wurde die Sozialwirtschaft als (frei)gemeinnütziger Bereich, als *Not-for-Profit-Bereich*⁷ oder als Gemeinwirtschaft bezeichnet und somit dem *Dritten Sektor* zugeordnet.⁸ Der *Dritte Sektor* wird nach dem wirtschaftlichen Handeln der hierunter einzuordnenden Organisationen abgegrenzt. Das wirtschaftliche Handeln von Organisationen kann nach drei Sektoren unterschieden werden, namentlich Marktsektor, öffentlicher Sektor und *Not-for-Profit*-Sektor (Dritter Sektor) (Gruber 2014: 4). Der *Dritte Sektor* unterscheidet sich demnach von den anderen Sektoren, indem das wirtschaftliche Handeln der hier inbegriffenen Organisationen weder staatlich noch gewerblich, sondern gemeinnützig ist. Unter dem Dritten Sektor werden daher Organisationen „zwischen Markt und Staat“ verstanden, die jene Leistungen bereitstellen, die von den beiden anderen Sektoren nicht oder nicht angemessen (Um-

5 In Kap. 3.2.4 werden die Arbeitsbereiche der Freien Wohlfahrtspflege erwähnt, die mit der Abgrenzung der Sozialwirtschaft nicht übereinstimmen und somit nicht unter dem Begriff Sozialwirtschaft statistisch erfasst wurden.

6 In der statistischen Abgrenzung der Sozialwirtschaft werden nur bestimmte Teilbereiche im Gesundheitsbereich erfasst, nicht jedoch alle Märkte der medizinischen Versorgung. Im konkreten sind diese: Pflegeheime, ambulante Pflegedienste und Krankenhäuser.

7 Der Begriff Non-Profit wird oft anstatt Not-for-Profit verwendet. Non-Profit ist ein angelsächsischer Begriff, der im deutschsprachigen Raum für gemeinnützige Organisationen verwendet wird. Der Begriff Non-Profit besagt, dass die Profiterzielung nicht das formale Organisationsziel ist. Für die Bezeichnung gemeinnütziger Organisationen in Deutschland ist der Begriff Not-for-Profit korrekter, da gemeinnützige Organisationen Profite erzielen bzw. erzielen können, allerdings entspricht die Profitmaximierung nicht ihrer vorrangigen Aufgabe.

8 Der Dritte Sektor darf nicht mit dem Tertiärsektor der Volkswirtschaft, d. h. dem Dienstleistungssektor, verwechselt werden.

fang, Preis etc.) erbracht werden können (Birkhölzer/Klein/Priller/Zimmer 2015: 13). Dabei bleibt allerdings die Zweckorientierung der Organisationen unberücksichtigt. Stehen personenbezogene versorgungs- und bedarfsorientierte Zwecke im Vordergrund, ist die Definition der Sozialwirtschaft als *Dritter Sektor* nicht zutreffend, da der *Dritte Sektor* zahlreiche Bereiche umfasst, die nicht auf soziale personenbezogene Versorgung abzielen, etwa Angebote im Kultur-, Forschungs- oder Bildungsbereich (Rosenki 2012: 210).

In der aktuellen Diskussion werden daher die sozialwirtschaftlichen Anbieter aller drei Sektoren (Markt, Privatsektor und Non-Profit-Sektor) unter dem Begriff *Sozialwirtschaft* subsumiert, d. h. sowohl (frei)gemeinnützige als auch öffentliche und privat-gewerbliche Anbieter sozialer und gesundheitsbezogener Dienstleistungen. Würde die Sozialwirtschaft lediglich als Teilsegment des *Dritten Sektors* betrachtet werden, bliebe die staatlich und privatgewerblich erbrachte Wohlfahrtsproduktion der Sozialwirtschaft unberücksichtigt. Folglich bezieht sich die angenommene Abgrenzung des Begriffes auf die Gesamtheit der Anbieter sozialer und gesundheitsbezogener Dienstleistungen, unabhängig von ihrer Organisationsstruktur oder von der Form ihrer Trägerschaft: Das heißt, die Sozialwirtschaft umfasst öffentliche, privat-gewerbliche sowie (frei)gemeinnützige Akteure. Dieses Verständnis von Sozialwirtschaft entspricht der aktuellen Definition (Kramer 2006: 7).

3.2 Abgrenzung der Sozialwirtschaft in der amtlichen Statistik – Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008

Selbst wenn die Sozialwirtschaft mit breitem Konsens in der Fachöffentlichkeit und der Wissenschaft abgegrenzt wurde, ist die Festlegung einer stimmigen Unterklassifizierung und Nomenklatur der im Begriff enthaltenen Arbeitsbereiche sehr komplex und bis heute nicht gegeben. Die Klassifizierungen der Arbeitsbereiche der einzelnen Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege (AWO, Caritas, Diakonie, DRK, DPWV und ZWST) weichen beispielsweise stark voneinander ab, obwohl sie faktisch in den gleichen Bereichen tätig sind.⁹

Da keine standardisierte Klassifikation der Arbeitsgebiete der Sozialwirtschaft vorliegt, basieren sämtliche Analysen auf zwei unterschiedlichen Klassifikationen: Die Wirtschaftszweigklassifikation der amtlichen Statistik und die Klassifikation der Arbeitsbereiche der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW).¹⁰

3.2.1 Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 – Eine plausible Abgrenzung der Sozialwirtschaft in der amtlichen Statistik

Eine der Grundvoraussetzungen für die statistische Arbeit liegt in der systematischen Einordnung der Daten. Die Wirtschaftsdaten der amtlichen Statistiken basieren auf verschiedenen Klassifikationen, die nach unterschiedlichen Kriterien die Gesamtwirtschaft unterteilen, wie beispielsweise die Klassifikation der Berufe (KldB 2010), das Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP 2009) oder die Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008).

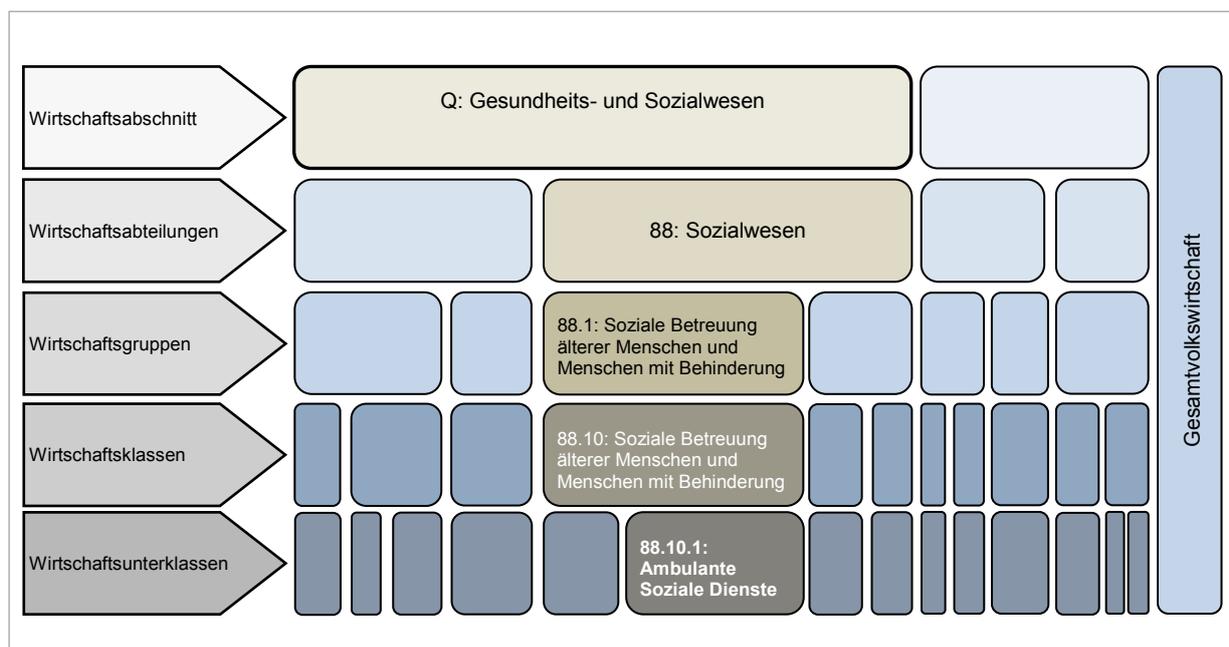
9 Vgl. die Jahresberichte der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege (AWO, Caritas, Diakonie, DRK, DPWV und ZWST), abrufbar auf den jeweiligen Webseiten.

10 Für eine detaillierte Übersicht dieser Arbeitsgebiete (vgl. BAGFW 2014).

Für die Auswertung von Sekundärdaten der amtlichen Statistik zur Quantifizierung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung (SvB) und der Bruttowertschöpfung (BWS) der Sozialwirtschaft (und der Freien Wohlfahrtspflege in Kap. 4) ist es erforderlich, die Klassifikation der Wirtschaftszweige zugrunde zu legen. Wirtschaftszweigklassifikationen dienen der Einordnung von Daten, die sich auf statistische Einheiten bzw. auf Betriebe, Unternehmen oder Organisationen beziehen. Bei der WZ 2008 geht es daher um die Klassifizierung wirtschaftlicher Tätigkeiten, die von Betrieben, Unternehmen oder Organisationen ausgeübt werden. Eine Wirtschaftstätigkeit ist durch den Einsatz von Produktionsfaktoren, Herstellungsverfahren und Produktionsergebnissen (Waren oder Dienstleistungen) gekennzeichnet. Auf dieser Grundlage wird die Gesamtwirtschaft in Wirtschaftszweige bzw. Wirtschaftssektoren und -bereiche unterteilt, wie beispielsweise Baugewerbe, Maschinenbau oder stationäre Pflegeeinrichtungen (Statistisches Bundesamt 2008).

Die WZ 2008 unterteilt die Gesamtwirtschaft in fünf Ebenen: Die oberste Ebene der Wirtschaftsabschnitte enthält 21 Kategorien, die dann in Wirtschaftsabteilungen, -gruppen, -klassen und schließlich -unterklassen – insgesamt 839 Wirtschaftsunterklassen – unterteilt werden (Eul 2014). Abbildung 2 zeigt exemplarisch, wie ambulante soziale Dienste als Wirtschaftszweig innerhalb der WZ 2008 erfasst werden.

Abbildung 2: Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 am Beispiel ambulanter sozialer Dienste



Quelle: Eigene Darstellung.

3.2.2 Identifizierung der Wirtschaftszweige der Sozialwirtschaft – Vor- und Nachteile der Anwendung der WZ 2008

Die Sozialwirtschaft wird in keiner Klassifikation der amtlichen Statistik als eigenständige Branche abgegrenzt. Anhand der oben erläuterten Definition der Sozialwirtschaft (vgl. Kap. 3.1) können jedoch die relevanten Handlungsfelder als Wirtschaftszweige bzw. Wirtschaft-

sektoren der Sozialwirtschaft in der WZ 2008 identifiziert werden. Als Grundlage hierfür dienen die Arbeitsgebiete der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, da diese die Gesamtheit der Aufgabengebiete der zugrundeliegenden Definition der Sozialwirtschaft umfassen. Die BAGFW unterteilt die Aufgabengebiete der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrt in Gesundheits-, Jugend-, Familien-, Alten-, Behindertenhilfe, Hilfe für Personen in besonderen sozialen Situationen und Aus-, Fort- und Weiterbildungsstätten für soziale und pflegerische Berufe. Wie vorstehend erwähnt, wird jedoch das Arbeitsgebiet der Aus-, Fort und Weiterbildungsstätten für soziale und pflegerische Berufe nicht berücksichtigt, da bei diesen die personenbezogene Versorgung in Übereinstimmung mit der Definition der Sozialwirtschaft nicht im Vordergrund steht.

Über die Wirtschaftszweige der WZ 2008, die die Wirtschaftstätigkeiten der Arbeitsgebiete der Freien Wohlfahrt umfassen, können die Handlungsfelder der Sozialwirtschaft statistisch abgegrenzt werden. Die Arbeit mit der WZ 2008 bringt jedoch methodische Vor- und Nachteile mit sich, die in Tabelle 1 geschildert werden (Pavel 2013: 6).

Tabelle 1: Vor- und Nachteile der Abgrenzung der Sozialwirtschaft nach Wirtschaftszweigen der WZ 2008

Vorteile	Nachteile
<p><u>Datensatz:</u></p> <p>Die Abgrenzung der Sozialwirtschaft in der WZ 2008 ermöglicht das Zurückgreifen auf Daten der amtlichen Statistik zur Quantifizierung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und der Bruttowertschöpfung. Diese sind valide und über lange Zeiträume abrufbar, so dass langfristige Entwicklungen untersucht werden können. Die Daten können auch für kleinteilige Erhebungskriterien, wie z. B. Voll-/Teilzeit, Alter und Geschlecht der Beschäftigten, herangezogen werden.</p>	<p><u>Nomenklatur:</u></p> <p>Die Nomenklatur der Wirtschaftszweige der Sozialwirtschaft entspricht nicht den Begrifflichkeiten, die in der Disziplin der Sozialen Arbeit verwendet werden (z. B.: <i>Behindertenwohnheime</i> anstatt <i>Wohn-einrichtungen für Menschen mit Behinderung</i>). In Kapitel 2.2.3 wird diesem Problem nachgegangen und die Wirtschaftszweige der statistischen Abgrenzung der Sozialwirtschaft werden mit der Terminologie der Sozialen Arbeit neu benannt (vgl. Tab. 2).</p>
<p><u>Vollständigkeit:</u></p> <p>Die WZ 2008 gewährleistet die Berücksichtigung der zentralen Arbeitsgebiete der zugrundegelegten Definition des Begriffs Sozialwirtschaft. Der Abgrenzung der Sozialwirtschaft entsprechend wird innerhalb der betrachteten Wirtschaftszweige die Gesamtheit sozialwirtschaftlicher Anbieter unabhängig von ihrer Trägerschaft erfasst. Somit kann das Gewicht der Freien Wohlfahrtspflege innerhalb der Sozialwirtschaft in verschiedenen Bereichen approximiert werden.</p>	<p><u>Gliederung:</u></p> <p>Die WZ 2008 umfasst alle Wirtschaftstätigkeiten der Gesamtwirtschaft. Daher enthalten manche Wirtschaftszweige viele unterschiedliche Wirtschaftstätigkeiten und Bereiche, die in einem einzelnen Wirtschaftszweig subsumiert werden. Dies hat zur Folge, dass die Daten kleinteiliger Wirtschaftsbereiche nicht separat abrufbar sind.</p>
<p><u>Vergleichbarkeit:</u></p> <p>Die WZ 2008 gewährleistet die Vergleichbarkeit der Sozialwirtschaft Hessens zu anderen Branchen der Gesamtwirtschaft, zu der Sozialwirtschaft sämtlicher Bundesländer oder zu der gesamten Sozialwirtschaft Deutschland.</p>	<p><u>Aktualität:</u></p> <p>Obwohl aktuelle Daten zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung abrufbar sind, werden die Daten zur Bruttowertschöpfung in Hessen mit zeitlicher Verzögerung veröffentlicht.</p>

Quelle: Eigene Darstellung.

3.2.3 Sozialwirtschaft in den Wirtschaftsgruppen der WZ 2008 – Acht verschiedene Wirtschaftsgruppen von den 272 der Gesamtwirtschaft

Im Folgenden werden die Wirtschaftszweige aufgeführt, die die statistische Abgrenzung der Sozialwirtschaft bilden. Wie vorstehend erwähnt, unterteilt die WZ 2008 die Gesamtwirtschaft in fünf Ebenen: Wirtschaftsabschnitte, -abteilungen, -gruppen, -klassen und -unterklassen. Auf der obersten Ebene der WZ 2008, lassen sich zwei *Wirtschaftsabschnitte* identifizieren, namentlich *Wirtschaftsabschnitt P Erziehung und Unterricht* und *Wirtschaftsabschnitt Q Gesundheits- und Sozialwesen*, die die Arbeitsgebiete der Sozialwirtschaft umfassen. Der *Wirtschaftsabschnitt P* umfasst vornehmlich Unterrichtsangebote im Bildungsbereich, wie z. B. Universitäten oder auch Bildungsstätten der Sozialen Arbeit, die für die statistische Abgrenzung der Sozialwirtschaft nicht relevant sind, da dabei die personenbezogene Versorgung nicht im Vordergrund steht. Im *Wirtschaftsabschnitt P* befindet sich allerdings die *Wirtschaftsgruppe 85.1 Kindergärten*, die der in dieser Studie vorgenommenen Abgrenzung der

Sozialwirtschaft zuzurechnen ist. Der *Wirtschaftsabschnitt Q* wird auf der Ebene der Wirtschaftsklassen in Gesundheits- und Sozialwesen unterteilt. Während die Gesamtheit der Wirtschaftszweige im Sozialwesen berücksichtigt wird, wird im Gesundheitswesen nur die *Wirtschaftsgruppe 86.1 Krankenhäuser* einbezogen, da zum einen bei Dienstleistungen in Krankenhäusern die personenbezogene Versorgung im Vordergrund steht und zum anderen dieses Arbeitsgebiet einem relevanten Bereich der Freien Wohlfahrt entspricht.

Tabelle 2 schildert die Wirtschaftszweige der WZ 2008 auf den fünf Ebenen der Klassifikation, die für die nachstehenden Analysen der Sozialwirtschaft identifiziert wurden. Zur besseren Darstellung der Ergebnisse wird auf der dritten Ebene der WZ 2008 gearbeitet, d. h., es werden die *Wirtschaftsgruppen* in den Blick genommen. In Tabelle 2 sind daher die *Wirtschaftsgruppen* markiert (hellblau), welche die in dieser Studie vorgenommene Abgrenzung der Sozialwirtschaft in der amtlichen Statistik bilden.

Wie in Tabelle 1 erwähnt, weicht die Nomenklatur der WZ 2008 von den Begrifflichkeiten ab, die in der Wissenschaft der Sozialen Arbeit verwendet werden, z. B. *Behindertenwohnheime* anstatt *Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderung* oder *Altenheime* anstatt *Wohneinrichtungen für ältere Menschen*. Zudem sind Wirtschaftszweige vorzufinden, in denen viele unterschiedliche Angebote enthalten sind und nach einem unübersichtlichen Sammelbegriff benannt werden, wie z. B. *Wirtschaftsgruppe 88.9 Sonstiges Sozialwesen* oder *Wirtschaftsgruppe 87.9 Sonstige Heime*. Aus diesen Gründen und mit dem Ziel, die nachstehenden Analysen und Ergebnisse übersichtlicher zu gestalten, wird die Nomenklatur gewisser Wirtschaftszweige modifiziert (vgl. Tab. 2). Die Kodifizierung der WZ 2008 wird in den nachstehenden Analysen angeführt, damit die Wirtschaftszweige in der amtlichen Statistik jederzeit identifiziert werden können.

Tabelle 2: Wirtschaftszweige der Sozialwirtschaft nach der WZ 2008

Wirtschafts- ab- schnitt	P: Erziehung und Unterricht		Q: Gesundheits- und Sozialwesen										
	85 Erziehung und Unterricht		86 Gesundheitswesen			87 Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)				88 Sozialwesen (ohne Heime)			
Wirt- schafts- abtei- lung	85.1 Kindergärten und Vorschulen		86.1: Krankenhäuser			87.1: Pflege- heime	87.2: Statio- näre Einrich- tungen zur psycho- sozialen Betreu- ung, Sucht- bekämp- fung	87.3: Alten- heime; Alten- und Behin- dertenw- ohnhei- me	87.9: Sonsti- ge Heime	88.1: Soziale Betre- ung älterer Menschen und Behinderter		88.9: Sonstiges Sozi- alwesen (ohne Heime)	
Wirt- schafts- gruppe						<u>Nachste- hend:</u> statio- näre Pflege- einrich- tungen		<u>Nachste- hend:</u> Wohn- einrich- tungen für ältere Men- schen und Men- schen mit Behin- derung	<u>Nachste- hend:</u> Wohn- einrich- tungen für Men- schen in beson- deren sozialen Situati- onen	<u>Nachstehend:</u> Ambulante Dienste für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung		<u>Nachstehend:</u> Ambulante Dienste für Menschen in besonderen sozialen Situati- onen	
Wirt- schafts- klasse	85.10: Kindergärten und Vorschulen		86.10: Krankenhäuser			87.10: Pflege- heime	87.20: Stationäre Einrich- tungen zur psycho- sozialen Betreu- ung, Sucht- bekämp- fung	87.30: Alten- heime; Alten- und Behin- dertenwo- hnheime	87.90: Sonstige Heime	88.10: Soziale Betreuung älterer Menschen und Behinderter		88.99: Sonsti- ges Sozial- wesen a.n.g.	88.91: Tages- betreu- ung von Kindern
Wirt- schafts- unter- klasse	85.10.1 : Kin- dergär- ten	85.10.2: Vor- klassen, Schul- kinder- gärten	86.10. 1: Kran- ken- häuser	86.10. 2: Hoch- schul- klini- ken	86.10. 3: Vor- sorge- und Reha- bitatio- ns- klini- ken	87.10.1: Pflege- heime	87.20.0: Stationäre Einrich- tungen zur psycho- sozialen Betreu- ung, Sucht- bekämp- fung	87.30.0: Alten- heime; Alten- und Behin- dertenwo- hnheime	87.90.0: Sonstige Heime	88.10.1 : Ambu- lante soziale Dienste	88.10.2: Sonsti- ge soziale Betreu- ung älterer Men- schen und Behin- deterter	88.91.0: Tages- betreu- ung von Kindern	88.99.0 : Sonsti- ges Sozial- wesen a.n.g.

Quelle: Eigene Darstellung und Statistisches Bundesamt

Basierend auf den Erläuterungen des Statistischen Bundesamts wird in Tabelle 3 erläutert, welche Arbeitsgebiete bzw. Wirtschaftstätigkeiten in den identifizierten Wirtschaftszweigen der Sozialwirtschaft enthalten sind (Statistisches Bundesamt 2008).

Tabelle 3: Definition der Wirtschaftsgruppen der Sozialwirtschaft in der WZ 2008

Wirtschaftsgruppe	Definition
85.1: Kindergärten und Vorschulen	Dieser Wirtschaftszweig umfasst die vorschulische Erziehung im Elementarbereich. Die vorschulische Erziehung ist definiert als Eingangsstufe des formellen Bildungswesens und soll sehr junge Kinder mit einem schulischen Umfeld vertraut machen. Es werden daher Kindergärten und Vorschulen im Wirtschaftszweig erfasst. Die Tagesbetreuung von Schulkindern wird allerdings in der Wirtschaftsgruppe 88.9 (Sonstiges Sozialwesen) separat aufgeführt (siehe unten).
86.1: Krankenhäuser	Dieser Wirtschaftszweig umfasst medizinische Tätigkeiten, vornehmlich Diagnose und Behandlung in staatlichen, privaten und gemeinnützigen Krankenhäusern, Fachkliniken (z. B. Suchtkrankenhäusern) sowie Hochschul-, Vorsorge- und Rehabilitationskliniken. Die Tätigkeiten werden im Wesentlichen im Rahmen einer stationären Behandlung von Patient/innen unter unmittelbarer ärztlicher Leitung ausgeübt und umfassen u. a. medizinische Tätigkeiten von Ärzt/innen und Angehörigen der Gesundheitsfachberufe, Leistungen von Notfallambulanzen und Leistungen von Zentren für Familienplanung.
87.1: Stationäre Pflegeeinrichtungen	Dieser Wirtschaftszweig umfasst stationäre Einrichtungen, die der umfassenden Betreuung und Versorgung chronisch kranker und pflegebedürftiger Menschen dienen, wie z. B. Altenpflegeeinrichtungen oder Pflegeeinrichtungen für Menschen mit Behinderung. Dabei steht die medizinische Pflegekomponente im Vordergrund. Nicht umfasst sind jedoch Wohneinrichtungen für ältere Menschen ohne oder mit nur geringer Pflegeleistung oder häusliche ambulante Pflege.
87.2: Stationäre Einrichtungen zur psychosozialen Betreuung und Suchtbekämpfung	Dieser Wirtschaftszweig umfasst Einrichtungen, die der Betreuung und Versorgung von Menschen u. a. bei Entwicklungsverzögerung, Geisteskrankheit und Drogenmissbrauch dienen, wie z. B. Einrichtungen zur Behandlung von Alkohol- und Drogensucht oder betreute Wohngruppen für psychisch instabile Menschen. Diese Art von Einrichtungen stellen Unterkunft und Verpflegung, Aufsicht zum Schutz der Einrichtungsbeohner/innen und ein gewisses Maß an medizinischer Versorgung bereit. Davon ist stationäre psychiatrische Krankenhauspflege zu unterscheiden.
87.3: Wohneinrichtungen für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung	Dieser Wirtschaftszweig umfasst die Unterbringung und Pflege von älteren Menschen und Menschen mit Behinderung in Wohneinrichtungen, die nicht in der Lage sind, sich selbst zu versorgen oder nicht allein leben möchten bzw. können. Dazu zählen üblicherweise die Unterbringung, Verpflegung, Aufsicht und Hilfe im täglichen Leben, wie z. B. Haushaltsführung. Gelegentlich sind diesen Einrichtungen auch separate ambulante Pflegestationen angeschlossen. Dabei steht die stationäre medizinische Pflegekomponente nicht im Vordergrund.

Wirtschaftsgruppe	Definition
<p>87.9: Wohneinrichtungen für Menschen in besonderen sozialen Situationen</p>	<p>Dieser Wirtschaftszweig umfasst die Unterbringung, Betreuung und nicht-medizinische Pflege von Menschen, ausschließlich älterer Menschen und Menschen mit Behinderung, wie z. B. Kindern und Jugendlichen, wohnungslosen Menschen oder Menschen mit Migrationshintergrund, die nicht in der Lage sind, sich selbst zu versorgen oder die nicht allein leben möchten bzw. können und auf Unterstützung angewiesen sind. Erfasst werden stationäre Wohneinrichtungen, wie z. B. Einrichtungen der stationären Hilfe zu Erziehung, stationäre Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe oder Frauenhäuser. Dabei steht jedoch weder die medizinische Behandlung noch die Ausbildung im Vordergrund. Die kurzfristige Unterbringung von Katastrophenopfern oder Flüchtlingen ist allerdings in dieser Wirtschaftsgruppe nicht enthalten, sondern im Wirtschaftszweig 88.9 (siehe unten).</p>
<p>88.1: Ambulante Dienste für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung</p>	<p>Dieser Wirtschaftszweig umfasst soziale, Beratungs-, Fürsorge- und ähnliche Dienstleistungen für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung, die in deren Wohnung oder anderweitig erbracht werden, wie z. B. Besuchsdienste, Tagespflege oder berufliche Rehabilitation sowie Qualifikationsmaßnahmen für Menschen mit Behinderung, sofern der Ausbildungsaspekt nicht im Vordergrund steht.</p>
<p>88.9: Ambulante Dienste für Menschen in besonderen sozialen Situationen</p>	<p>Dieser Wirtschaftszweig umfasst eine Vielfalt von sozialen Dienstleistungen, die in den vorstehenden Wirtschaftszweigen des Sozialwesens nicht enthalten sind. Es handelt sich u. a. um Beratungs-, Fürsorge-, Flüchtlingsbetreuungs-, und Fachberatungsdienste für Menschen in besonderen Lebenslagen, wie z. B. wohnungslose Menschen, arbeitslose Menschen, benachteiligte Kinder und Jugendliche, Migrant/innen, Straftäter/innen, Opfer von Gewalt oder Katastrophenopfer.</p> <p>Im Wirtschaftszweig enthaltene Dienstleistungen sind u. a. Tagesbetreuung von Schulkindern, Betreuung und Beratung von Kindern und Jugendlichen, Haushaltsgeldberatung, Ehe- und Familienberatung, Schuldnerberatung, berufliche Rehabilitation oder Qualifikationsmaßnahmen für Arbeitslose sowie Tagesstätten für Obdachlose oder andere benachteiligte soziale Gruppen.</p> <p>Es stehen ambulante Dienstleistungen im Vordergrund, hierunter sind aber auch die Dienstleistungen für Katastrophenopfer, Flüchtlinge, Migrant/innen vorzufinden, einschließlich vorübergehender oder längerfristiger Unterbringung.</p>

Quelle: Statistisches Bundesamt.

3.2.4 Relevante unberücksichtigte Arbeitsgebiete in der statistischen Abgrenzung der Sozialwirtschaft nach der WZ 2008

Wie in Tabelle 1 erwähnt, ist die Arbeit mit der WZ 2008 von Vorteil, da anhand dieser Klassifikation der Großteil der Arbeitsbereiche in der statistischen Abgrenzung der Sozialwirtschaft berücksichtigt werden kann. Dennoch gibt es einzelne Bereiche, die entweder aus statistischen oder konzeptionellen Gründen nicht der Sozialwirtschaft zugeordnet werden können:

- Einzelne Bereiche der Sozialwirtschaft sind in umfassenden Wirtschaftszweigen enthalten, in denen überwiegend Wirtschaftstätigkeiten erfasst werden, die nicht der Sozialwirtschaft zuzuordnen sind. Beispielsweise sind Rettungsdienste im *Wirtschaftszweig 86.9 Gesundheitswesen a.n.g.* aufgeführt. Der *Wirtschaftszweig 86.9* umfasst ansons-

ten vornehmlich unterschiedlichste Dienstleistungen im Gesundheitswesen, die nicht der Sozialwirtschaft zuzuordnen sind.

- Bei einzelnen Dienstleistungen für Menschen in besonderen sozialen Situationen steht der Ausbildungsaspekt im Vordergrund, weshalb diese nicht der Sozialwirtschaft zugeordnet werden können, dazu zählen z. B. Berufsförderungswerke, Ausbildungsstätten für soziale und pflegerische Berufe oder Bildungsangebote in Familienzentren, wie Computerkurse.

Mit Blick auf die Kennzahlen, die Gegenstand der vorliegenden Analysen sind, handelt es sich jedoch bei diesen Bereichen um marginale Größen.¹¹

3.3 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung der Sozialwirtschaft – Erfassung des Beschäftigungsausbaus

Die Abbildung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist für das Erkenntnisinteresse dieser Studie eine zentrale Größe: Mittels der Entwicklung der Beschäftigungsanzahl der Sozialwirtschaft in Abgrenzung zu anderen Branchen wird die volkswirtschaftliche Bedeutung der Sozialwirtschaft Hessens nach ihrer Fähigkeit beurteilt, Arbeitsplätze zu schaffen und zum Wohlstand der Region beizutragen. Denn aus politisch-ökonomischer Perspektive hängt der Wohlstand im Kern von der Arbeit ab, die in der Gesellschaft geleistet wird.

Die Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit stellt nach Wirtschaftszweigen differenzierte detaillierte Beschäftigungsdaten zur Verfügung, auf deren Basis die Ergebnisse der nachstehenden Analysen erläutert und kontextualisiert werden.¹² An erster Stelle erfolgt eine Erläuterung der relevanten Begriffe und statistischen Merkmale für die Datenanalyse und deren Interpretation. Anschließend werden das Gewicht im Arbeitsmarkt Hessens, das Beschäftigungswachstum, die Beschäftigungsstruktur und der Fachkräftemangel der Sozialwirtschaft untersucht. Dabei wird die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung der Sozialwirtschaft in Abgrenzung zu anderen Branchen und Sektoren der hessischen Wirtschaft analysiert und im Ländervergleich ausgewertet.

3.3.1 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach der Bundesagentur für Arbeit – Definitionen und statistische Merkmale

Für eine korrekte Interpretation der Daten ist zuerst die Definition des Begriffes *Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung* in Abgrenzung zu anderen Beschäftigungsverhältnissen erforderlich. Laut der Statistikabteilung der Bundesagentur für Arbeit werden unter sozialversicherungspflichtig Beschäftigten alle Arbeitnehmer/innen subsumiert, die nach dem Arbeitsförderungsrecht kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig sind bzw. für die Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung oder nach dem Recht der Arbeitsförderung erhoben werden. Inbegriffen sind u. a. auch Auszubildende, Al-

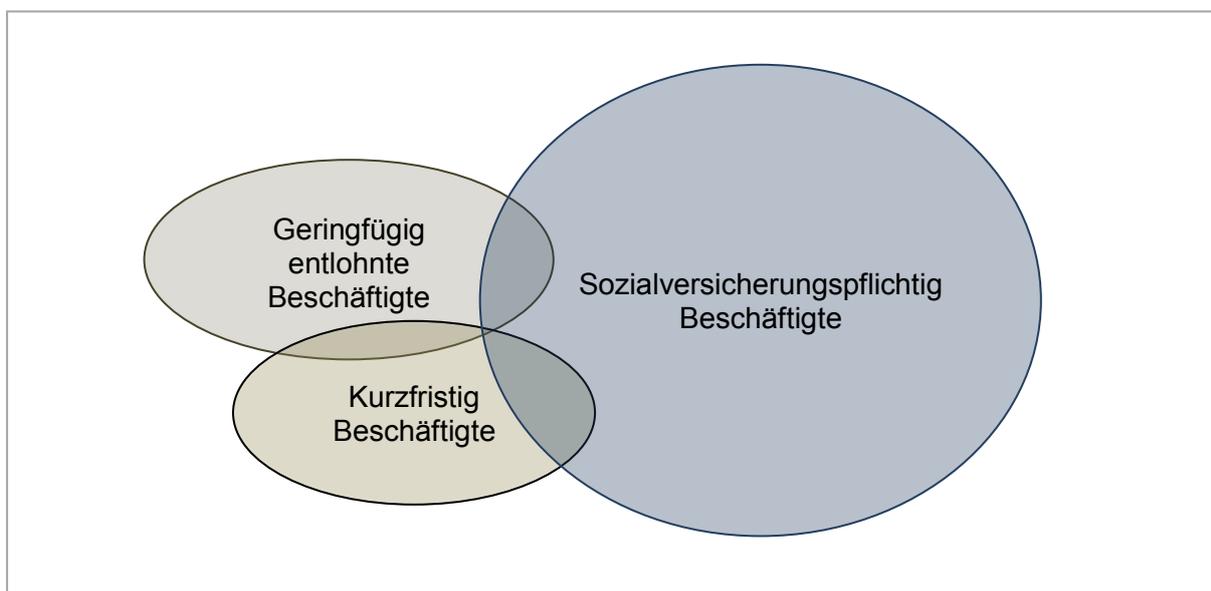
11 So nimmt beispielsweise der Bereich „Aus-, Fort- und Weiterbildungsstätten für soziale und pflegerische Berufe“ auf Bundesebene laut BAGFW Gesamtstatistik 2012 nur 1 % der Beschäftigten der Wohlfahrtsverbände ein.

12 Grundlage der Beschäftigungsstatistik ist das Meldeverfahren zur Sozialversicherung der Betriebe bzw. Einrichtungen, die nach ihrer Wirtschaftstätigkeit klassifiziert werden.

tersteilzeitbeschäftigte, Praktikanten und Werkstudenten in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis. Unberücksichtigt bleiben: Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, Berufs- und Zeitsoldaten, Wehrpflichtige ohne vorangegangene Beschäftigung sowie Beamte (Bundesagentur für Arbeit 2016).

Geringfügig entlohnte Beschäftigte sind unter dem Begriff *sozialversicherungspflichtige Beschäftigung* im Wesentlichen ausgeklammert, da für diese die Sozialversicherungsabgaben pauschal abgegolten werden (ebd.). Geringfügig Beschäftigte werden nur dann unter sozialversicherungspflichtige Beschäftigte gezählt, wenn mit mehreren geringfügig ausgeübten Beschäftigungen die Geringfügigkeitsgrenze von 450 Euro überschritten wird und somit eine Versicherungspflicht für alle Sozialversicherungen eintritt (vgl. Abb. 3) (Bundesagentur für Arbeit o. J.).

Abbildung 3: Definition Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

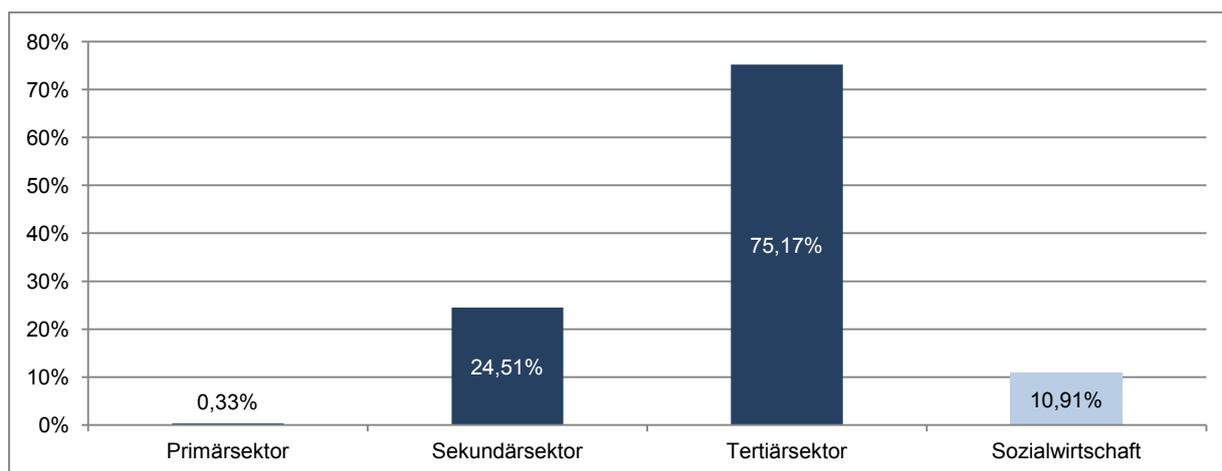
Abgerufen werden die Datenbestände der Bundesagentur für Arbeit zum 31. Dezember des Betrachtungsjahres, um saisonale Schwankungen bei der Analyse der Beschäftigungsentwicklung auszuklammern. In der weiteren Berichtslegung werden Daten, die zum 31. Dezember eines Jahres abgerufen werden, immer mit Januar des Folgejahres zitiert (z. B. 31.12.2008 heißt Januar 2009).

3.3.2 Die Sozialwirtschaft im Arbeitsmarkt Hessen – Zunehmendes Gewicht innerhalb der Gesamtwirtschaft

Die Gesamtwirtschaft wird grundsätzlich in drei Sektoren unterteilt: Primärsektor (Landwirtschaftssektor)¹³, Sekundärsektor (produzierendes Gewerbe)¹⁴ und Tertiärsektor (Dienstleistungssektor).¹⁵ Die Sozialwirtschaft, als Versorgungsbranche personenbezogener Dienstleistungen, versteht sich als Bestandteil des Tertiärsektors, der im hessischen Arbeitsmarkt eindeutig das größte Gewicht hat: ca. 75 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hessen haben ihren Arbeitsplatz in diesem Sektor.

Der Anteil von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten der Sozialwirtschaft an der Gesamtwirtschaft Hessens betrug im Jahr 2015 knapp 11 %: Dies bedeutet, dass mehr als jeder zehnte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplatz in Hessen der Sozialwirtschaft zuzuordnen ist. Im Vergleich zum Primär- und Sekundärsektor, die jeweils einem Anteil von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Gesamtwirtschaft von 0,3 % und 24,5 % entsprechen, erweist sich somit die Sozialwirtschaft als einer der Kernbereiche des hessischen Arbeitsmarkts (vgl. Abb. 4).

Abbildung 4: Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten an der Gesamtwirtschaft nach Wirtschaftssektoren, Hessen 2015



Quelle: Bundesagentur für Arbeit und eigene Berechnungen.

Im Vergleich zum Primär-, Sekundär- und Tertiärsektor gewinnen Einrichtungen sozialer und gesundheitsbezogener Dienste zudem überproportional an Gewicht im Arbeitsmarkt Hessen: Zwischen 2009 und 2015 hat sich der Anteil von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten der Sozialwirtschaft an der Gesamtwirtschaft um knapp zwei Prozentpunkte erhöht, und liegt

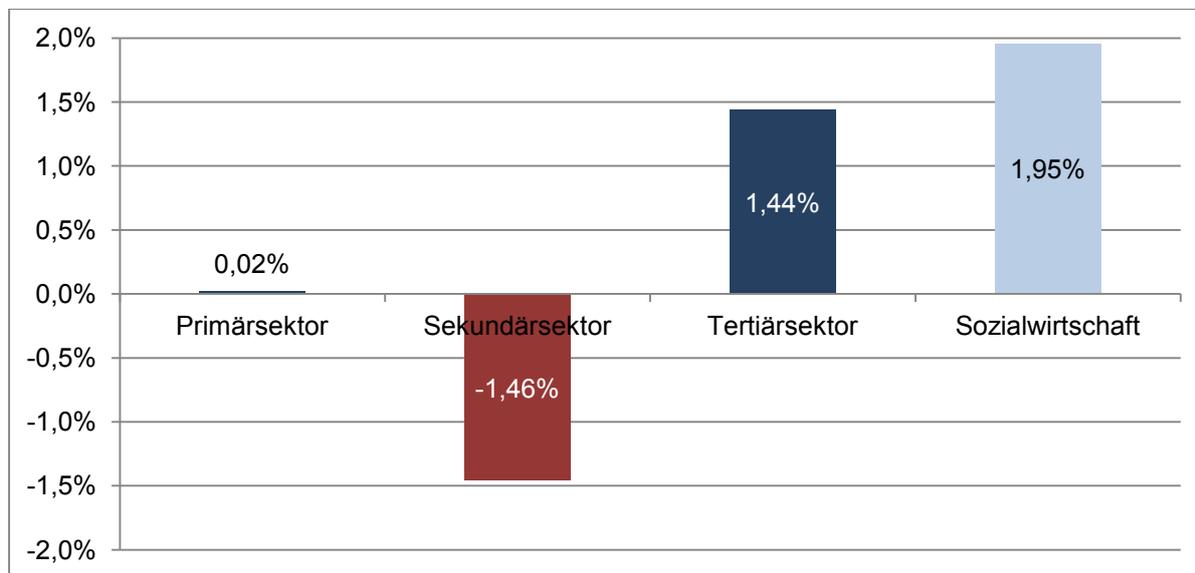
13 Der Primärsektor umfasst sämtliche Wirtschaftstätigkeiten in folgenden Bereichen: Land-, Forstwirtschaft und Fischerei.

14 Der Sekundärsektor umfasst die Wirtschaftsbereiche Bergbau, verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Baugewerbe sowie die Betriebe des produzierenden Handwerks, wie z. B. Kraftfahrzeugindustrie, Ernährungsindustrie oder chemische Industrie.

15 Der Tertiärsektor umfasst alle Dienstleistungen einer Volkswirtschaft, die in eigenständigen Unternehmungen oder durch den Staat sowie in anderen öffentlichen oder gemeinnützigen Einrichtungen erbracht werden.

damit über dem Zuwachs des gesamten Tertiärsektors.¹⁶ Während der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Gesamtwirtschaft 8,9 % im Jahr 2009 beträgt, liegt dieser Anteil im Jahr 2015 bei 10,9 %. Im Gegensatz dazu blieb das Gewicht des Primärsektors in der betrachteten Periode beinahe unverändert und das des Sekundärsektors nahm sogar um ca. 1,5 Prozentpunkte ab (vgl. Abb. 5).

Abbildung 5: Veränderung im Anteil von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Gesamtwirtschaft nach Sektoren 2015 (Index 2009 = 100)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit und eigene Berechnungen

Diese Entwicklung führt zu einer grundlegenden Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsstruktur Hessens, die aktuell folgende Merkmale aufweist:

- Analog zum bundesweiten Arbeitsmarkt verringert sich das Gewicht des produzierenden Gewerbes im Arbeitsmarkt Hessen gegenüber dem des Dienstleistungssektors und somit auch dem der Sozialwirtschaft.
- Das Beschäftigungsgewicht sozialer und gesundheitsbezogener Einrichtungen innerhalb des hessischen Arbeitsmarkts nimmt im Vergleich zu jeglichen anderen Sektoren überproportional zu.

3.3.3 Das Beschäftigungsgewicht der Sozialwirtschaft in Deutschland – Hessen unter dem Bundesdurchschnitt

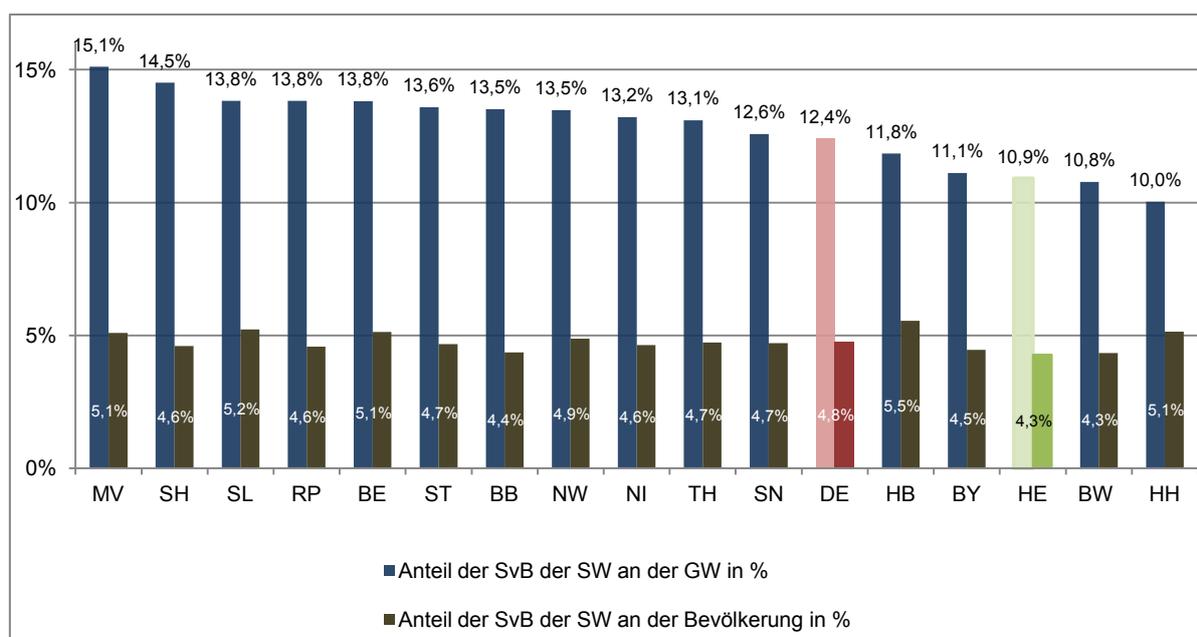
Das Gewicht der Sozialwirtschaft am Arbeitsmarkt verteilt sich in den Bundesländern relativ homogen: Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Sozialwirtschaft an der Gesamtwirtschaft liegt in allem Bundesländern etwa zwischen 10 % und 15 %. Dabei befindet sich die hessische Sozialwirtschaft unter dem Bundesdurchschnitt: Während der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung der Sozialwirtschaft an der Gesamt-

¹⁶ Die Interpretation der Daten im betrachteten Zeitraum soll die durchgeführte Revision der Daten der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2014 berücksichtigen (siehe Anhang).

wirtschaft in elf Bundesländern über dem Bundesdurchschnitt von 12,4 % liegt, entspricht der Anteil der Sozialwirtschaft am hessischen Arbeitsmarkt 10,9 %.

Noch homogener verteilt sich das Verhältnis zwischen der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Sozialwirtschaft und der Gesamtbevölkerungsgröße in den Bundesländern, welches jeweils zwischen 4 % und 5 % liegt (vgl. Abb. 6). Soziale und gesundheitsbezogene Einrichtungen widmen sich der personenbezogenen Versorgung und Wohlfahrtsproduktion, so dass die Gesamtbevölkerung in allen Lebensaltern der Zielgruppe ihrer Dienstleistungen entspricht. Daher kann aus ländervergleichender Perspektive beobachtet werden, wie die Arbeitsintensität in sozialen und gesundheitsbezogenen Einrichtungen einen direkten Zusammenhang mit der Bevölkerungsgröße hat. Mit Blick auf dieses Verhältnis liegt der Ausbau der hessischen Sozialwirtschaft jedoch unter dem Bundesdurchschnitt. Während der Anteil von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten an der Bevölkerungsgröße 4,3 % in Hessen entspricht, liegt dieser in elf Bundesländern über dem Bundesdurchschnitt von 4,8 %.

Abbildung 6: Anteil von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) der Sozialwirtschaft an der Gesamtwirtschaft und an der Bevölkerung nach Bundesländern 2015



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen

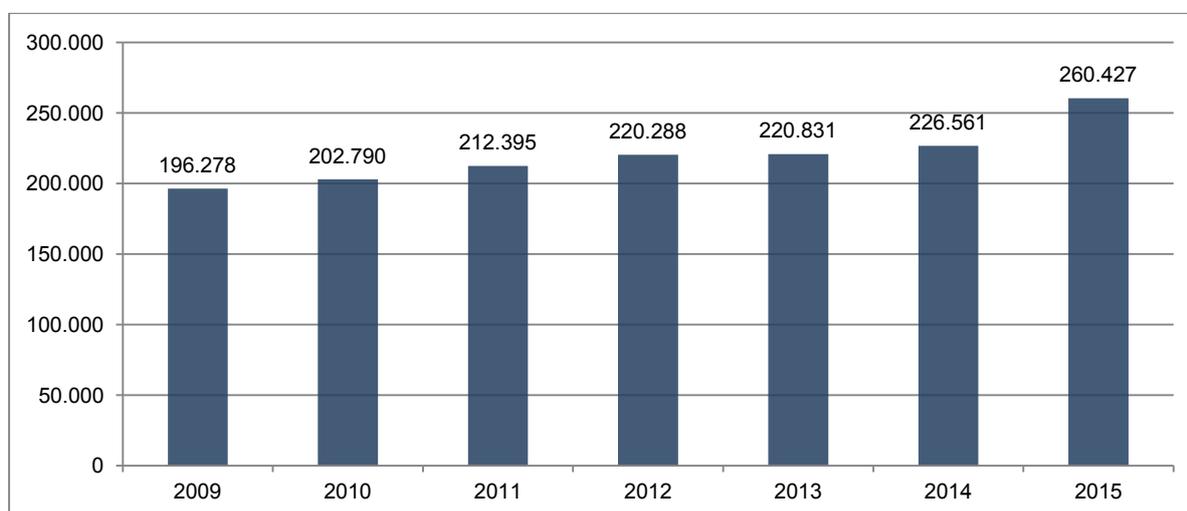
Trotz der beträchtlichen Bedeutung der Sozialwirtschaft im Arbeitsmarkt Hessen zeigt die Analyse der Beschäftigung aus ländervergleichender Perspektive, dass das Beschäftigungsgewicht der Sozialwirtschaft im hessischen Arbeitsmarkt unter Bundesdurchschnitt liegt. Darüber hinaus liegt das Verhältnis der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung der Sozialwirtschaft zur Bevölkerungsgröße Hessens ebenfalls unter dem Bundesdurchschnitt. Angesichts der zentralen gesellschaftlichen Rolle der Sozialwirtschaft und deren Beitrag zum Wohlstand der Regionen durch die Überwindung sozialer Probleme und Ungleichheiten, be-

steht für die hessische Sozialwirtschaft in den kommenden Jahren Ausbaupotenzial, um sich dem Bundesdurchschnitt hinsichtlich dieser Indikatoren anzunähern.

3.3.4 Beschäftigung der Sozialwirtschaft Hessens – Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in absoluten Zahlen und Beschäftigungsstruktur nach Arbeitsbereichen

Anfang des Jahres 2015 besaßen über 260.000 Menschen einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz in Einrichtungen der Sozialwirtschaft Hessen. In Anbetracht der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im gesamten Bundesland (ca. 2,3 Mio.), ist die Beschäftigungsanzahl der Sozialwirtschaft eine erhebliche Größe. Anhand der absoluten Zahlen der vergangenen Jahre wird deutlich, dass die Anzahl an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten der Sozialwirtschaft in Hessen kontinuierlich zunimmt (vgl. Abb. 7).¹⁷

Abbildung 7: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte der Sozialwirtschaft in Hessen 2009 bis 2015



Quelle: Bundesagentur für Arbeit und eigene Berechnungen.

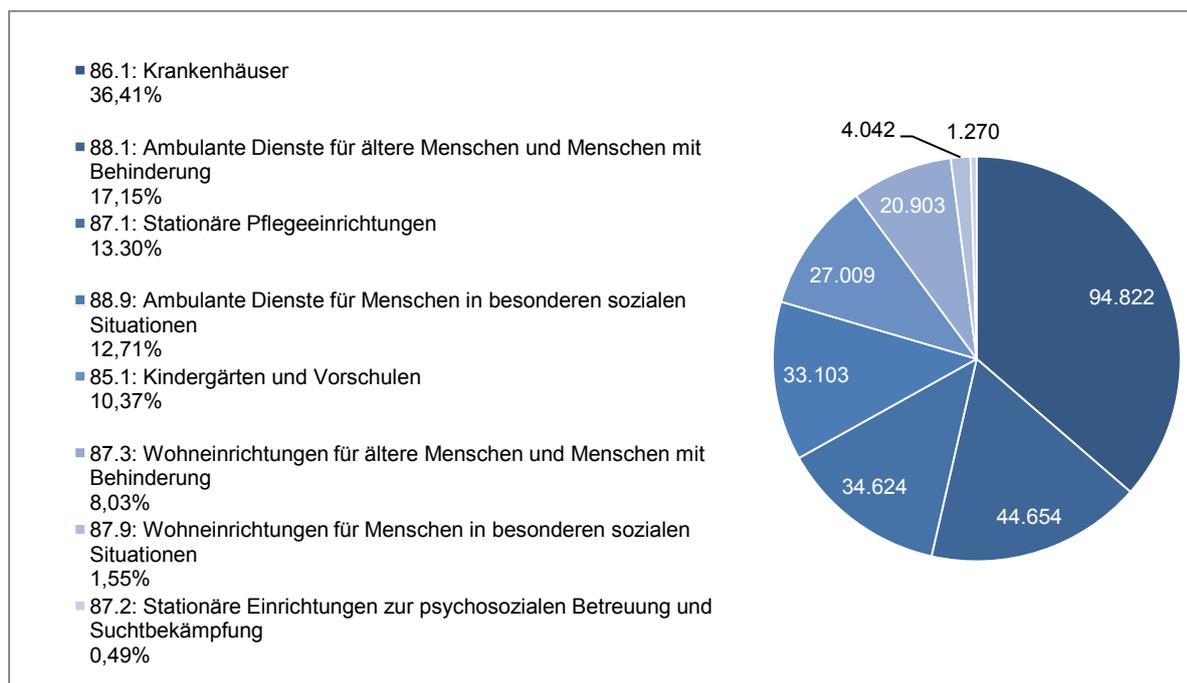
Die aktuelle Beschäftigungsstruktur der Sozialwirtschaft kann mittels der WZ 2008 auf zwei Ebenen analysiert werden (vgl. Abb. 8):

- Auf der Ebene der Branchen wird die Sozialwirtschaft in Sozial- und Gesundheitswesen unterteilt. Im Sozialwesen sind etwa zwei Drittel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Sozialwirtschaft angestellt. Das restliche Drittel nimmt der Teil der Sozialwirtschaft im Gesundheitswesen ein.
- Auf der Ebene der Handlungsfelder wird zwischen Wirtschaftstätigkeiten bzw. Arbeitsgebieten in den Branchen Sozial- und Gesundheitswesen unterschieden. Im Gesundheitswesen konzentriert sich die Beschäftigtenanzahl an der Sozialwirtschaft auf den *Zweig Krankenhäuser (Wirtschaftszweig 86.1)*. Die größte Anzahl von Beschäftigten im Sozialwesen konzentriert sich in den ambulanten Bereichen (*Wirtschaftsgruppe 88.1*

¹⁷ Die Beschäftigungszunahme zwischen 2014 und 2015 erklärt sich zum Teil aufgrund der im August 2014 durchgeführten Datenrevision der Bundesagentur für Arbeit (siehe Anhang).

Ambulante Dienste für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung und Wirtschaftsgruppe 88.9 Ambulante Dienste für Menschen in besonderen sozialen Situationen). Aufsummiert entsprechen diese Arbeitsgebiete ca. 20 % der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung der Sozialwirtschaft. Die Beschäftigtenanzahl in den Wirtschaftsgruppen 87.3 und 87.9 – *Wohneinrichtungen für ältere Menschen, Menschen mit Behinderung und Menschen in besonderen sozialen Situationen* – entspricht dagegen lediglich 9,6 % der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung der Sozialwirtschaft; d. h., aktuell haben ambulante Angebote im Sozialwesen ein deutlich größeres Beschäftigungsgewicht als stationäre Dienstleistungen.

Abbildung 8: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte der Sozialwirtschaft Hessens nach Wirtschaftszweigen 2015



Quelle: Bundesagentur für Arbeit und eigene Berechnungen.

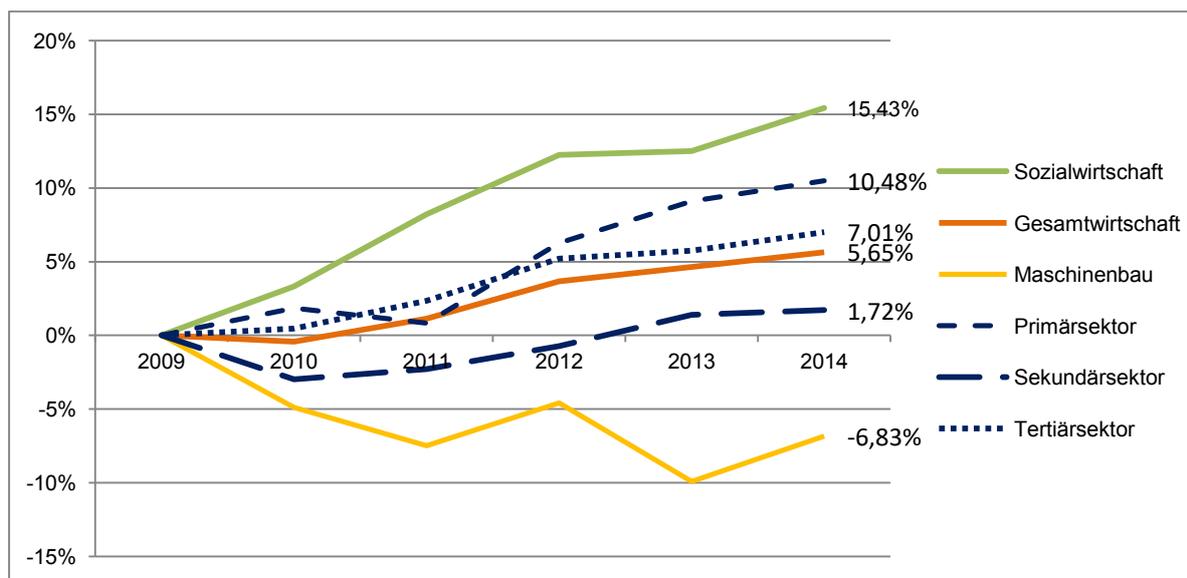
Die Entwicklung der Beschäftigungsstruktur der hessischen und deutschen Sozialwirtschaft hin zu einer überwiegend ambulanten Branche wird nachstehend anhand der Wachstumsraten der Beschäftigung in den einzelnen Wirtschaftszweigen der Sozialwirtschaft dargestellt und kontextualisiert (vgl. Kap. 3.3.7).

3.3.5 Das Beschäftigungswachstum der Sozialwirtschaft Hessens– Überproportionales Wachstum im gesamtwirtschaftlichen Vergleich

Im Vergleich zu der Gesamtwirtschaft ist die Sozialwirtschaft Hessens durch ein weit überdurchschnittliches Beschäftigungswachstum gekennzeichnet und hat in den vergangenen Jahren zu einem bedeutenden Teil des gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsaufbaus beigetragen. Von 2009 bis 2014 gab es in Hessen ein Wachstum der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Bereich der Sozialwirtschaft von 15,4 %. Im Vergleich zu der Gesamtwirtschaft ist die Wachstumsrate der Sozialwirtschaft im betrachteten Zeitraum rund

zehn Prozentpunkte höher; d. h., das Wachstum sozialversicherungspflichtig Beschäftigter der Sozialwirtschaft ist dreimal so hoch wie das Wachstum der Gesamtwirtschaft zwischen 2009 und 2014. Im Vergleich zu den Branchen des Sekundärsektors, wie z. B. dem Maschinenbau, die in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise einen gewaltigen Beschäftigungsrückgang verzeichnen, erwies sich die Sozialwirtschaft als ein bedeutender Beschäftigungsmotor für den hessischen Arbeitsmarkt (Bauer/Petkova 2015).

Abbildung 9: Wachstumsraten der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, Hessen 2014 (Index 2009 = 100)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit und eigene Berechnungen.

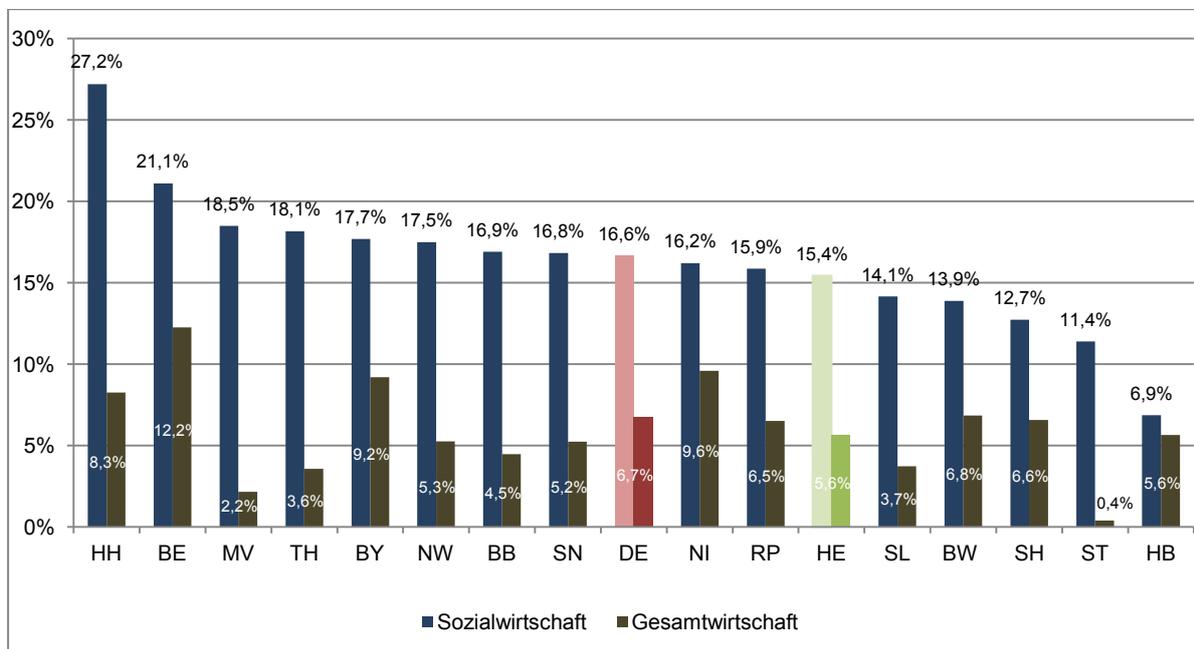
Abbildung 9 zeigt die Wachstumsraten der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ausgewählter Sektoren und Branchen zum Basisjahr 2009.¹⁸ Es kann beobachtet werden, dass die Anzahl an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Sozialwirtschaft auch unter der gesamtwirtschaftlichen rezessiven Periode zwischen 2009 und 2010 wuchs, während die meisten Branchen der Gesamtwirtschaft, insbesondere des Sekundärsektors, einen Beschäftigungsrückgang in diesem Zeitraum verzeichneten. Dies beweist den stabilisierenden Charakter der Sozialwirtschaft für die gesamtwirtschaftliche Konjunktur: Auch in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise zeigt sich die Sozialwirtschaft als eine bedeutende Wachstumsbranche im hessischen Arbeitsmarkt, die im Laufe der rezessiven Periode zwischen 2009 und 2011 über 16.000 und zwischen 2009 und 2014 über 30.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze generierte.

¹⁸ Das Beschäftigungswachstum wird zwischen den Jahren 2009 und 2014 analysiert, da die Datensätze in den Jahren 2014 und 2015 aufgrund der durchgeführten Revision der Daten der Bundesagentur für Arbeit in August 2014 nicht vergleichbar sind (für weitere Informationen siehe Anhang).

3.3.6 Beschäftigungswachstum der Sozialwirtschaft in Deutschland – Hessen unter dem Länder- und Bundesdurchschnitt

Die Sozialwirtschaft zeigt zwischen 2009 und 2014 ein sehr heterogenes Beschäftigungswachstum in den jeweiligen Bundesländern. Aus ländervergleichender Perspektive lässt sich feststellen, dass keine direkte Korrelation zwischen den Wachstumsraten der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung der Sozialwirtschaft und der Gesamtwirtschaft besteht. Die Differenz zwischen dem Beschäftigungswachstum der Sozialwirtschaft und dem Beschäftigungswachstum der Gesamtwirtschaft zwischen 2009 und 2014 in den Bundesländern ist sehr unterschiedlich. Trotz dieser Heterogenität kann beobachtet werden, dass das Wachstum der Beschäftigung in der Sozialwirtschaft höher als das Wachstum der Gesamtwirtschaft der Bundesländer ist (vgl. Abb. 3).

Abbildung 10: Wachstum der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach Bundesländern zwischen 2009 und 2014 (Index 2009 = 100)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit und eigene Berechnungen.

Obwohl in der Sozialwirtschaft Hessens ein überproportionales Beschäftigungswachstum im Vergleich zu dem der hessischen Gesamtwirtschaft vorliegt, liegt jedoch das Beschäftigungswachstum der Sozialwirtschaft Hessens mit 15,4 % unter dem Bundesdurchschnitt (16,6 %).

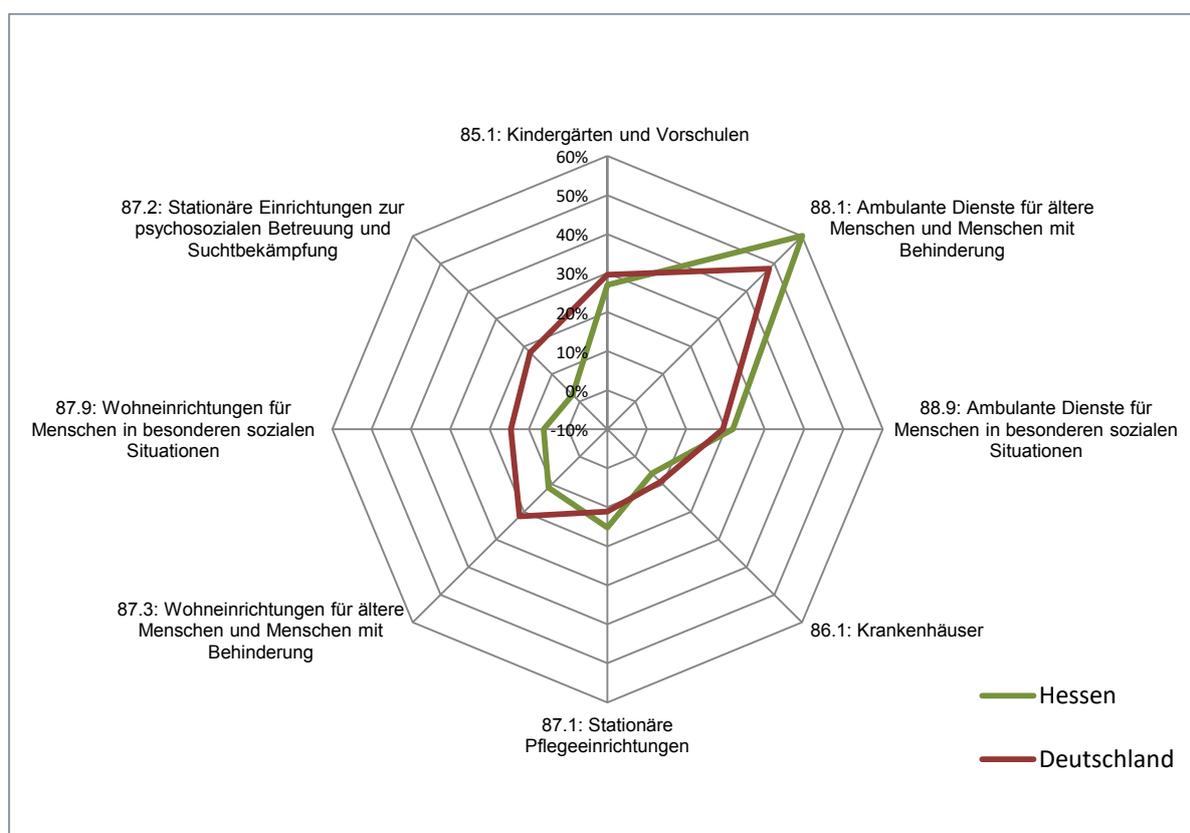
3.3.7 Wandel in der Beschäftigungsstruktur der Sozialwirtschaft Hessens – Ambulant vor stationär

Die Sozialwirtschaft besteht aus Angeboten im Sozial- und Gesundheitsbereich. Infolgedessen haben demografische und sozioökonomische Entwicklungen unmittelbare Auswirkungen auf die Entwicklung der Beschäftigungsstruktur der Sozialwirtschaft. Der demografische

Wandel und der Trend im Sozialbereich hin zu ambulanter anstatt stationärer Versorgung haben die Beschäftigungsstruktur der Sozialwirtschaft wesentlich verändert.

Im Rahmen der Ökonomisierungsprozesse der vergangenen Jahre sehen sich sowohl Kostenträger als auch Leistungserbringer im Gesundheits- und Sozialwesen mit sinkenden Budgets und zunehmendem Kosten- und Wettbewerbsdruck konfrontiert. Die Marktöffnung im Sozialbereich bringt einen tiefen Strukturwandel auf der Angebotsseite mit sich, indem investitionsintensivere Angebote (wie etwa die in stationären Einrichtungen erstellten Angebote) durch den Ausbau kurzfristig kostengünstigerer Hilfsangebote ersetzt (wie ambulante Dienstleistungen) werden (Pfau-Effinger/Och/Eichler2008: 83ff.).

Abbildung 11: Wachstumsraten der Sozialwirtschaft nach Wirtschaftszweigen zwischen 2009 und 2014 (Index 2009 = 100)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit und eigene Berechnungen.

Wie in Abbildung 11 deutlich zu erkennen ist, zeigt die Beschäftigung in ambulanten Sozialbereichen die größten Wachstumsraten innerhalb der Sozialwirtschaft. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in *ambulanten Diensten für ältere Menschen, Menschen mit Behinderung und Menschen in besonderen sozialen Situationen* (Wirtschaftsgruppen 88.1 und 88.9) in Hessen sowie bundesweit zeigt im Vergleich zu den stationären Bereichen überproportional steigende Wachstumsraten.

Zwischen 2009 und 2014 kann folglich eine tiefe Veränderung der Beschäftigungsstruktur der Sozialwirtschaft beobachtet werden. Vor allem kann ein stärkeres Beschäftigungswachstum im Sozialbereich als im Gesundheitsbereich der Sozialwirtschaft beobachtet werden: So

verlor der Gesundheitsbereich zwischen 2009 und 2014 etwa zehn Prozentpunkte innerhalb der Beschäftigungsstruktur der Sozialwirtschaft gegenüber dem Bereich Sozialwesen. Die wesentlichen Veränderungen fanden jedoch innerhalb des Sozialbereichs der Sozialwirtschaft statt. Die Wirtschaftsgruppe 87.1 *Stationäre Pflegeeinrichtungen* war im Jahr 2009 das arbeitsintensivste Arbeitsgebiet im Sozialwesen. Aufgrund des starken Beschäftigungswachstums der Wirtschaftsgruppe 88.1 *ambulante Dienste für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung*, das in der Abbildung 8 deutlich zu erkennen ist, entspricht dieses Arbeitsgebiet im Jahr 2014 dem arbeitsintensivsten Handlungsfeld im Sozialbereich der Sozialwirtschaft. In Deutschland und Hessen entwickelt sich die Beschäftigungsstruktur der Sozialwirtschaft gleichartig. Allerdings ist die Differenz zwischen dem Beschäftigungswachstum zwischen ambulanten und stationären Bereichen in Hessen sogar größer als bundesweit.

3.3.8 Beschäftigungsstruktur der Sozialwirtschaft – Weiblich dominiert und hohe Teilzeitquote

Berufs- und Branchenwahl hängen eng mit dem Geschlecht zusammen: So sind in der Sozialwirtschaft mit den charakteristischen sozialen und gesundheitsbezogenen Dienstleistungen insbesondere Frauen beschäftigt: Über Dreiviertel aller Beschäftigten sind weiblich. Werden die Wirtschaftszweige in den Blick genommen, liegt der Frauenanteil immer bei einer Größenordnung von 67 % (Wirtschaftsgruppe 87.2 stationäre Einrichtungen zur psychosozialen Betreuung und Suchtbekämpfung) bzw. 79 % (Wirtschaftsgruppe 85.1 Kindergärten und Vorschulen). Insbesondere in den Branchen der Erziehung und Pflege (Wirtschaftszweige 87.3, 87.9, 88.1 und 85.1: Wohneinrichtungen und ambulante Dienste für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung und Kindergärten und Vorschulen) ist der Frauenanteil mit rund acht von zehn Beschäftigten am höchsten (Bundesagentur für Arbeit 2008 bis 2014).

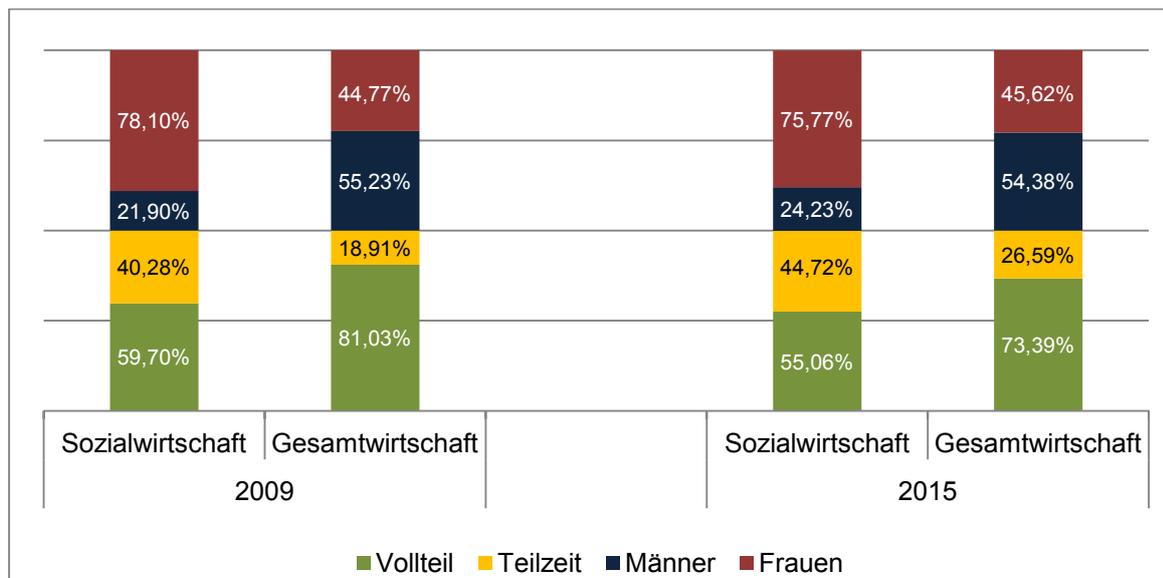
Zudem werden diese Branchen – insbesondere im Vergleich zu der Gesamtwirtschaft – durch Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse dominiert und dies sogar mit steigender Tendenz (vgl. Abb. 12) (ebd.). So arbeitet laut dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V. (2015) jede zweite Fachkraft in der Gesundheits-, Kranken- und Altenpflege in Teilzeit bzw. zwei von drei Aushilfskräften der Erziehung, Sozialarbeit und Heilerziehung mit reduzierten Arbeitsvolumen (Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V. 2015: 26).

Abbildung 12 zeigt die Beschäftigungsstruktur der Sozial- und Gesamtwirtschaft zu zwei Zeitpunkten (2009 und 2015) nach zwei Kriterien: Voll-/Teilzeit und Männer/Frauen:

- Im oberen Teil des Diagramms wird die Beschäftigungsstruktur der Sozial- und Gesamtwirtschaft nach Männern und Frauen (blau und rot) differenziert. Während sich der Frauenanteil der Sozialwirtschaft in den vergangenen Jahren verringert hat, ist dieser an der Gesamtwirtschaft leicht gestiegen. Anhand der Daten wird ersichtlich, dass im Gegensatz zu der Gesamtwirtschaft die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze der Sozialwirtschaft überwiegend von Frauen besetzt sind (ca. 75 % Frauen aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Sozialwirtschaft).

- Im unteren Teil des Diagramms wird die Beschäftigungsstruktur der Sozial- und Gesamtwirtschaft nach Teil- und Vollzeit (grün und gelb) differenziert. Die Teil- und Vollzeitquote betrachtend kann beobachtet werden, dass die Teilzeitquote an der Sozial- sowie Gesamtwirtschaft gestiegen ist. Auch diesbezüglich gibt es Geschlechtsunterschiede, so zeigen die Daten, dass Teilzeitbeschäftigung nach wie vor ein weibliches Phänomen ist: Mehr als die Hälfte der Frauen in der Sozialwirtschaft ist in einem Teilzeitverhältnis beschäftigt, hingegen nur ca. 18 % der Männer.

Abbildung 12: Beschäftigungsstruktur der Sozial- und Gesamtwirtschaft nach Voll-/Teilzeit und Männer/Frauen in den Jahren 2009 und 2015



Quelle: Bundesagentur für Arbeit und eigene Berechnungen.

Für die Merkmale Alter und Ausbildungsniveau der Beschäftigten gibt es zwischen der Sozialwirtschaft und der Gesamtwirtschaft keine gravierenden Unterschiede. Die Beschäftigten sind i. d. R. zwischen 25 und 55 Jahre alt (ca. drei Viertel der Beschäftigten) und verfügen zu etwa 60 % über einen anerkannten Berufsabschluss. Das Ausbildungsniveau differiert jedoch ebenfalls nach dem Geschlecht und liegt in der Sozialwirtschaft bei den Männern über dem der Frauen. Daten aus 2010 belegen, dass Frauen häufiger über praktische Zugänge zu den Berufen der Sozialwirtschaft verfügen: 67 % haben im Vergleich zu 55 % der Männer eine abgeschlossene Berufsausbildung, wohingegen Männer häufiger (24,8 %) über eine akademische Ausbildung verfügen als Frauen (10 %) (ebd.).¹⁹

3.4 Fachkräftemangel in der Sozialwirtschaft – Aktuellen und zukünftigen Fachkräfteengpässen begegnen

Der Fachkräftemangel ist allgegenwärtig und die Sicherung der Fachkräftebasis ein zentrales Schlüsselthema für die Wirtschaft. Insbesondere die Wirtschaftsbereiche im Gesundheits-, Sozial-, und Bildungswesen – und somit die Sozialwirtschaft – sind durch Fachkräfteengpässe gekennzeichnet. Im Berufsfeld dieser Bereiche sind 20 Berufsgattungen mit anhal-

¹⁹ Ebd.

tenden Fachkräfteengpässen konfrontiert, wovon wiederum 15 eher frauentypisch sind. Betroffen sind insbesondere Berufe, in denen eine hohe Teilzeit-Kultur vorliegt: 40 % der Teilzeitfachkräfte, die in Berufen mit anhaltenden Engpässen arbeiten, entfallen dem Arbeitsfeld „Gesundheit, Soziales und Bildung“ (Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V. 2015). Im Konkreten sind das Berufe der Gesundheits-, Kranken- und Altenpflege, aber auch der Erziehung, des Sozialen und der Heilerziehung. So zeigt sich, dass

- Erzieher/innen-Stellen durchschnittlich 51 Tage vakant sind und die für Kinderpfleger/innen 42 Tage. 100 gemeldeten offenen Erzieher/innen-Stellen standen 118 arbeitslosgemeldete Fachkräfte gegenüber und 100 Stellen für sozialpädagogische Assistenz bzw. Kinderpflege 614 Arbeitslose (Bundesagentur für Arbeit 2014: 19f.).
- für 100 Stellen für Altenpflegefachkräfte laut Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit (2015) lediglich 39 arbeitslose Anwärter/innen zur Verfügung stehen. Ausgeschriebene Stellen für examinierte Altenpflegekräfte sind durchschnittlich 122 Tage vakant. Hingegen liegt bei den Altenpflegehelfer/innen eine höhere Anzahl Arbeitsloser als vakanter Stellen vor (Bundesagentur für Arbeit 2015a: 8).
- bei Gesundheits- und Krankenpflegefachkräften die Vakanz 110 Tage beträgt. Auf 100 freie Stellen kommen rechnerisch 80 Arbeitslose in diesem Beruf (Bundesagentur für Arbeit 2015b: 14).

Sinkendes Arbeitskräfteangebot erklärt sich u. a. aufgrund geburtenschwacher Jahrgänge, einer Alterung der Belegschaft und nahender Verrentung, hoher Teilzeitquoten, unattraktiver Bezahlungen und kontinuierlich steigender Nachfrage nach sozialen und gesundheitsbezogenen Dienstleistungen (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2011; Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V. 2015).

Die Folgen dieses Wandels kommen in Hessen nicht nur bereits jetzt, sondern werden in den Jahren 2020 bis 2040 besonders zum Tragen kommen: 2035 werden dem Arbeitsmarkt Hessen im Vergleich zu 2009 ca. 20 % weniger Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre) zur Verfügung stehen. Es wird ein Rückgang von 1,3 Mio. Menschen im erwerbsfähigen Alter für die Jahre 2009 bis 2060 prognostiziert. Die Entwicklung ist dabei nahezu parallel zu der des gesamten Bundesgebiets (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2011: 12f.). Um diesem Trend zu begegnen, gibt es gegenwärtig zahlreiche Ansätze, die in der nachfolgenden Tabelle 4 übersichtlich zusammengestellt sind.

Tabelle 4: Strategien zur Begegnung der Fachkräfteengpässe

Gewinnung zusätzlicher Ressourcen	Sicherstellung familienfreundlicher Arbeitsstrukturen	Schaffung von Anreizsystemen
Überwindung beruflicher Geschlechtersegregationen	Sicherstellung bedarfsgerechter und finanzierbarer Betreuungsstrukturen für Kinder und andere Familienangehörige	Aufstockung der Vergütung
Aufstockung von Teilzeitverträgen	Stärkung einer familienfreundlichen Personalpolitik	Erhöhung des Ausbildungsniveaus (z. B. Akademisierung)
Anwerben von Nicht-Erwerbspersonen	Erleichterung des Wiedereinstiegs für Berufsrückkehrer/innen	Qualifizierungsmaßnahmen/ betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen
Gezielte Nachwuchssicherung (z. B. Erhöhung der Ausbildungskapazitäten, Kooperationen mit Schulen)		
Anwerben ausländischer Fachkräfte		

Quelle: Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V. (2015): Fachkräfteengpässe in Unternehmen: Geschlechterunterschiede in Engpassberufen. Köln; vgl. Institut Arbeit und Technik (IAT) der Westfälischen Hochschule (2015): Fachkräftemangel als Chance zur Aufwertung der Sozial- und Gesundheitsberufe. Bochum.

3.5 Der Wertschöpfungsbeitrag der Sozialwirtschaft – Wachstumsfaktor für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Soziale und gesundheitsbezogene Einrichtungen bringen nicht nur einen bedeutenden gesellschaftlichen Mehrwert, sondern leisten aus ökonomischer Perspektive einen unmittelbaren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen. Während die wirtschaftliche Leistung der meisten Branchen der Volkswirtschaft von vielfältigen exogenen Faktoren abhängig ist, etwa der Preisentwicklung von Grundstoffen oder der Nachfrage des Auslands, entspricht die Sozialwirtschaft einem sicheren Wachstumsfaktor für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Der wirtschaftliche Beitrag der Sozialwirtschaft zu der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur wird aufgrund der kontinuierlich steigenden, inländischen Nachfrage nach sozialen, pflegerischen und gesundheitlichen Dienstleistungen immer bedeutsamer.

Die erwirtschaftete Wertschöpfung einer Branche bzw. eines Betriebs entspricht dem relevantesten Indikator zur Messung ihrer Wirtschaftsleistung und wird durch die *Bruttowertschöpfung* in monetärer Form erfasst. Die zentrale Fragestellung der nachstehenden Analysen lautet: Wie viel Wertschöpfung wird dank der Einrichtungen der Sozialwirtschaft in Hessen erwirtschaftet? Hierfür werden an erster Stelle die wichtigsten Begriffe und Methoden der vorliegenden Analyse erörtert. Abschließend wird die Entwicklung der Bruttowertschöpfung der hessischen Sozialwirtschaft im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbranchen untersucht.²⁰

20 Dieser Ansatz zur Quantifizierung der wirtschaftlichen Leistung der Sozialwirtschaft greift aufgrund der Spezifika Sozialer Arbeit zu kurz, da hierbei der Beitrag der Ehrenamtlichen Arbeit zur Bereitstellung wohlfahrtsdienlicher Dienstleistungen unberücksichtigt bleibt.

3.5.1 Bruttowertschöpfung – Begriffserläuterung und Interpretation

Die Bruttowertschöpfung misst die wirtschaftliche Leistung von Wirtschaftssektoren bzw. -einheiten, wie beispielsweise ein Betrieb, ein Unternehmen oder eine Organisation, nach ihrer Fähigkeit, Einkommen zu generieren. Grundsätzlich besteht die Bruttowertschöpfung aus der Differenz zwischen dem Produktionswert und dem Wert der für die Produktion benötigten Vorleistungen, ergo Output minus Input gemessen in monetärer Form. Sie stellt prinzipiell den durch die Wirtschaftstätigkeit einer Wirtschaftseinheit geschaffenen Mehrwert in monetärer Form dar.²¹ Die Bruttowertschöpfung aus der Produktion von Waren bzw. Bereitstellung von Dienstleistungen entspricht daher dem Einkommen, das beispielsweise in Form von Arbeitnehmerentgelten, Betriebsüberschüssen oder Einkommen von Selbstständigen, durch eine Wirtschaftstätigkeit generiert wird (Frey/Thalheimer 2010).

Für die Quantifizierung der Bruttowertschöpfung wenden statistische Ämter grundsätzlich zwei Ansätze an: Den Produktionsansatz und den Einkommensansatz. Zur Ermittlung des Wertes der Bruttowertschöpfung sind beide Ansätze äquivalent.

- *Produktionsansatz:* Bei diesem Verfahren wird dem Output eines Betriebs bzw. dem Produktionswert, der in etwa dem Umsatz eines Unternehmens entspricht,²² der Input bzw. die Vorleistungen abgezogen. Vorleistungen sind Produktionsfaktoren, die eine Wirtschaftseinheit von einer anderen Wirtschaftseinheit für die Produktion von Waren bzw. Bereitstellung von Dienstleistungen bezieht, wie beispielsweise Leiharbeiter und -nehmerinnen oder Rohstoffe. Aus dieser Differenz entsteht das generierte Einkommen bzw. die erwirtschaftete Bruttowertschöpfung eines Betriebs, wie z. B. Betriebsüberschüsse oder Arbeitnehmerentgelte.
- *Einkommensansatz:* Dieses Verfahren zielt darauf ab, das erwirtschaftete Einkommen einer Wirtschaftseinheit unmittelbar zu ermitteln, ohne ihren Produktionswert und ihre Vorleistungen im Voraus zu quantifizieren. Hierfür werden die Hauptkomponenten der Bruttowertschöpfung, d. h. Arbeitnehmerentgelte und Betriebsüberschüsse, quantifiziert. Die Vorleistungen sind implizit berücksichtigt, werden allerdings nicht explizit berechnet, da hier nicht über den Produktionswert gerechnet wird. Aufgrund der Spezifika von Dienstleistungen ist dieser Weg der geläufigste zur Quantifizierung der Bruttowertschöpfung im Tertiärsektor. Insbesondere in den Märkten, in denen es keine Preise gibt (z. B. öffentliche Schulen) oder in denen zahlreiche Anbieter kein gewinnorientiertes Handeln haben (z. B. ambulante Dienstleistungen für Menschen in besonderen sozialen Situationen), eignet sich die Anwendung des Einkommensansatzes.

21 Die Bruttowertschöpfung ist ein wichtiger Bestandteil der Rechnung zur Quantifizierung des Bruttoinlandsprodukts: Zur Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) einer Volkswirtschaft wird die Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche aufaddiert und der Saldo aus Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen hinzugezählt. Gütersteuern sind alle Steuern, die pro Einheit einer produzierten oder gehandelten Ware oder Dienstleistung zu entrichten sind. Gütersubventionen sind Subventionen, die pro Einheit einer produzierten Ware oder Dienstleistung geleistet werden.

22 Der Produktionswert entspricht nicht im Ganzen dem Umsatz eines Betriebes, da in der Regel nicht alle Produkte, die über einen Zeitraum produziert werden, über diesen Zeitraum ebenfalls im Markt verkauft werden.

Der Anteil der Bruttowertschöpfung einer Branche an der Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft besagt, wie viel diese Branche zum Volkseinkommen einer Volkswirtschaft beiträgt. In anderen Worten, dieser Anteil gibt die Antwort auf folgende Frage: Wie viel Euro wurden pro 100 Euro entstandener Wertschöpfung bzw. erwirtschaftetem Einkommen in einer Region durch die Wirtschaftstätigkeit einer spezifischen Branche erwirtschaftet?

3.5.2 Behandlung der amtlichen Daten – Verfahren zur Ermittlung der Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft

Die Ermittlung der Bruttowertschöpfung sozialer und gesundheitsbezogener Einrichtungen mittels des Einkommensansatzes entspricht einem komplexen statistischen Verfahren, in dem eine Vielfalt von unterschiedlichen Statistiken ausgewertet wird, wie z. B. Umsatzsteuerstatistiken oder Arbeitnehmerentgeltberechnungen (ebd.: 43f.). Daten zu der in einem Jahr erwirtschafteten Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche – bzw. *Wirtschaftsabschnitte* nach der WZ 2008 – werden von statistischen Ämtern auf Bundes- und Landesebene zur Verfügung gestellt.

Aufgrund der Komplexität der statistischen Verfahren zur Quantifizierung der Bruttowertschöpfung stellen die amtlichen Daten lediglich die Bruttowertschöpfung umfassender Wirtschaftskategorien in der WZ 2008 – *Wirtschaftsabschnitte* – dar, deren Werte eine Vielfalt von unterschiedlichsten Wirtschaftsbereichen in aggregierter Form beinhalten. Für die Ermittlung der Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft ist es allerdings erforderlich, die Bruttowertschöpfung untergeordneter Wirtschaftszweige – *Wirtschaftsgruppen* – zu quantifizieren. Hierfür soll das Gewicht der Bruttowertschöpfung aller *Wirtschaftsgruppen* der Sozialwirtschaft innerhalb ihrer übergeordneten *Wirtschaftsabschnitte* ermittelt werden. Zu diesem Zweck verwendet Karmann et al. folgenden Ansatz zur Berechnung dieser Gewichte mittels von Beschäftigungsdaten (Karmann/Werbloff/Karmann/Jurack 2011: 52ff.):

Im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsbranchen, die produzierendes Kapital und Arbeit in ihrer Produktion einsetzen, entsteht das erwirtschaftete Einkommen sozialer und gesundheitsbezogener Einrichtungen überwiegend aus dem Einsatz von Arbeitskräften.²³ Darüber hinaus sind die meisten Handlungsfelder der Sozialwirtschaft keine marktnahen Bereiche, so dass das generierte Einkommen sozialer und gesundheitsbezogener Einrichtungen überwiegend aus Arbeitnehmerentgelten besteht. Folglich spielt die Beschäftigung die wichtigste Rolle bei der Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft.

Wie in den vorstehenden Kapiteln erläutert, sind die Beschäftigungsdaten der Wirtschaftsgruppen der Sozialwirtschaft und deren übergeordneten Wirtschaftsabschnitten abrufbar. Daher kann das Beschäftigungsgewicht der Wirtschaftsgruppen der Sozialwirtschaft innerhalb deren übergeordneten Wirtschaftsabschnitten ermittelt werden. Wird dieses Verhältnis auf die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsabschnitte übertragen, kann die Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsgruppen der Sozialwirtschaft ermittelt werden. Dabei soll allerdings zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigung unterschieden werden, da die eingesetzt-

23 Charakteristisch für den Tertiärsektor ist die Produktion durch Einsatz von Arbeit, dadurch ist der Sektor besonders personalintensiv.

te Arbeitszeit einen unmittelbaren Einfluss auf die wirtschaftliche Leistung einer Branche hat. Dieses Verfahren wurde für die Sozialwirtschaft Hessens und Deutschland durchgeführt. Im Folgenden wird das arithmetische Verfahren erläutert:²⁴

1. Die Bruttowertschöpfung (BWS) der Wirtschaftszweige (WZ) besteht in unserer Rechnung aus $BWS_{WZ(Vollzeit)}$, d. h. die durch Vollzeitbeschäftigung erwirtschaftete Bruttowertschöpfung, und $BWS_{WZ(Teilzeit)}$, d. h. die durch Teilzeitbeschäftigung erwirtschaftete Bruttowertschöpfung. Diese Bestandteile ergeben sich aus dem Verhältnis Voll-/Teilzeitbeschäftigung der Wirtschaftszweige:
2. $BWS_{WZ} = BWS_{WZ(Vollzeit)} + BWS_{WZ(Teilzeit)}$
3. Gegeben ist die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsabschnitte. Ziel ist, die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsgruppen zu ermitteln. Dafür wird an erster Stelle das Verhältnis sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigung zwischen Wirtschaftsabschnitten und -gruppen auf die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsabschnitte übertragen. Somit wird der Wert der durch Vollzeitbeschäftigung erwirtschafteten Bruttowertschöpfung ermittelt:
4.
$$BWS_{WZ-Gruppe(Vollzeit)} = BWS_{WZ-Abschnitt(Vollzeit)} * \frac{Sv_{BWS-Gruppe(Vollzeit)}}{Sv_{BWS-Abschnitt(Vollzeit)}}$$
5. Analog zu der Ermittlung der durch Vollzeitbeschäftigung erwirtschafteten Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsgruppen wird die durch Teilzeitbeschäftigung erwirtschaftete Bruttowertschöpfung ermittelt:
6.
$$BWS_{WZ-Gruppe(Teilzeit)} = BWS_{WZ-Abschnitt(Teilzeit)} * \frac{Sv_{BWS-Gruppe(Teilzeit)}}{Sv_{BWS-Abschnitt(Teilzeit)}}$$
7. Werden beide Komponenten der Bruttowertschöpfung summiert, wird die gesamte Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsgruppe ermittelt:
8. $BWS_{WZ-Gruppe} = BWS_{WZ-Gruppe(Vollzeit)} + BWS_{WZ-Gruppe(Teilzeit)}$

3.5.3 Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft Hessens– Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung

Die Wertschöpfung der hessischen Volkswirtschaft zeigt eine ähnliche Sektorenstruktur wie der Arbeitsmarkt Hessen: Der Sekundärsektor erwirtschaftet ca. 25 % der gesamten Bruttowertschöpfung in Hessen, während der Tertiärsektor die restlichen 75 % erwirtschaftet. Als Bestandteil des Sekundärsektors erwirtschaftete die Sozialwirtschaft Hessens im Jahr 2013 über 13 Milliarden Euro Wertschöpfung, was ca. 6 % der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung Hessens entspricht. Dies bedeutet: Pro 100 Euro entstandener Wertschöpfung bzw. entstandenem Einkommen in Hessen werden 6 Euro von Einrichtungen der Sozialwirtschaft erwirtschaftet. Im Vergleich zum Sekundärsektor, der insgesamt ca. 25 Euro jeder 100 Euro entstandener Wertschöpfung in Hessen erwirtschaftet, erweist sich der volkswirtschaft-

²⁴ Dieses Berechnungsverfahren wurde ebenfalls von Fachreferenten des Statistischen Landesamts Hessen als plausibel erachtet.

liche Stellenwert der Sozialwirtschaft, deren wirtschaftliche Leistung einen erheblichen Teil des Volkseinkommen Hessens sichert, als nicht unbedeutend.

Tabelle 5: Bruttowertschöpfung in absoluten Werten nach Wirtschaftssektoren und ausgewählten Branchen Hessens 2013 (Preise = 2013)

Wirtschaftsbereich	Bruttowertschöpfung in absolutem Wert (in Mill. Euro)	Beitrag zur gesamten Bruttowertschöpfung
Gesamtwirtschaft	218.920	100,0 %
▪ Primärsektor	807	0,37 %
▪ Sekundärsektor	53.484	24,43 %
- Maschinenbau	3.871	1,77 %
▪ Tertiärsektor	164.629	75,20 %
- Sozialwirtschaft	13.265	6,06 %
- Finanz- und Versicherungsdienstleister	15.693	7,17 %

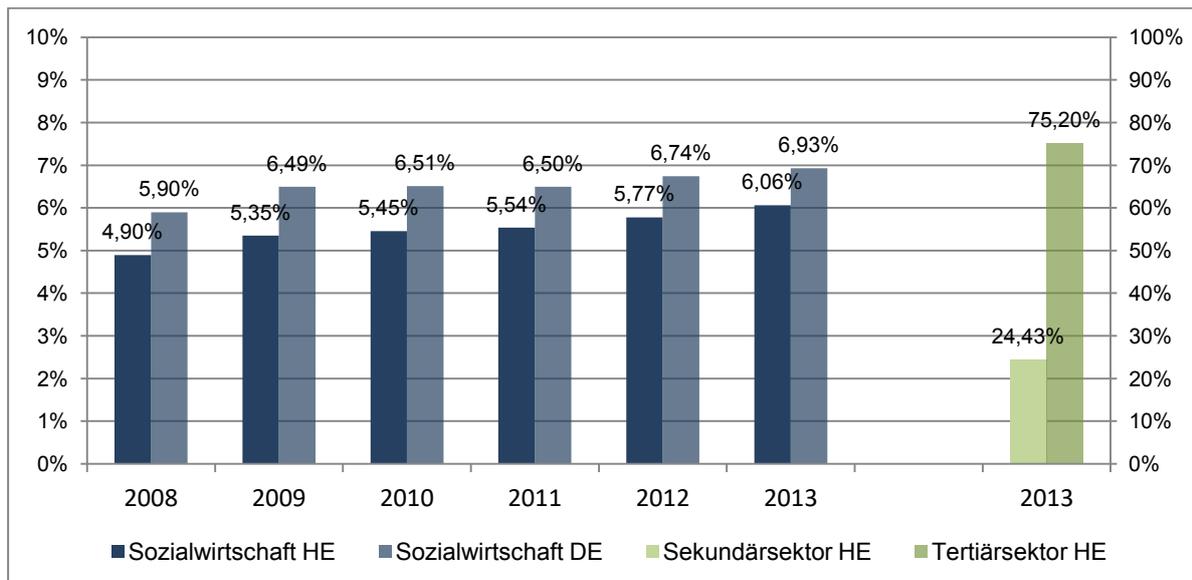
Quelle: Statistisches Landesamt und eigene Berechnungen.

Im Vergleich zu einzelnen Branchen des hessischen Sekundärsektors, wie z. B. Maschinenbau, erweist sich der volkswirtschaftliche Beitrag der Sozialwirtschaft als äußerst gewichtig: Mit über 13 Milliarden Euro im Jahr 2013 erzielte die Bruttowertschöpfung sozialer und gesundheitsbezogener Einrichtungen mehr als den dreifachen Wert der Bruttowertschöpfung von Betrieben und Unternehmen im Bereich Maschinenbau. Auch im Vergleich zu anderen Branchen des hessischen Tertiärsektors zeigt sich der gewichtige Beitrag der Sozialwirtschaft zur Gesamtwirtschaft Hessens: Der Anteil der Bruttowertschöpfung der Finanz- und Versicherungsdienstleister an der hessischen Gesamtwirtschaft ist lediglich ein Prozentpunkt größer als der Anteil sozialer und gesundheitsbezogener Einrichtungen (vgl. Tab. 5). Somit ist der Beitrag der Sozialwirtschaft vergleichbar zu dem des hessischen Finanz- und Versicherungssektors, der im Vergleich zu anderen Bundesländern äußerst bedeutsam ist.²⁵

Darüber hinaus zeigt die Analyse der Bruttowertschöpfung in den vergangenen Jahren, dass das volkswirtschaftliche Gewicht der Sozialwirtschaft innerhalb der hessischen Gesamtwirtschaft kontinuierlich an Bedeutung zunimmt: Zwischen 2008 und 2013 ist der Anteil der Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft an der gesamten Bruttowertschöpfung Hessen um 1,2 Prozentpunkte gestiegen (vgl. Abb. 13). Dies hat zur Folge, dass das Volkseinkommen Hessens von der wirtschaftlichen Leistung sozialer und gesundheitsbezogener Einrichtungen kontinuierlich gestützt wird.

²⁵ Bundesweit beträgt der Anteil der Bruttowertschöpfung der Finanz- und Versicherungsdienstleister an der Gesamtwirtschaft 4,13 %, während der Anteil dieser Branche über 7 % der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung Hessens entspricht.

Abbildung 13: Beitrag der Sozialwirtschaft zur gesamten Bruttowertschöpfung Hessen und Deutschland 2008 – 2013



Quelle: Statistisches Landesamt und eigene Berechnungen.

Der volkswirtschaftliche Beitrag der Sozialwirtschaft in Hessen befindet sich jedoch knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Während der Anteil der Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft im Jahr 2013 an der Bruttowertschöpfung Hessen ca. 6,1 % beträgt, ist dieser auf Bundesebene mit 6,9 % knapp einen Prozentpunkt größer. Dennoch zeigen die Daten der vergangenen Jahre, dass der volkswirtschaftliche Beitrag der hessischen Sozialwirtschaft an der gesamtwirtschaftlichen Leistung in Hessen ein stärkeres Wachstum als die Sozialwirtschaft Deutschland aufweist. Angesichts der Entwicklung der volkswirtschaftlichen Sozialwirtschaft Hessens und der Sozialwirtschaft Deutschland kann festgehalten werden, dass das volkswirtschaftliche Gewicht sozialer und gesundheitsbezogener Einrichtungen in den nächsten Jahren weiterhin zunehmen wird.

3.5.4 Das Wachstum der Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft – Überproportionales Wachstum im gesamtwirtschaftlichen Vergleich

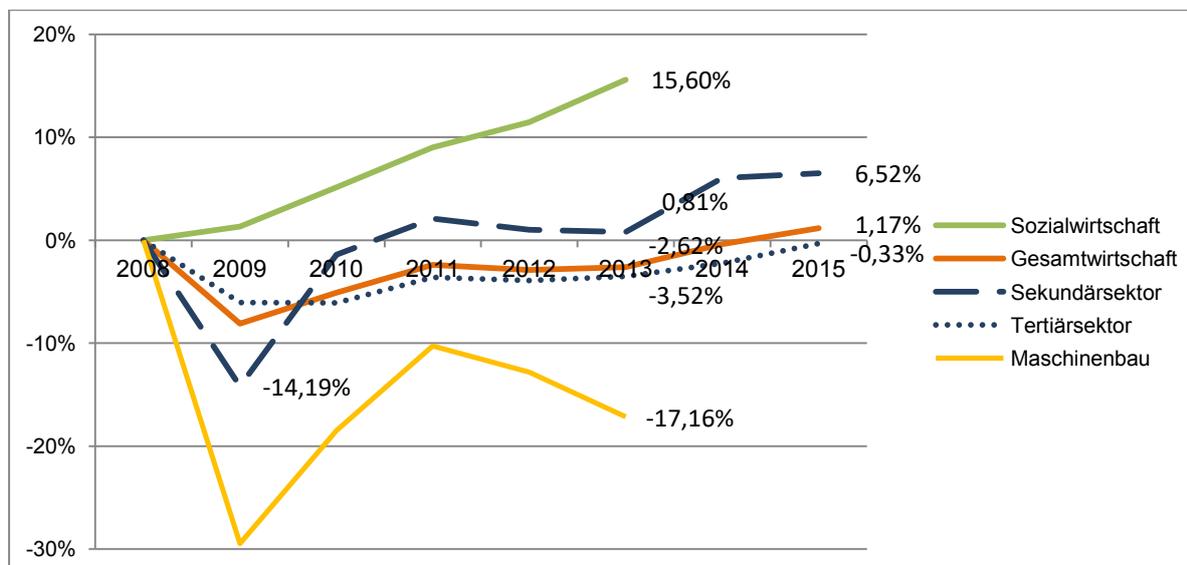
Das kontinuierlich zunehmende Gewicht der Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft wird anhand der überproportional steigenden Wachstumsraten der Sozialwirtschaft im Vergleich zu den Hauptsektoren der Gesamtwirtschaft ersichtlich. Die preisbereinigte²⁶ Veränderung der Bruttowertschöpfung einer Branche gegenüber dem Vorjahr bzw. einem Bezugsjahr – d. h. die realen Bruttowertschöpfungswachstumsraten – beschreibt ihr Wirtschaftswachstum. Die Einrichtungen im Bereich Gesundheits- und Sozialwesen – und somit die Sozialwirt-

²⁶ Insbesondere bei langfristigen Vergleichen bietet sich die preisbereinigte bzw. reale Bruttowertschöpfung als Vergleichsgröße an, um die tatsächliche mengenmäßige Entwicklung einer Volkswirtschaft bewerten zu können. Da die Bruttowertschöpfung in monetären Einheiten quantifiziert wird, können Preisentwicklungen die realen Werte der Bruttowertschöpfung verzerren. Preisbereinigung ist das Verfahren zur Beseitigung von Preiseinflüssen. Die Preisbereinigung erfolgt auf der Grundlage einer jährlich wechselnden Preisbasis, z. B. 2010. D. h. die Werte der Bruttowertschöpfung werden in Preisen vom Basisjahr 2010 ausgedrückt.

schaft – zeigen eindeutig das höchste Wirtschaftswachstum aller Branchen der Gesamtwirtschaft in den vergangenen Jahren.

Aufgrund der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 verzeichneten alle Sektoren der hessischen Volkswirtschaft einen starken wirtschaftlichen Rückgang. Dieser Rückgang der wirtschaftlichen Gesamtleistung im Krisenjahr 2009 und der nachfolgende rezessive Konjunkturverlauf führten dazu, dass die Gesamtwirtschaft Hessens erst im Jahr 2014 den Wert der Bruttowertschöpfung vom Jahr 2008 wieder erreichte. Mit einem kontinuierlichen Bruttowertschöpfungszuwachs hat jedoch die Sozialwirtschaft zu einem beachtlichen Teil der wirtschaftlichen Wiederbelebung in Hessen beigetragen: Zwischen 2008 und 2013 ist die preisbereinigte Bruttowertschöpfung der Sozialwirtschaft um rund 15,6 % gestiegen. Im Vergleich dazu ist die preisbereinigte Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft Hessens um 2,6 % in diesem Zeitraum gesunken. Den stärksten wirtschaftlichen Rückgang der Gesamtwirtschaft verzeichnete der Sekundärsektor, dessen Bruttowertschöpfung im Krisenjahr 2009 um 14,2 % gegenüber dem Vorjahr sank (vgl. Abb. 14).

Abbildung 14: Wachstumsraten der preisbereinigten Bruttowertschöpfung (Preise = 2010) nach Wirtschaftsbereichen Hessen (Index 2008 = 100)



Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" und eigene Berechnungen.

Der gewichtige Unterschied zwischen dem Wirtschaftswachstum des Sekundärsektors und der Sozialwirtschaft im Laufe der gesamtwirtschaftlichen rezessiven Periode zwischen 2008 und 2014 erklärt sich aufgrund des Einflusses exogener Faktoren auf die wirtschaftliche Leistung des Sekundärsektors. Während die wirtschaftliche Leistung industrieller Wirtschaftszweige – wie z. B. Maschinenbau – prinzipiell von der Nachfrage im Ausland abhängig ist, gewährleistet die inländische Nachfrage nach sozialen und gesundheitsbezogenen Leistungen das starke Wirtschaftswachstum der Sozialwirtschaft. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Leistung der Sozialwirtschaft in den vergangenen Jahren zeigt nicht nur, dass die Sozialwirtschaft ein bedeutender wirtschaftlicher Wachstumsfaktor für Hessen ist, sondern auch dass sie eine stabilisierende Funktion auf die Gesamtwirtschaft während rezessiver Perioden ausübt.

4 Die Freie Wohlfahrtspflege als Wirtschaftsfaktor in Hessen

Die Analyse der wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege für Hessen anhand ausgewählter Arbeitsfelder (z. B. Altenhilfe; Kinder-, Jugend- und Familienhilfe) ist ein zentraler Baustein dieser Studie. Dabei steht folgendes Erkenntnisinteresse im Fokus:

- der Vergleich der Freien Wohlfahrtspflege zu öffentlichen und privatgewerblichen Trägern sowie
- die Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege in Bezug auf Beschäftigung und Bruttowertschöpfung im Vergleich zur Sozial- und Gesamtwirtschaft;
- die Darstellung der Einrichtungsanzahl und der Anzahl der Beschäftigten in Hessen jeweils differenziert nach den einzelnen Arbeitsfeldern der Freien Wohlfahrtspflege;
- die Darstellung der regionalen Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege.

Gegensätzlich zur Definition der Sozialwirtschaft (vgl. hierzu Kap. 3.1), ist die Freie Wohlfahrtspflege klar abgrenzbar. Unter der Freien Wohlfahrtspflege ist die *„Gesamtheit aller Hilfen bei sozialer, gesundheitlicher und sittlicher Gefährdung bzw. Not vorbeugend oder heilend zum Wohle der Gesellschaft oder des Einzelnen, die auf freigemeinnütziger Grundlage und in organisierter Form geleistet werden“* (BAGIV o. J.: 1) zu verstehen, beziehungsweise nach § 66 der Abgabenordnung die *„zum Wohle der Allgemeinheit und nicht des Erwerbs wegen ausgeübte Sorge für notleidende oder gefährdete Mitmenschen. Die Sorge kann sich auf das gesundheitliche, sittliche, erzieherische oder wirtschaftliche Wohl erstrecken und Vorbeugung oder Abhilfe bezwecken“* (Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz o. J.).

Im engeren Sinne können darunter auch die Leistungen der hessischen Untergliederungen der sechs Wohlfahrtsverbände gefasst werden, sprich die Arbeiterwohlfahrt (AWO), der Deutsche Caritasverband (DCV), der PARITÄTISCHE Gesamtverband, das Deutsche Rote Kreuz (DRK), das Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung (EWDE) und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST).

Im vorliegenden Kapitel wird somit der Fokus auf die Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege für die hessische Volkswirtschaft gelegt. Dabei wird in Kapitel 4.1 die statistische Abgrenzung der Freien Wohlfahrtspflege und die Methodik zur Berechnung des Gewichts der Freien Wohlfahrtspflege innerhalb der Sozial- und Gesamtwirtschaft mittels amtlicher Sekundärdaten beschrieben. Bei den Ergebnissen werden zuerst die Daten zur Entwicklung der Verbände als Anbieter personenbezogener Dienste und deren Einordnung in die Sozialwirtschaft und der Gesamtwirtschaft Hessens in den Blick genommen sowie das Gewicht der Freien Wohlfahrtspflege innerhalb der Sozialwirtschaft und der Gesamtwirtschaft eingeordnet. In Kapitel 4.6 werden die erhobenen Grunddaten der hessischen Spitzenverbände ausgewertet und das gesamte Leistungsspektrum der Verbände sowie die Anzahl der beruflich Beschäftigten bzw. Hauptamtlichen als auch der Ehrenamtlichen abgebildet. Abschließend werden

regionalspezifische Daten im Arbeitsfeld der Altenhilfe – dabei mit besonderem Blick auf das Ehrenamt – und die dahinterliegende Methodik erläutert (Kap. 4.7).

4.1 Methodik – Ein vielschichtiges Verfahren zur Bestimmung der Wirtschaftskraft der Freien Wohlfahrt in Hessen

Der Studie liegt zur Bestimmung der Wirtschaftskraft der Freien Wohlfahrt ein vierstufiges Verfahren zu Grunde, dessen einzelne Bausteine in diesem Methodenkapitel erläutert werden (vgl. Tab. 6).

Tabelle 6: Verfahren zur Bestimmung der Freien Wohlfahrtspflege als Wirtschaftsfaktor

	Erkenntnisinteresse	Verfahren	Datenquelle
A	Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege in Bezug auf Beschäftigung und Bruttowertschöpfung im Vergleich zur Sozial- und Gesamtwirtschaft	Approximationsverfahren zur Bestimmung des prozentualen Anteils der Freien Wohlfahrtspflege an den konstitutiven Wirtschaftszweigen der Sozialwirtschaft	- Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit - Daten der BAGFW auf Bundesebene (Gesamtstatistik)
			- Statistisches Landesamt: Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege in Hessen - Statistisches Bundesamt: Grunddaten der Krankenhäuser - Statistisches Bundesamt: Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung – Ländervergleich – Pflegeheime
B	Vergleich der Freien Wohlfahrtspflege zu den öffentlichen und privatgewerblichen Trägern	Auswertung hessenspezifischer Datenbestände	- Statistisches Bundesamt: Grunddaten der Krankenhäuser - Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege in Hessen - Die Pflegeeinrichtungen in Hessen - Statistisches Bundesamt: Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung – Ländervergleich Pflegeheime
C	Darstellung der Einrichtungsanzahl und der Anzahl der Beschäftigten in der Freien Wohlfahrt Hessens	Primärerhebung der Grunddaten auf Ebene der Verbände: - Anzahl der Einrichtungen - Anzahl der beruflich Beschäftigten - Anzahl der Ehrenamtlichen	
D	Darstellung der regionalen Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege	Primärerhebung auf Einrichtungsebene im Landkreis und der Stadt Gießen für das Arbeitsfeld Altenhilfe: - Anzahl der Einrichtungen - Anzahl der beruflich Beschäftigten - Anzahl der Ehrenamtlichen - Anzahl der erbrachten ehrenamtlichen Stunden - etc.	

Quelle: Eigene Darstellung.

Das Verfahren, welches zur Beantwortung dieses Auftrages Umsetzung findet, ist ein Approximationsverfahren zur Bestimmung des prozentualen Anteils der Freien Wohlfahrtspflege an den konstitutiven Wirtschaftszweigen der Sozialwirtschaft (vgl. Kap. 3.2). Es gilt also zu erheben, wie viele der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Sozialwirtschaft auf die Freie Wohlfahrtspflege zurückzuführen sind.

Für die Beantwortung dieses Auftrages muss daher zunächst sondiert werden, zu welchen Arbeitsfeldern der Freien Wohlfahrtspflege beschäftigungsspezifische Daten seitens der Verbände und/oder Sekundärstatistiken des statistischen Landes- bzw. Bundesamtes vorliegen. Die Recherche ergibt, dass lediglich in drei Teilbereichen (Krankenhäuser, Kindertagesbetreuung und Pflegeheime) hessenspezifische Sekundärdaten über das statistische Bundes- bzw. Landesamt mit einer Differenzierung nach Trägerschaft verfügbar sind (vgl. Tab. 7).

Tabelle 7: Übersicht über Sekundärdaten zur Quantifizierung der Freien Wohlfahrt differenziert nach den Wirtschaftszweigen

Wirtschaftsgruppen	Sekundärstatistiken
85.1: Kindergärten und Vorschulen	Kita-Statistik
86.1: Krankenhäuser	Krankenhaus-Statistik
87.1: Stationäre Pflegeeinrichtungen	Pflegestatistik
87.2: Stationäre Einrichtungen zur psychosozialen Betreuung, Suchtbekämpfung	Gesamtstatistik der BAGFW
87.3: Wohneinrichtungen für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung	
87.9: Wohneinrichtungen für Menschen in besonderen sozialen Situationen	
88.1: Ambulante Dienste für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung	
88.9: Ambulante Dienste für Menschen in besonderen sozialen Situationen	

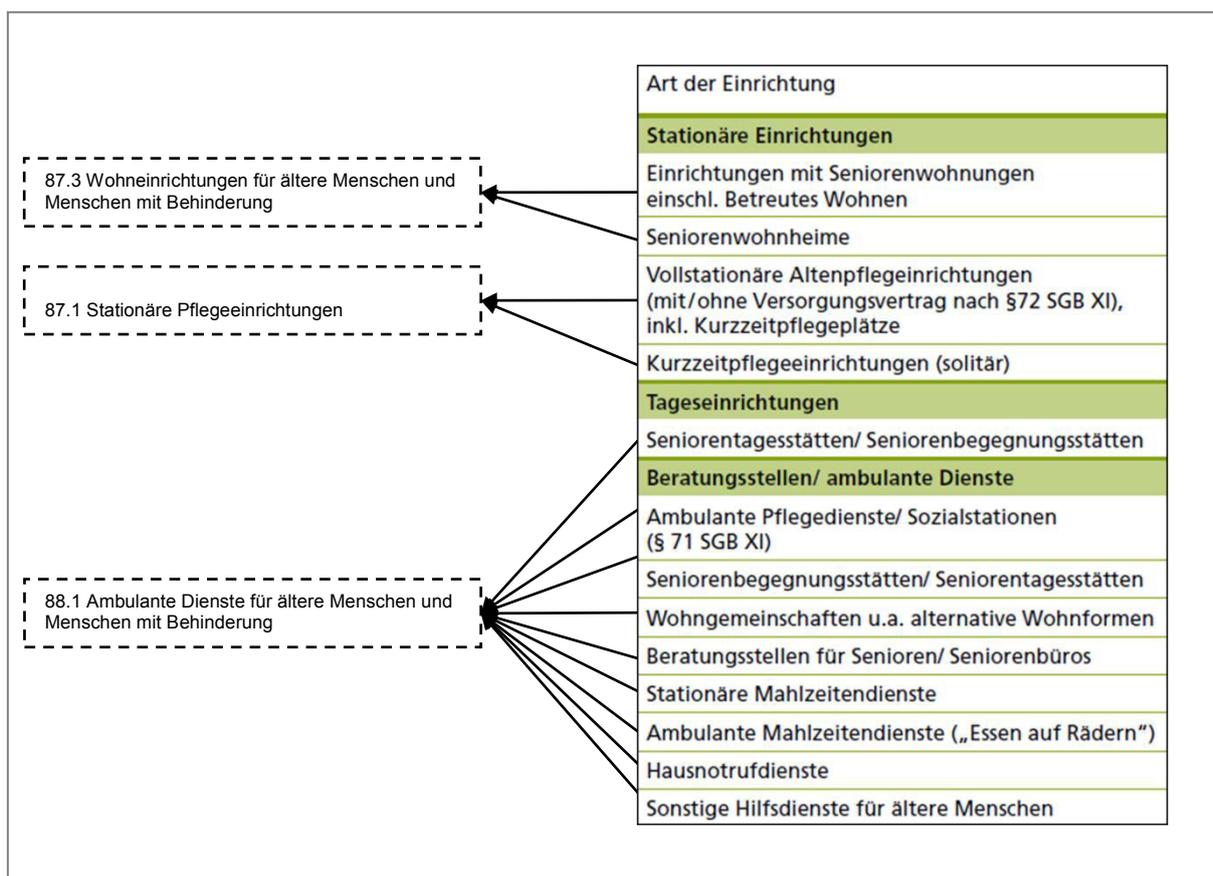
Quelle: Eigene Darstellung.

Für die anderen Wirtschaftsgruppen bedarf es daher anderer Sekundärdaten. Daher wurden für diese Teilbereiche (87.1, 87.2, 87.3, 87.9, 88.1 und 88.9) optionale Herangehensweisen identifiziert, mit der Liga abgestimmt und auf deren Umsetzbarkeit überprüft. Es wurde sich auf folgenden Weg verständigt:

- a) Die Berechnung des prozentualen Anteils der Freien Wohlfahrtspflege an den Wirtschaftszweigen anhand der bundesweiten Daten der BAGFW – Gesamtstatistik 2012 und der Beschäftigungsstatistik für das gesamte Bundesgebiet.
- b) Die Verwendung hessenspezifischer Daten in den Wirtschaftsgruppen 85.1: Kindergärten und Vorschulen; 86.1: Krankenhäuser und 87.1: Stationäre Pflegeeinrichtungen.

Dabei handelt es sich bei a) um ein komplexes Verfahren, um datengestützt den Anteil der Freien Wohlfahrt an der hessischen Sozialwirtschaft zu bestimmen. Und zwar wurden die Beschäftigungsdaten für die Wirtschaftsabschnitte P und Q der Bundesagentur für Arbeit und die BAGFW-Daten differenziert nach den Arbeitsbereichen (Gesundheitshilfe; Jugendhilfe; Familienhilfe; Altenhilfe; Behindertenhilfe; Hilfe für Personen in besonderen sozialen Situationen sowie Aus-, Fort und Weiterbildungsstätten für soziale und pflegerische Berufe) zusammengeführt. Im Konkreten wurden die beschäftigungsspezifischen Daten der BAGFW auf Bundesebene den entsprechenden Wirtschaftszweigen zugeordnet und somit auf Bundesebene der Anteil der Freien Wohlfahrtspflege je identifizierten Wirtschaftszweig der Sozialwirtschaft bestimmt.

Abbildung 15: Verfahren zur Bestimmung des Anteils der Freien Wohlfahrt an der Sozialwirtschaft am Beispiel der Altenhilfe



Quelle: Eigene Darstellung.

Der bestimmte prozentuale Anteil der Freien Wohlfahrtspflege auf Bundesebene wurde wiederum auf die hessenspezifischen Daten der SW aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit übertragen und somit der Anteil der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen identifiziert.²⁷

²⁷ Eine Übertragung der bundesweiten Prozentsätze auf Hessen ist durchaus plausibel, ein Hinweis darauf sind die Wachstumsraten der Sozialwirtschaft im Vergleich zu der Gesamtwirtschaft sowohl auf Bundes- als auch Länderebene. Auch ist das Matching zweier Datensätze insofern unkritisch, da ähnliche Erhebungskriterien in der Erfassung der Beschäftigungsanzahl

In den drei anderen Wirtschaftszeigen (WZ 85.1; WZ 86.1; WZ 87.1) wurden hessenspezifische Daten nach b) herangezogen, die differenziert nach Trägern (freigemeinnützig, öffentlich, privat) gewisse Kennzahlen (z. B. Personalanzahl, Einrichtungsanzahl) zur Verfügung stellen, mittels derer der Beitrag der Spitzenverbände (= freigemeinnützig) identifiziert und wiederum mit der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit auf der Ebene Hessens verrechnet werden kann, so dass das Gewicht sozialer und gesundheitsbezogener Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege an der hessischen Sozialwirtschaft für diese Wirtschaftsgruppen (85.1: Kindergärten und Vorschulen; 86.1: Krankenhäuser; 87.1: Stationäre Pflegeeinrichtungen) bestimmt werden kann.

B Vergleich der Freien Wohlfahrtspflege zu den öffentlichen und privatgewerblichen Trägern

In den verfügbaren und mit der FW kompatiblen hessenspezifischen Statistiken des statistischen Landesamtes werden jeweils in unterschiedlicher Tiefe trägerspezifische Daten (z. B. Bettenanzahl, Personalanzahl, Einrichtungsanzahl) aufbereitet. Im Konkreten handelt es sich um:

- a) Die Krankenhäuser in Hessen
- b) Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege in Hessen
- c) Die Pflegeeinrichtungen in Hessen

Mittels dieser Informationen kann das Gewicht der Träger der Freien Wohlfahrtspflege in den Arbeitsfeldern (Kita, Pflegeheime, Krankenhaus) im Vergleich zu privaten und öffentlichen Trägern ins Verhältnis gesetzt und somit auch bedeutsame Arbeitsfelder der Freien Wohlfahrtspflege detaillierter beleuchtet werden.

C Darstellung der Einrichtungsanzahl und der Anzahl der beruflich Beschäftigten in der Freien Wohlfahrt Hessens

Die Wohlfahrtsverbände sind föderalistisch strukturiert, d. h., die Gliederungen und Mitgliedsorganisationen sind überwiegend rechtlich selbstständig (Landes-, Diözesan-, Bezirksverbände, Kirchengemeinden oder eingetragene Vereine, gemeinnützige GmbHs). Dies macht eine Primärerhebung auf Ebene der Mitgliedsorganisationen nahezu unmöglich. Daher wurde der Weg über die sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege gewählt, so dass zunächst differenziert nach den hessischen Untergliederungen der Wohlfahrtverbände AWO, DCV, DPWV, DRK, EWDE und ZWST Daten erhoben und nachfolgend als Gesamtbild der Freien Wohlfahrt in Hessen zusammen gefasst werden.

Um einerseits zahlenbasiert die aktuelle Beschäftigungssituation der Freien Wohlfahrt in Hessen abzubilden und andererseits das Leistungsspektrum der Spitzenverbände zu skizzieren, wurden differenziert nach den Arbeitsfeldern der BAGFW drei zentrale Kennzahlen für das Jahr 2014 erhoben:²⁸

in der Gesamtstatistik der BAGFW und der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit zu Grunde liegen. Beide Statistiken fokussieren sich auf sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

28 Anzumerken ist dabei, dass auf Verbandsebene unterschiedliche Erhebungswege (aggregierte Daten vs. erhobene einrichtungsspezifische Daten) zu Grunde liegen.

- a) Anzahl der Einrichtungen
- b) Anzahl der beruflich Beschäftigten

Die Definition der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen entspricht in etwa der Definition der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung der Bundesagentur für Arbeit.²⁹

D Darstellung der regionalen Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege

Um auch der regionalen Bedeutung der Freien Wohlfahrt innerhalb dieser Studie Aufmerksamkeit zu schenken, wurden in Abstimmung der Liga ein Arbeitsfeld und zwei Gebietskörperschaften in den Blick genommen. Sowohl die Auswahl des Arbeitsfeldes als auch der Gebietskörperschaften erfolgte kriteriengestützt. So wurde einerseits darauf geachtet, dass es sich um eine Gebietskörperschaft handelt, die ländliche und urbane Gebiete vereint. Andererseits sollte ein Arbeitsgebiet identifiziert werden, das folgende Kriterien repräsentiert: Ehrenamtsrelevanz, verfügbare Datenbestände, eine überschaubare Grundgesamtheit potentieller Einrichtungen sowie eine Präsenz im Optimum aller Verbände.

Die Entscheidung fiel schließlich auf die Altenhilfe im Landkreis und der Stadt Gießen. Im Fokus der Analyse stehen folgende Kriterien:

- a) Finanzen für das Geschäftsjahr 2014
- b) Mitarbeiteranzahl zum Stichtag 31.12.2014
- c) Anzahl der Ehrenamtlichen und die geschätzte Anzahl der erbrachten Stunden
- d) Nutzerstruktur

4.2 Statistische Abgrenzung der Freien Wohlfahrt in der amtlichen Statistik – Soziale und gesundheitsbezogene Einrichtungen

Das Leistungsspektrum der Freien Wohlfahrt, das in diesem Kapitel zur Berechnung der wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Bedeutung der Freien Wohlfahrt zu Grunde liegt, bedient sich der Definition der Sozialwirtschaft, wie sie in Kapitel 2 hergeleitet wurde.

Da im Wesentlichen mit Sekundärstatistiken gearbeitet wird, muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit sich auf die konkreten personenbezogenen Versorgungsdienste in den Einrichtungen fokussiert und den Verwaltungsapparat oder andere rahmende Tätigkeiten bzw. davon abweichende Angebote außer Acht lässt. Zudem ist die Abgrenzung der Freien Wohlfahrtspflege in der amtlichen Statistik unter Hinzuziehung der konstitutiven Wirtschaftszweige ein hoch komplexes Vorgehen, da es einerseits innerhalb eines Wirtschaftszweiges z. B. Wirtschaftsunterklassen (z. B. 86.10.2 Hochschulkliniken) gibt, die für die Freie Wohlfahrtspflege nicht von Relevanz sind und somit ausgeklammert werden müssen. Andererseits gibt es Bereiche der BAGFW, die nicht mit den Wirtschaftsabschnitten P und Q kompatibel sind, da sie Schnittmengen z. B. zum Abschnitt O – öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung (84.12 öffentliche Verwaltung auf den Gebieten Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Sozialwesen)

29 Die BAGFW umfasst alle Voll-/Teilzeitkräfte einschließlich Azubis und variiert lediglich in einer breiteren Erfassung der geringfügigen Beschäftigung.

aufweisen. Zuletzt ist die Einschränkung zu nennen, dass es Bereiche der BAGFW gibt, in denen die Freie Wohlfahrtspflege in der Gesamtheit der Anbieter einen so marginalen Anteil einnehmen, so dass diese ebenfalls unberücksichtigt blieben, z. B. Aus-, Fort- und Weiterbildungsstätten für soziale und pflegerische Berufe, die im Abschnitt P der Wirtschaftsgruppe 85.3 Weiterführende Schulen zuzuordnen wären. Hinzukommend weichen diese auch von der zugrunde liegenden Definition der Sozialwirtschaft ab.³⁰

Ein aktuelles Gesamtbild der Beschäftigungsanzahl in der hessischen Freien Wohlfahrtspflege wird aber trotzdem nicht außer Acht gelassen, sondern in Kapitel 4.6 über die primärerhobenen Grunddaten der Wohlfahrtsverbände in Hessen gewährleistet.

4.3 Das Gewicht der Freien Wohlfahrtspflege in der Sozial- und Gesamtwirtschaft in Hessen – Ein Bedeutungszuwachs als Arbeitgeber

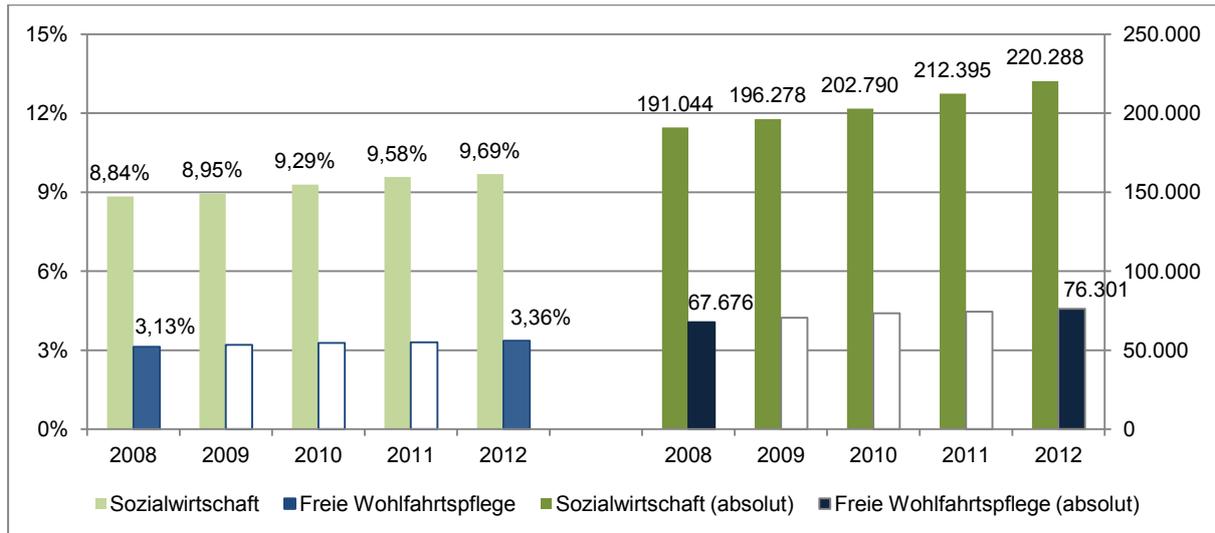
Die vorangegangenen Kapitel haben aufgezeigt, dass die Sozialwirtschaft eine entscheidende und auch zukunftssträchtige Beschäftigungsbranche ist. Auf den kommenden Seiten soll daher nun die Freie Wohlfahrtspflege als Arbeitgeber im Fokus stehen.

In 2012 ist jeder ca. zehnte sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in der Sozialwirtschaft bzw. jeder dreißigste sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in der Freien Wohlfahrtspflege beschäftigt. Wie aus Abbildung 16 ablesbar, steigt der Beschäftigtenanteil der Freien Wohlfahrt an der Gesamtwirtschaft – gleiches gilt für die Sozialwirtschaft. Dabei nimmt der Anteil der Freien Wohlfahrtspflege weniger stark zu als der Anteil der Sozialwirtschaft an der Gesamtwirtschaft. In absoluten Zahlen kommt dieser Beschäftigtenanstieg seit 2008 mit 8.625 Beschäftigten in der Freien Wohlfahrtspflege zu tragen.³¹

30 Für die Analyse der Beschäftigungsentwicklung und der erwirtschafteten Bruttowertwertschöpfung der Freien Wohlfahrtspflege ist die Ausgrenzung solcher Arbeitsgebiete unproblematisch, da es sich bei diesen Bereichen um marginale Größen handelt, die für die Aussagekraft der nachstehenden Ergebnisse keine bedeutende Rolle spielen.

31 Bei der Darstellung der beschäftigungspolitischen Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege liegt die Definition der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung der Bundesagentur für Arbeit (vgl. Kap. 3.3.1) zugrunde.

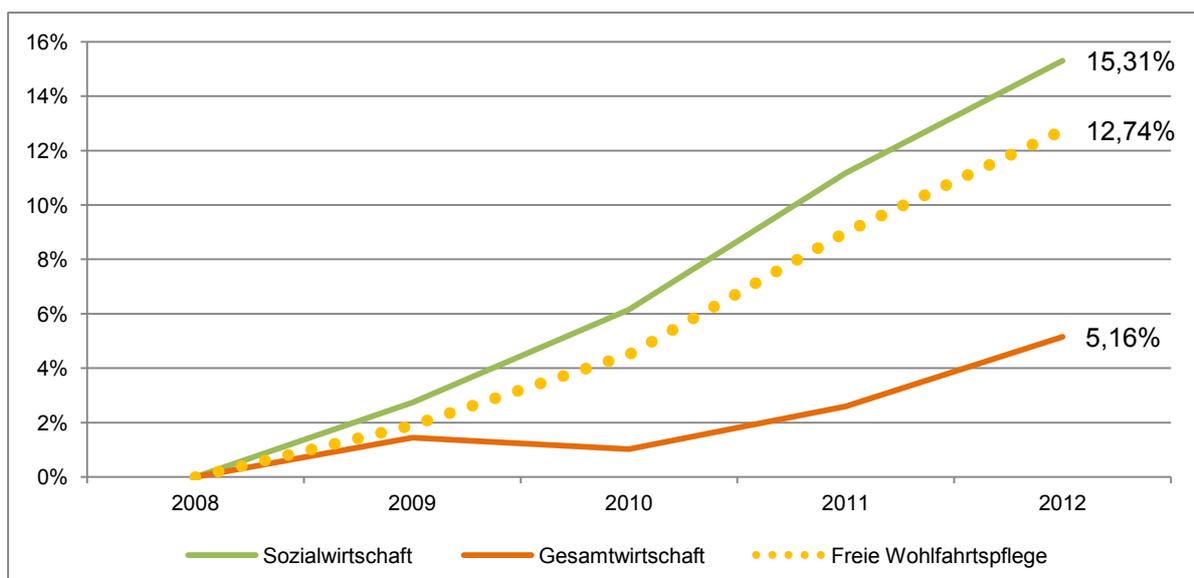
Abbildung 16: Anteil an der Gesamtwirtschaft und absolute Zahlen



Quelle: Eigene Berechnungen BA und BAGFW Gesamtstatistik.³²

Werden die Wachstumsraten analysiert (vgl. Abb. 17), zeichnet sich ab, dass sowohl die Sozialwirtschaft als auch die Freie Wohlfahrtspflege durch ein überproportionales Beschäftigungswachstum gekennzeichnet sind. Zwischen 2008 und 2012 verzeichnet die Freie Wohlfahrtspflege einen Beschäftigungszuwachs von 12,74 %, der mehr als doppelt so hoch wie der der Gesamtwirtschaft ist. Obwohl es ab dem Jahr 2008 eine gesamtwirtschaftliche Rezession gab, ist ein Anstieg im Sozial- und Gesundheitswesen zu verzeichnen – was wiederum ein Indiz für die stabilisierende Funktion und den Wachstums- und Beschäftigungstreiber der Sozialwirtschaft, aber auch der Freien Wohlfahrt in Hessen ist.

Abbildung 17: Wachstumsraten der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung (Basisjahr = 2008)



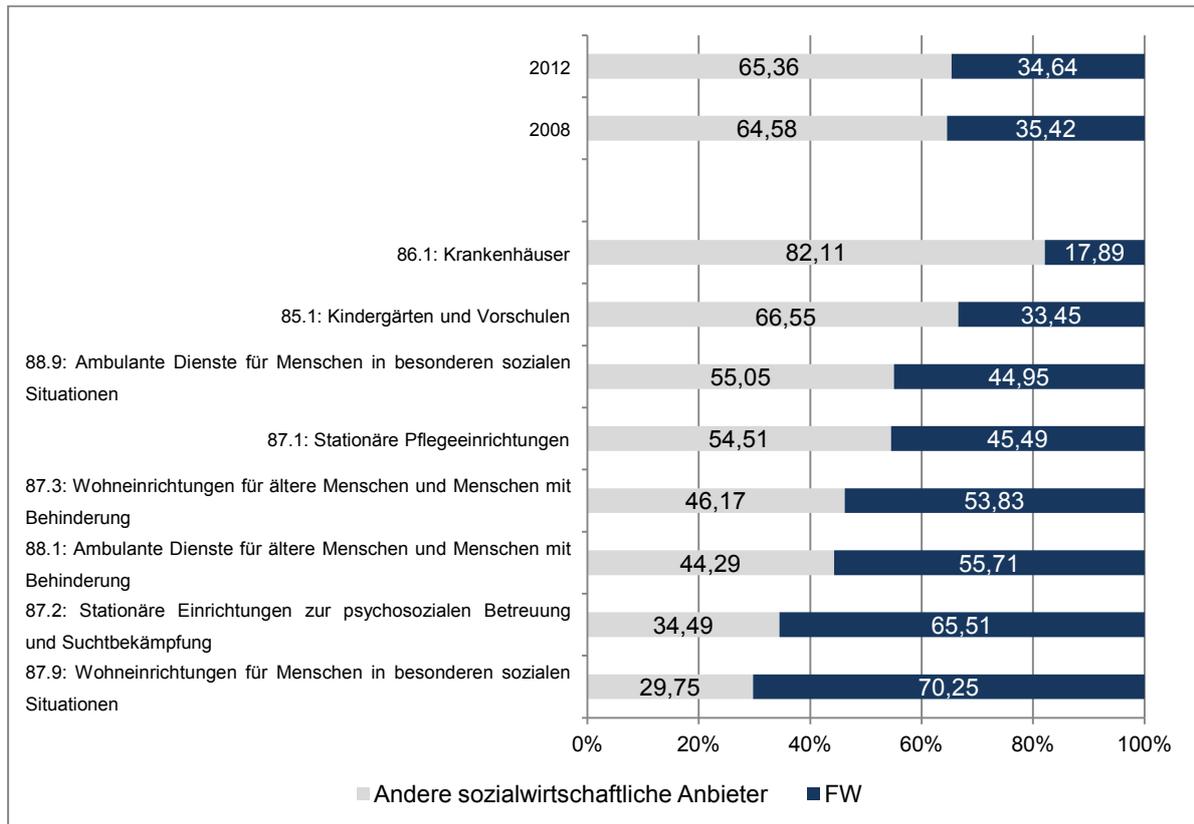
Quelle: Eigene Berechnungen BA und BAGFW Gesamtstatistik

³² Bei dem Anteil der Freien Wohlfahrt liegen lediglich Daten für das Jahr 2008 und 2012 vor.

Aufschlussreich ist auch die kleinteilige Analyse auf Ebene der Wirtschaftsuntergruppen, auf der zwar aufgrund einer Änderung der BAGFW-Klassifizierung zwischen den Jahren 2008 und 2012 keine Wachstumsraten abgebildet werden können, jedoch vier andere gleichwohl interessante Interpretationsstränge möglich sind (vgl. Abb. 18):

- Erstens stellt die Abbildung heraus, dass rund 35 % aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in der Sozialwirtschaft auf die sozialen und gesundheitsbezogenen Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege entfallen – wobei seit 2008 marginale Rückgänge zu verzeichnen sind, d. h. ca. jeder dritte sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in der Sozialwirtschaft ist über einen der Spitzenverbände der Freien beruflich tätig.
- Zweitens kann auf der Ebene der Wirtschaftsabteilungen (85: Erziehung und Unterricht; 86: Gesundheitswesen; 87: Heime – ohne Erholungs- und Versorgungsheime; 88: Sozialwesen – ohne Heime) festgehalten werden, dass das Gros der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Bereich Heime – ohne Erholungs- und Versorgungsheime – angestellt ist. Eine weitere wichtige Wirtschaftsabteilung ist das Sozialwesen – ohne Heime.
- Drittens können anhand der absoluten Zahlen die stärksten Beschäftigungsfelder (= Wirtschaftsuntergruppen) innerhalb der Freien Wohlfahrtspflege identifiziert werden. Das sind die Krankenhäuser, gefolgt von den stationären Pflegeeinrichtungen und den ambulanten Diensten für Menschen in besonderen sozialen Situationen.
- Viertens wird der Stellenwert der Freien Wohlfahrtspflege als Arbeitgeber innerhalb des Sozialbereichs der Sozialwirtschaft erfasst, d. h., dass der Krankensektor zwar den größten Arbeitgeber der Freien Wohlfahrtspflege darstellt, jedoch im Gesamtkomplex der Trägerlandschaft und der im Krankenhaus zu verortenden Berufsgruppen, die Freie Wohlfahrtspflege sogar den geringsten Stellenwert im Vergleich anderer Anbieter einnimmt. Als zentrale Arbeitsgebiete der Freien Wohlfahrtspflege und der Rolle dieser innerhalb der Sozialwirtschaft sind als Wichtigste zu nennen, die Wohneinrichtungen für Menschen in besonderen sozialen Situationen, gefolgt von stationären Einrichtungen zur psychosozialen Betreuung und Suchtbekämpfung sowie die ambulanten Diensten für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung.

Abbildung 18: Gewicht der Freien Wohlfahrtspflege innerhalb der Sozialwirtschaft in Prozentsatz (2012)

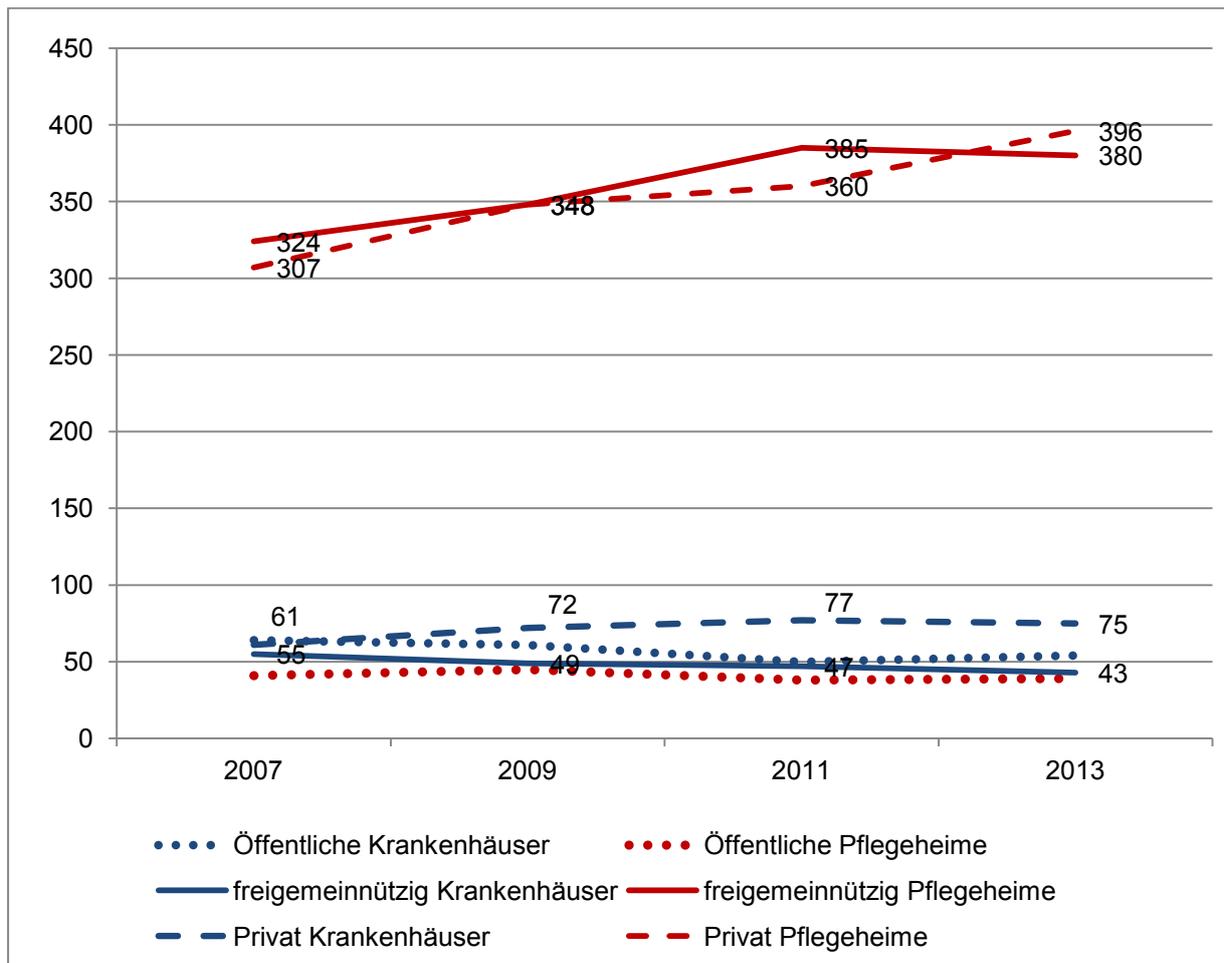


Quelle: Eigene Berechnungen BA und Gesamtstatistik.

4.4 Die Entwicklung des Gewichts ausgewählter Arbeitsbereiche der Freien Wohlfahrt in Hessen – Kitas, Pflegeheime und Krankenhäuser

Ökonomisierungsprozesse, die Marktöffnung im Sozialsektor sowie die überproportional steigende Nachfrage nach Pflege- und Gesundheitsleistungen in marktnahen Bereichen der Sozialwirtschaft (wie Krankenhäusern und Pflegeheimen) haben zu einem exponentiellen Eintritt privat-gewerblicher Anbieter in die Sozialwirtschaft geführt. Die Anzahl an Krankenhäusern in privat-gewerblicher Trägerschaft hat sich infolgedessen um rund 19 % und die Anzahl an Pflegeheimen in privat-gewerblicher Trägerschaft um ca. 23 % erhöht (vgl. Abb. 19).

Abbildung 19: Hessische Pflegeheime und Krankenhäuser differenziert nach der Trägerschaft im Zeitverlauf (2007 – 2013) in absoluten Zahlen

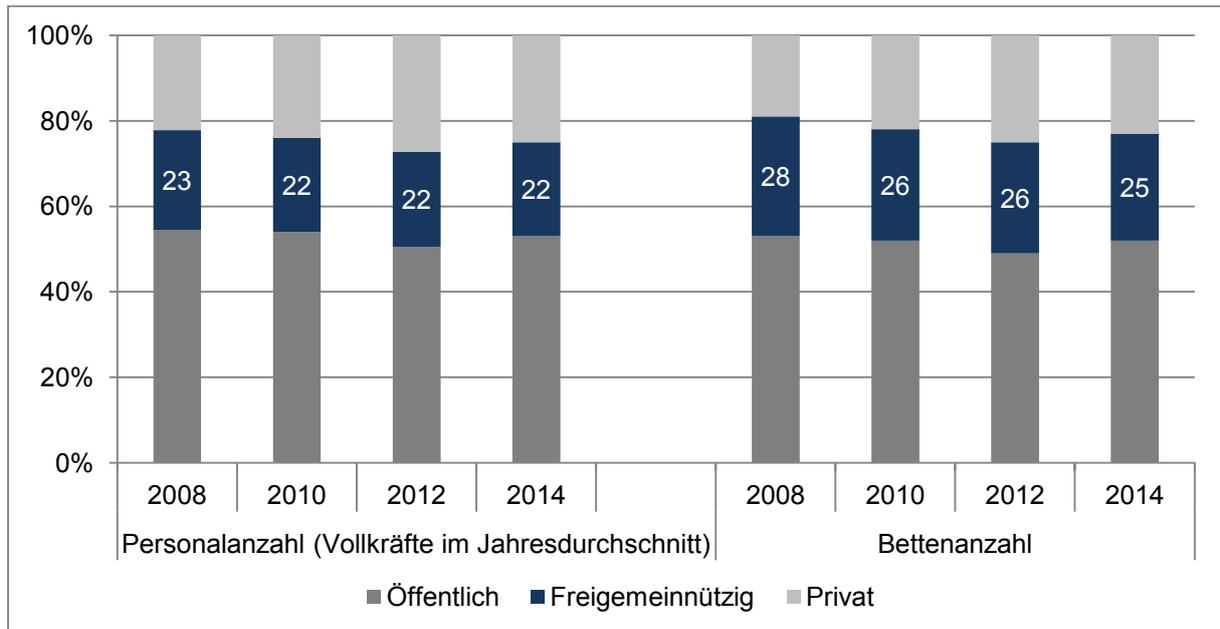


Quelle: Statistisches Bundesamt 2007/2009/2011/2013.

Die Anzahl der freigemeinnützigen Pflegeheime ist hingegen seit 2011 rückläufig. Jedoch sind die Einrichtungen in freigemeinnütziger Trägerschaft gemessen an den verfügbaren Bettplätzen größer – so haben 52 % der Pflegeheime Aufnahmekapazitäten von 59 bis 71 Patient/innen – hingegen nur 22 % der privat-betriebenen Heime. Dies führt in der Summe dazu, dass 2013 396 Betten in privater und 380 Betten in freigemeinnütziger Trägerschaft zur Verfügung stehen.

Bei den Krankenhäusern ist trotz der sinkenden Anzahl freigemeinnütziger Einrichtungen und der sinkenden Aufnahmekapazitäten (gemessen an der Bettanzahl) bei dem angestellten Personal eine relative Konstante zu beobachten, d. h. dass trotz sinkender Anzahl die Freie Wohlfahrtspflege in Bezug auf deren Beschäftigungspotential stabilisierend auf die Sozialwirtschaft wirkt (vgl. Abb. 20).

Abbildung 20: Krankenhäuser in Hessen – Vollkräfte im Jahresdurchschnitt und Bettenanzahl in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt 2007/2009/2011/2013.

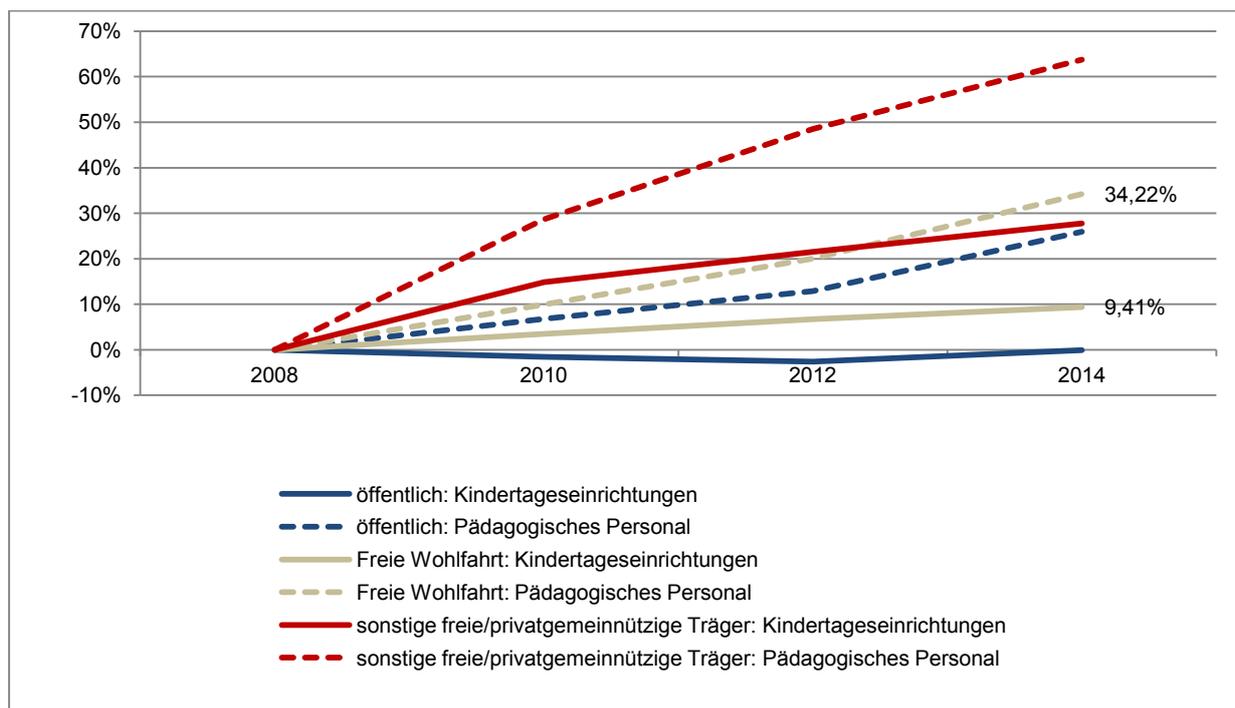
Im Bereich der Kindertageseinrichtungen gibt es hingegen gegenläufige Trends, die aufgrund gesetzlicher Neuerungen beeinflusst werden. Der § 24 Abs. 3 SGB VIII regelt für Kinder, die das dritte Lebensjahr vollendet haben (ü3-Bereich), einen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf die Förderung in einer Tageseinrichtung – dieser Rechtsanspruch besteht seit den 1990er Jahren. Zum 1. August 2013 ist auch für Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres ein uneingeschränkter Rechtsanspruch eingeführt worden (§ 24 Abs. 2 SGB VIII), der zu einem immensen Ausbau der Kindertageseinrichtungen und zu Wandlungen in der Trägerlandschaft geführt hat.

So sind seit 2008 in der Trägerschaft der Freien Wohlfahrt 132 Kindertageseinrichtungen eröffnet und 4.056 beruflich Beschäftigte (pädagogisches Personal ohne freigestellte Einrichtungsleitung, Verwaltung, Hauswirtschaft und Technik) neueingestellt worden. Dies entspricht auf Einrichtungsebene einem Zuwachs von 9,41 % und auf Ebene des pädagogischen Personals von 34,22 %.

Der Fachkraftumfang beträgt bei der Freien Wohlfahrt: zehn pädagogische Fachkräfte je Einrichtung. Bei den öffentlichen Einrichtungen ist sogar von elf Fachkräften je Kindertageseinrichtung zu sprechen, da die Einrichtungsanzahl seit 2008 eher rückläufig war, die Anzahl an Pädagog/innen jedoch im Verhältnis rapide gestiegen ist.

Schlussendlich lässt sich festhalten, dass der Bereich der sekundären Sozialisationsinstanzen über alle Träger hinweg ein expandierender Markt ist, der auf die Sozialwirtschaft eine wachstumsfördernde Wirkung hat.

Abbildung 21: Kindertageseinrichtungen und darin beschäftigtes pädagogisches Personal in Hessen differenziert nach Trägerschaft: Wachstumsraten (Basisjahr = 2008)



Quelle: Statistisches Landesamt 2008/2010/2012/2014.

4.5 Der Wertschöpfungsbeitrag der Freien Wohlfahrtspflege – Das volkswirtschaftliche Gewicht sozialer und gesundheitsbezogener Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege

Wie in Kapitel 3.5.1 erläutert, misst die Bruttowertschöpfung die wirtschaftliche Leistung von Wirtschaftssektoren bzw. -einheiten, wie beispielsweise ein Betrieb, ein Unternehmen oder eine Organisation, nach ihrer Fähigkeit, Einkommen zu generieren. Anhand der quantifizierten Bruttowertschöpfung sozialer und gesundheitsbezogener Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege lässt sich feststellen, dass die Freie Wohlfahrtspflege in Hessen eine erhebliche wirtschaftliche Leistung erbringt: Als Bestandteil der Sozialwirtschaft erwirtschafteten die sozialen und gesundheitsbezogenen Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen über vier Milliarden Euro Wertschöpfung im Jahr 2011, was ca. 1,9 % der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in Hessen entspricht. Dies bedeutet: Pro 100 Euro entstandener Wertschöpfung bzw. entstandenem Einkommen in Hessen werden ca. 1,90 Euro von sozialen und gesundheitsbezogenen Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege erwirtschaftet.

Tabelle 8: Bruttowertschöpfung in absoluten Werten nach Wirtschaftssektoren und ausgewählten Branchen Hessen 2011 (Preise = 2011)

Wirtschaftsbereich	Bruttowertschöpfung in absolutem Wert (in Mill. Euro)	Beitrag zur gesamten Bruttowertschöpfung
Gesamtwirtschaft	211.607	100,0 %
▪ Primärsektor	850	0,40 %
▪ Sekundärsektor	52.527	24,82 %
- Maschinenbau	3.877	1,83 %
▪ Tertiärsektor	158.230	74,78 %
- Sozialwirtschaft	11.722	5,54 %
- Freie Wohlfahrtspflege	4.025	1,90 %

Quelle: Statistisches Landesamt und eigene Berechnungen.

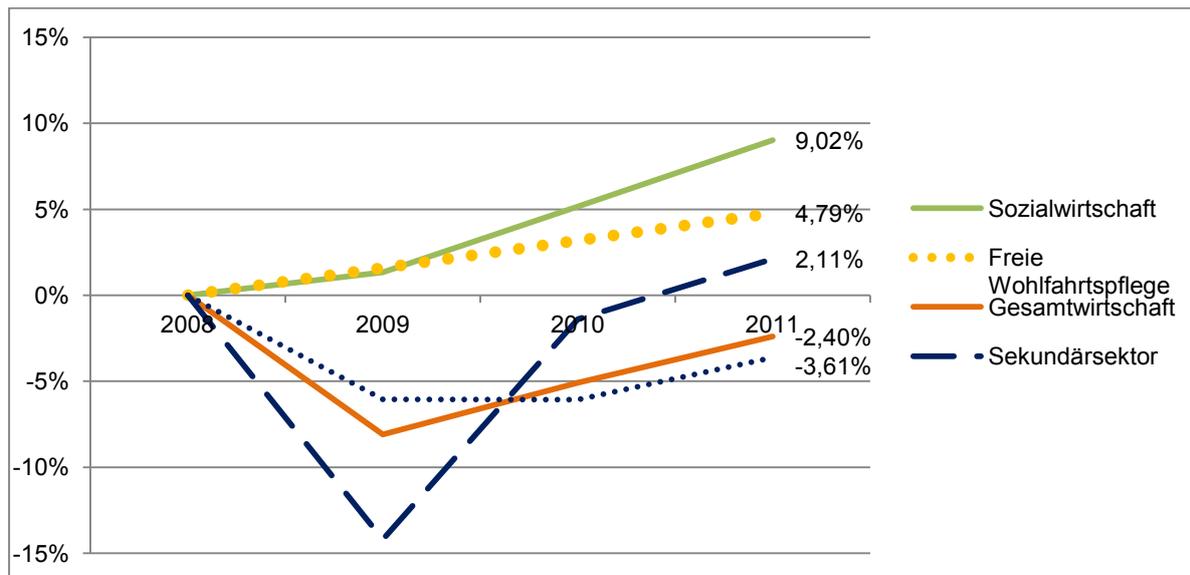
Der volkswirtschaftliche Beitrag der Freien Wohlfahrtspflege zur Gesamtwirtschaft Hessens ist dadurch vergleichbar zum volkswirtschaftlichen Beitrag sämtlicher Betriebe und Unternehmen im Bereich Maschinenbau (vgl. Tab. 8). Mit über vier Milliarden erwirtschafteten Euro für das Jahr 2011 erweist sich die Freie Wohlfahrtspflege als ein bedeutender Wirtschaftsakteur innerhalb der hessischen Volkswirtschaft.

Analog zu der Gesamtheit sozialwirtschaftlicher Akteure hat der wirtschaftliche Beitrag der Freien Wohlfahrtspflege ein zunehmendes Gewicht innerhalb der hessischen Gesamtwirtschaft: Während der Anteil der Bruttowertschöpfung der Freien Wohlfahrtspflege an der Gesamtwirtschaft ca. 1,75 % im Jahr 2008 betrug, entspricht dieser ca. 1,9 % im Jahr 2011. Es lässt sich daher festhalten, dass das Volkseinkommen Hessens auch von der wirtschaftlichen Leistung der Freien Wohlfahrt zunehmend gestützt wird.

4.5.1 Das Wachstum der Bruttowertschöpfung der Freien Wohlfahrtspflege – Hohes Wachstum im gesamtwirtschaftlichen Vergleich

Der wirtschaftliche Stellenwert der Freien Wohlfahrtspflege wird bei der Analyse der Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung im gesamtwirtschaftlichen Vergleich deutlicher. Wie in Abbildung 22 ersichtlich, ist die Bruttowertschöpfung der Freien Wohlfahrtspflege durch ein kontinuierliches Wachstum gekennzeichnet, das im Vergleich zu allen Sektoren der hessischen Volkswirtschaft überproportional steigt: Abgesehen vom wirtschaftlichen Wachstum der Sozialwirtschaft, in der die Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege als wichtiger Bestandteil inbegriffen sind, zeigt die Freie Wohlfahrtspflege das höchste Wirtschaftswachstum aller Branchen der Gesamtwirtschaft zwischen 2008 und 2011. In Anbetracht der vorliegenden Daten für die Jahre zwischen 2008 und 2013 ist plausibel, dass die Freie Wohlfahrtspflege als wesentlicher Teil der Sozialwirtschaft ein überproportionales Wachstum im Vergleich zur Gesamtwirtschaft aufweist.

Abbildung 22: Wachstumsraten der preisbereinigten Bruttowertschöpfung (Preise = 2010) nach Wirtschaftsbereichen Hessen (Index 2008 = 100)



Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" und eigene Berechnungen.³³

Das Wirtschaftswachstum der Freien Wohlfahrtspflege belegt, dass die Freie Wohlfahrtspflege eine stabilisierende Funktion auf die Gesamtwirtschaft während rezessiver Perioden ausübt. Während sämtliche Bereiche der hessischen Gesamtwirtschaft einen starken wirtschaftlichen Rückgang in den vergangenen Jahren verzeichneten, wuchs die erwirtschaftete Bruttowertschöpfung der Freien Wohlfahrtspflege ca. 4,8 %.

4.6 Das Leistungsspektrum der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen 2015 – Einrichtungen und Anzahl an beruflich Beschäftigten

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege sind durch unterschiedliche weltanschauliche oder religiöse Motive und Zielvorstellungen geprägt, allen gemein ist jedoch, das Anknüpfen an die Hilfsbedürftigkeit, aber auch -bereitschaft und an die Solidarität der Bevölkerung. Das Leistungsspektrum ist vielfältig und tangiert nahezu alle Lebensbereiche. Es tangiert die Gesamtbevölkerung – unabhängig von Alter, sozialem Status oder auch Nation. Das Leistungsspektrum umfasst Angebote für Kinder und Jugendliche (z. B. Kindertagesstätten, Erziehungsberatung und Freizeitangebote, Hilfen für Familien und Alleinerziehende wie Ehe- und Schwangerschaftsberatung); Hilfen für ältere Menschen (z. B. Seniorentreffs, Mahlzeiten- und Besuchsdienste, Vollstationäre Alten- und Pflegeheime und ambulante Pflegedienste) sowie Dienste für Menschen mit Behinderung (z. B. Frühförderung, Kindergärten und Schulen, Tagesstätten und Wohnheime). Orientiert an dem Kategorienschema der BAGFW umfasst das Angebot der Freien Wohlfahrt folgende Bereiche, die auch in den nachfolgenden Diagrammen herangezogen werden (vgl. Tab. 9) (BAGFW 2014).

³³ Die Bruttowertschöpfung sozialer und gesundheitsbezogener Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege wurde für die einzelnen Jahre 2008 und 2011 ermittelt.

Tabelle 9: BAGFW-Klassifizierung und die enthaltenen Teilbereiche

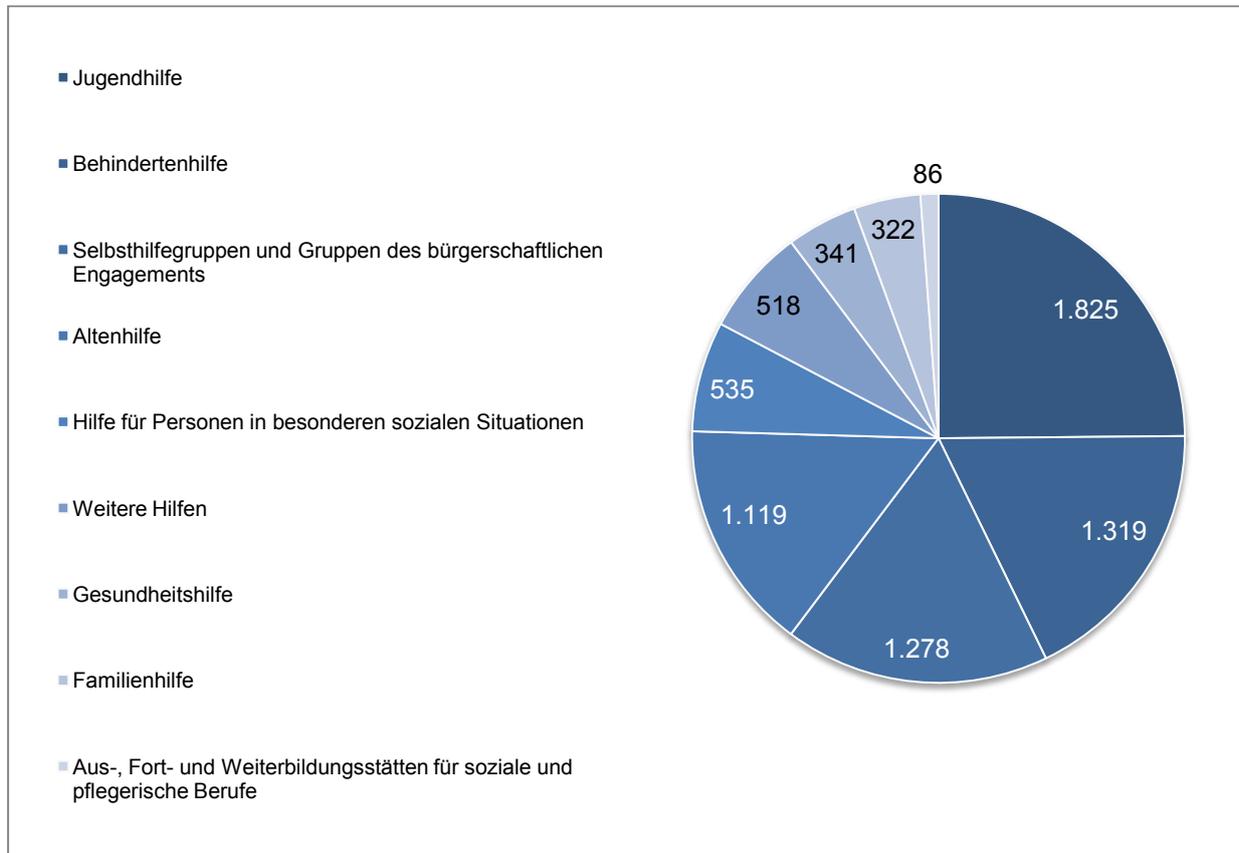
BAGFW Klassifizierung	Teilbereiche
Gesundheitshilfe	<ul style="list-style-type: none"> • Stationäre Einrichtungen (z. B. Krankenhäuser) • Tages- und teilstationäre Einrichtungen (z. B. Tageskliniken) • sonstige Beratungsstellen/ ambulante Dienste/ offene Angebote (z. B. Beratungs-/Betreuungsstellen für Krebskranke)
Jugendhilfe	<ul style="list-style-type: none"> • Heime, Wohngemeinschaften und andere stationäre Einrichtungen (z. B. Heilpädagogische Heime) • Tageseinrichtungen (Kindertageseinrichtungen) • Beratungsstellen/ ambulante Dienste (z. B. ambulante Erziehungshilfen)
Familienhilfe	<ul style="list-style-type: none"> • Stationäre Einrichtungen (z. B. Frauenhäuser) • Tageseinrichtungen (z. B. Familienzentren) • Beratungsstellen/ ambulante Dienste (z. B. Schwangerschaftsberatung)
Altenhilfe	<ul style="list-style-type: none"> • Stationäre Einrichtungen (z. B. Seniorenwohnheime) • Tageseinrichtungen (z. B. Seniorentagesstätten) • Beratungsstellen/ ambulante Dienste (z. B. Hausnotrufdienste)
Behindertenhilfe	<ul style="list-style-type: none"> • Stationäre Einrichtungen für psychisch Kranke und behinderte Menschen (z. B. (Wohn-)Heime für Menschen mit Sinnesbehinderung) • Tageseinrichtungen (z. B. Tages-/Nachtkliniken für Menschen mit psychischer Erkrankung/Behinderung) • Beratungsstellen/ ambulante Dienste/ Integrationsfachdienste
Hilfe für Personen in besonderen sozialen Situationen	<ul style="list-style-type: none"> • Stationäre Einrichtungen (z. B. Übernachtungwohnheime und Notunterkünfte) • Tageseinrichtungen (z. B. Tagesstätten/Zentren für Arbeitslose) • Beratungsstellen/ ambulante Dienste (z. B. Jugendmigrationsdienst)
Weitere Hilfen	<ul style="list-style-type: none"> • Stationäre Einrichtungen (z. B. Studierendenwohnheime) • Tageseinrichtungen (z. B. Stadtteiltreffs) • Beratungsstellen/ ambulante Dienste (z. B. Sozialkaufhäuser)
Aus-, Fort und Weiterbildungsstätten für soziale und pflegerische Berufe	
Selbsthilfegruppen und Gruppen des Bürgerschaftlichen Engagements	

Quelle: BAGFW 2012.

Auf Bundesebene werden über die Freie Wohlfahrtspflege laut BAGFW 105.295 Einrichtungen betrieben und 1.673.861 beruflich Beschäftigte im Jahr 2012 beschäftigt. In Hessen sind es für das Geschäftsjahr 2014: 7.343 Einrichtungen und 112.792 Hauptamtliche. Dabei sind besonders herausragende Gewichte (vgl. Abb. 23):

1. 1.825 Einrichtungen in der Jugendhilfe
2. 1.319 Einrichtungen in der Behindertenhilfe
3. 1.278 Selbsthilfegruppen und Gruppen des bürgerschaftlichen Engagements

**Abbildung 23: Anzahl an Einrichtungen der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrts-
pflege 2015 – insgesamt 7.343 Einrichtungen**



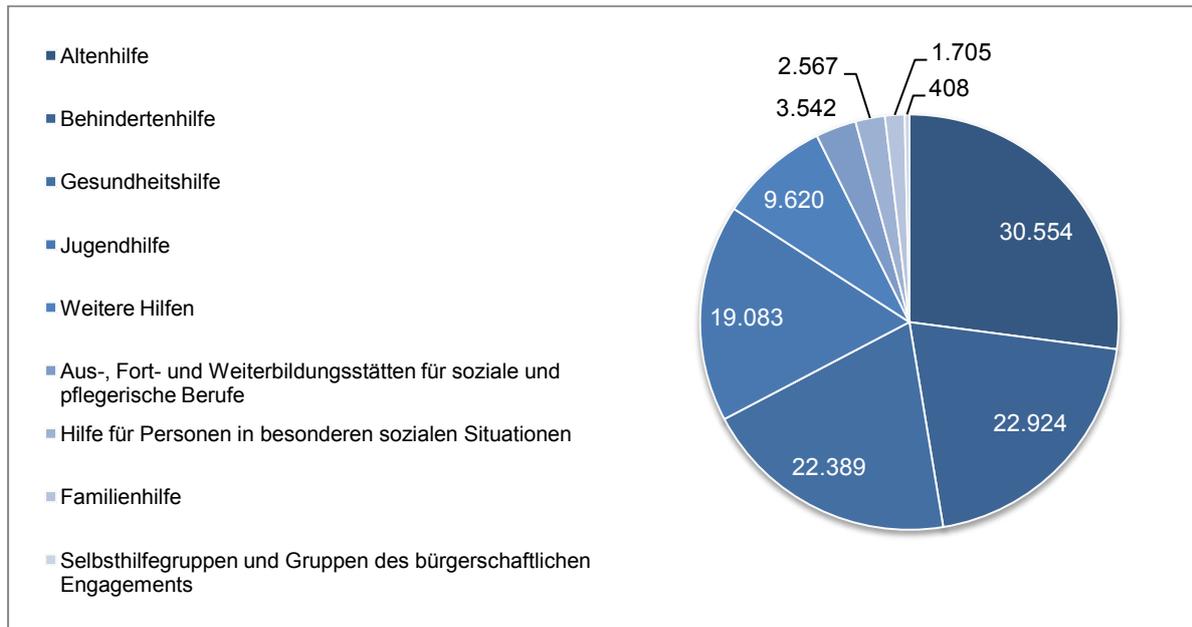
Quelle: Angaben der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen und eigene Berechnungen.

Dabei ist jedoch nicht davon auszugehen, dass Einrichtungsanzahl und Beschäftigtenanzahl linear zusammenhängen, da es beschäftigungsintensive Arbeitsfelder gibt und auch Arbeitsfelder, die zwar zum Gros der Einrichtungsanzahl beitragen, aber eher was das Personal betrifft, kleiner aufgestellt sind – z. B. sind hier Beratungsstellen im Rahmen der Jugend- oder Familienhilfe beispielhaft zu nennen. Bzgl. der Beschäftigtenanzahl lässt sich – wie Abbildung 24 visualisiert – daher folgende Rangliste identifizieren:

1. Altenhilfe mit 30.554 Mitarbeitenden
2. Behindertenhilfe mit 22.924 bzw. Gesundheitshilfe mit 22.389 Mitarbeitenden
3. Jugendhilfe mit 19.083 Mitarbeitenden

Entwicklungen zum Trend auf Ebene der Freien Wohlfahrt sind nicht abbildbar, da dies einerseits nicht über Sekundärstatistiken zu gewährleisten ist, und andererseits mittels Primärerhebung lediglich aktuelle Daten erfasst wurden.

Abbildung 24: Anzahl an beruflich Beschäftigten in den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen 2015 – insgesamt 112.792 Hauptamtliche



Quelle: Angaben der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen und eigene Berechnungen.

4.6.1 Interpretation der Daten

Die vorangegangenen Kapitel können nicht als Vergleich (aufgrund unterschiedlicher Abstraktionshöhen) aber auch nicht in der Entwicklung (im Sinne von Wachstum) gelesen werden. (vgl. auch Kap. 4.1) Dieser Schlussfolgerung liegen insbesondere Gründe in Bezug auf die Datenbasis aber auch des Erkenntnisinteresses zu Grunde:

- Die BAGFW-Daten werden nur alle vier Jahre veröffentlicht und bilden die zentrale Datenquelle zur Berechnung des Stellenwerts sozialer und gesundheitsbezogener Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege an der Sozialwirtschaft ab.
- Es gibt Arbeitsbereiche der BAGFW, die unberücksichtigt blieben, da sie von der zu Grunde liegenden Definition der Sozialwirtschaft abweichen. In den oben stehenden Analysen im gesamtwirtschaftlichen Vergleich werden ausschließlich soziale und gesundheitsbezogene Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege als Bestandteil der Sozialwirtschaft berücksichtigt (vgl. Kap. 4.2).
- Es gibt innerhalb der Wirtschaftsgruppen multikausal begründete Entwicklungen wie z. B. die Privatisierung im Krankenhaus- bzw. Pflegebereich (abnehmender Anteil der Freien Wohlfahrtspflege) oder der Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung (Anstieg der Beschäftigten in der Freien Wohlfahrtspflege). Die Entwicklungen dürfen nicht auf Ebene der Wirtschaftsgruppen, sondern das Gesamtbild in Form der Freien Wohlfahrt als Arbeitgeber betrachtet werden.
- Die Daten 2012 auf Grundlage der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit und die Daten der Primärerhebung auf Ebene des Verbandes sind nur mittelbar vergleichbar, da die Definitionen der Mitarbeitenden leicht abweichen und die Datenrevision der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2014 zeigt, dass Bereiche, die der Sozial-

wirtschaft zu zuordnen sind, in der Vergangenheit in Bezug auf ihr Beschäftigtenpotenzial zu gering angesetzt wurden (vgl. Anhang). Ein Hochrechnungsverfahren ist an dieser Stelle nicht denkbar, sondern der Datensatz – so wie er vorliegt – zu verwenden und allenfalls bei der Interpretation muss dieser Tatbestand Berücksichtigung erfahren.

- Mit den einzelnen Abstraktionshöhen und herangezogenen Datenbeständen werden unterschiedliche Zielstellungen verfolgt und somit auch unterschiedliche Ansprüche als auch Anforderungen an die Daten gestellt.

4.7 Die Bedeutung der Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege am Beispiel des Landkreises und der Stadt Gießen

Soziale Einrichtungen in ländlichen Regionen haben einen erheblichen Einfluss auf die Bewältigung sozialer Probleme und die Förderung von Engagement sowie auf die Beschäftigung und das Einkommen. Mit dem Ziel, die Bedeutung der Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege in ländlichen Regionen Hessens abzubilden, wurde eine Vollerhebung von Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände in der Stadt und im Landkreis Gießen im Arbeitsfeld der Altenhilfe durchgeführt. Das primäre Ziel der Einrichtungsbefragung ist, die unentgeltlich produzierte Wertschöpfung, die Kapazitäten der Einrichtungen anhand von leistungsbezogenen Kennzahlen sowie die Nachfrageeffekte zu quantifizieren und auszuwerten. In Abstimmung mit den Verbänden der Liga der Freien Wohlfahrtspflege Hessen wurde entschieden, die Einrichtungsbefragung im Bereich der Altenhilfe durchzuführen. Die Einrichtungen der *Altenhilfe* umfassen nach der Klassifikation sozialer Einrichtungen der BAGFW folgende ambulante und stationäre Einrichtungen (vgl. Tab. 10).

Tabelle 10: Einrichtungen der Altenhilfe gemäß der Klassifikation der BAGFW-Gesamtstatistik

Stationäre Einrichtungen	Beratungsstellen / ambulante Dienste
<ul style="list-style-type: none"> • Einrichtungen mit Seniorenwohnungen einschl. Betreutes Wohnen 	<ul style="list-style-type: none"> • Ambulante Pflegedienste / Sozialstationen (§ 71 SGB XI)
<ul style="list-style-type: none"> • Seniorenwohnheime 	<ul style="list-style-type: none"> • Wohngemeinschaften u. a. alternative Wohnformen
<ul style="list-style-type: none"> • Kurzzeitpflegeeinrichtungen (solitär) 	<ul style="list-style-type: none"> • Beratungsstellen für Senioren / Seniorenbüros
<ul style="list-style-type: none"> • Vollstationäre Altenpflegeeinrichtungen (mit / ohne Versorgungsvertrag nach §72 SGB XI), inkl. Kurzzeitpflegeplätze 	<ul style="list-style-type: none"> • Stationäre und ambulante Mahlzeitendienste („Essen auf Rädern“)
	<ul style="list-style-type: none"> • Hausnotrufdienste
	<ul style="list-style-type: none"> • Seniorentagesstätten / Seniorenbegegnungsstätten
	<ul style="list-style-type: none"> • Sonstige Hilfsdienste für ältere Menschen

Quelle: BAGFW Gesamtstatistik 2014.

Im Erhebungsprozess wurde die Gesamtzahl von Einrichtungen der Altenhilfe der Wohlfahrtsverbände in der Stadt und im Landkreis befragt (n = 22). Die Daten zum Stichtag

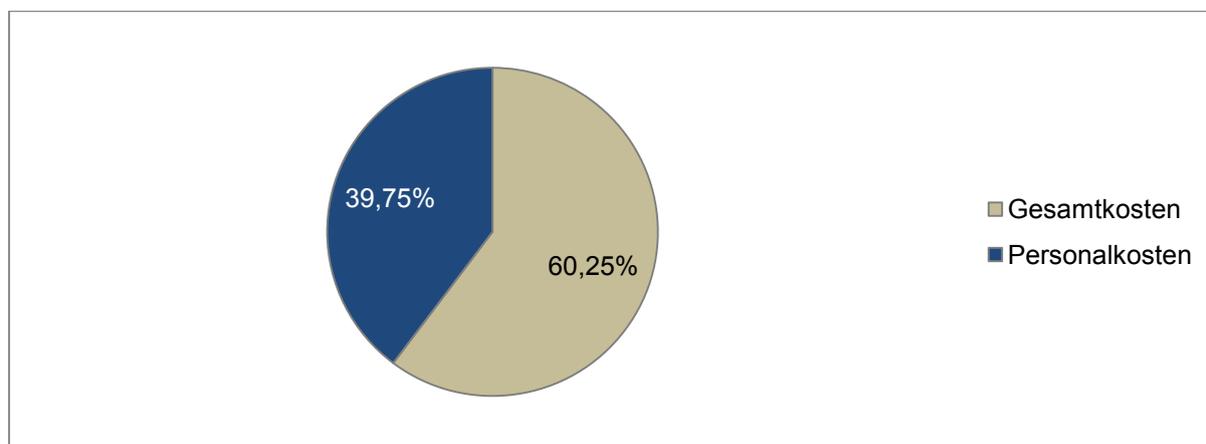
31.12.2014 wurden separat für ambulante und stationäre Einrichtungen für folgende Kennzahlen erfasst:

- Finanzlage der Einrichtungen: Umsätze, Gesamt- und Personalkosten für das Geschäftsjahr 2014
- Anzahl an beruflich Beschäftigten: Angestellten als auch Auszubildenden in Voll- bzw. Teilzeit
- Ehrenamtliche Arbeit: Anzahl an ehrenamtlichen Mitarbeitenden und durchschnittlich geleistete Arbeitsstunden im Monat
- Nutzerstruktur: Anzahl an belegten Plätzen und Anzahl an betreuten Menschen mit Behinderung

4.7.1 Kostenstruktur und leistungsbezogene Kennzahlen der Altenhilfeeinrichtungen in der Stadt und im Landkreis Gießen

Die Altenhilfeeinrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege erzielten im Geschäftsjahr 2014 hohe Umsätze im Landkreis Gießen: Mit insgesamt knapp 58 Millionen Euro liegt der durchschnittliche Umsatz einer stationären Altenhilfeeinrichtung bei über 4,3 Millionen Euro (vgl. Abb. 25). Der durchschnittliche Umsatz einer ambulanten Einrichtung beträgt hingegen 690.000 Euro. Die Gesamtheit der Umsätze wird für die Abdeckung der Gesamtkosten der Einrichtungen verwendet, die insbesondere aus Personalkosten bestehen. Das Gewicht der Personalkosten innerhalb der Kostenstruktur der Einrichtungen beträgt somit über 60 %. Die Kostenstruktur, differenziert nach ambulanten und stationären Einrichtungen, zeigt ein sehr ähnliches Verhältnis zwischen Personal- und Gesamtkosten.

Abbildung 25: Kostenstruktur der Altenhilfeeinrichtungen



Quelle: Eigene Erhebung.

Für die Auswertung der Leistung der Altenhilfeeinrichtungen wird die Anzahl an versorgten Personen als Kennzahl herangezogen. In stationären Einrichtungen wird die Anzahl an vorgehaltenen und belegten Plätzen und in ambulanten Einrichtungen die Anzahl an versorgten Personen über ein Geschäftsjahr in den Blick genommen. Die insgesamt zwölf befragten stationären Altenhilfeeinrichtungen im Landkreis Gießen verfügen über 1.244 Plätze. Zum Stichtag 31.12.2014 waren 1.218 Plätze belegt. Dies zeigt die starke Nachfrage nach sozia-

ler und pflegerischer Betreuung älterer Menschen: Die Belegung der stationären Plätze in der Altenhilfe beträgt 98 %. In den ambulanten Altenhilfeeinrichtungen wurden insgesamt 3.642 Empfänger/innen von sozialen und pflegerischen Dienstleistungen im Laufe des Jahres 2014 registriert.

4.8 Nachfrageimpulse der Altenhilfeeinrichtungen in der Stadt und im Landkreis Gießen für die Volkswirtschaft Hessen

Die Konsumausgaben von Beschäftigten in sozialen Einrichtungen haben unmittelbare Effekte für die Wirtschaft der Regionen. Diese Effekte werden als Nachfrageeffekte bezeichnet, da die Nachfrage nach regionalen Gütern und Dienstleistungen die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze und somit zusätzlichen Einkommens und zusätzlichen Konsum ermöglicht. Gegenstand der nachstehenden Analyse ist die Quantifizierung der Nachfrageimpulse von den Altenhilfeeinrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege in der Stadt und dem Landkreis Gießen für die Volkswirtschaft Hessens.³⁴

Die umgesetzte Methodik zur Quantifizierung der Nachfrageeffekte beruht auf einer *Keynesianischen Multiplikatorenanalyse*. Es handelt sich um ein Wirkungsmodell, in dem verschiedene Schritte innerhalb eines wirtschaftlichen Zyklus analysiert und quantifiziert werden: Das durch die Wirtschaftstätigkeit der Einrichtungen generierte Einkommen wird für Konsum und Ersparnisse verwendet. Aus dem Anteil des Einkommens, der für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen ausgegeben wird, entstehen Umsätze für Unternehmen. Die aus dem Konsum entstandenen Umsätze führen im nächsten Schritt zu neuen Arbeitsplätzen, d. h. induzierter Beschäftigung, die wiederum zu zusätzlichem Einkommen und Konsum führt. Zentral für das Verständnis der Analyse ist, dass die Nachfrageimpulse der Einrichtungen im Landkreis Gießen die Schaffung von weiteren Arbeitsplätzen, zusätzlichem Einkommen und zusätzlichem Konsum ermöglichen. Im Konkreten handelt es sich bei der Analyse um die Ermittlung von Einkommens-, Konsum- und Beschäftigungseffekten. Diese Nachfrageeffekte sind untereinander hochgradig korreliert und bilden zusammen den wirtschaftlichen Zyklus, der Gegenstand dieser Analyse ist:

- *Einkommenseffekte* entstehen aus der Wirtschaftstätigkeit der Einrichtungen und entsprechen dem zur Verfügung stehenden Einkommen für Konsum und Ersparnisse von Privathaushalten.
- *Konsumeffekte* ergeben sich aus dem Anteil des Einkommens von Privathaushalten, der nicht gespart wird. Hierbei soll zwischen inländischem Konsum und ausländischen Konsum unterschieden werden, d. h. Konsum für entweder inländische oder ausländische Güter und Dienstleistungen. Für die vorliegende Analyse ist lediglich der Konsum in Hessen relevant, da die Nachfrageeffekte für das Bundesland Hessen gezielt quantifiziert werden sollen.

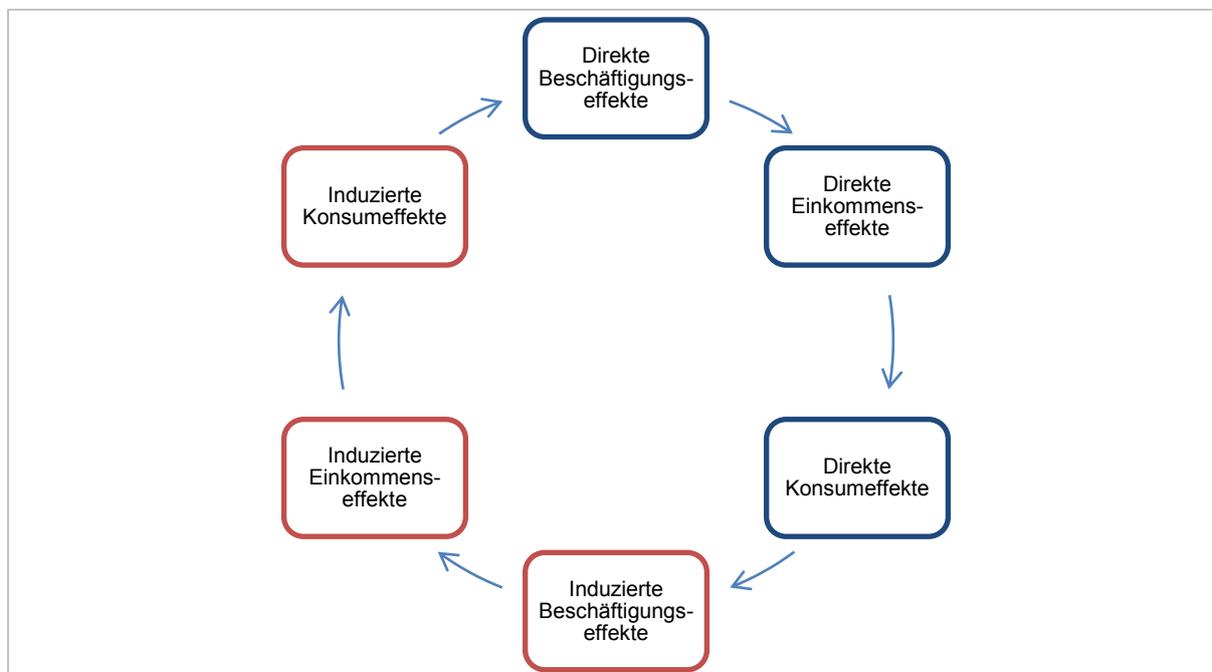
³⁴ Der Aufbau der Analyse orientiert sich an vergleichbaren Studien (vgl. Karmann/Werbloff/Karmann/Jurack 2011: 61 und Kukula/Sell/Tiedemann 2014).

- *Beschäftigungseffekte* entsprechen der Beschäftigung in den befragten Einrichtungen der Altenhilfe in der Stadt und im Landkreis Gießen. Aus Nachfrageimpulsen resultieren zusätzliche Arbeitsplätze, d. h. *induzierte Beschäftigungseffekte*.

Einkommens-, Konsum- und Beschäftigungseffekte werden wiederum nach *direkten* und *induzierten* Effekten differenziert:

- In der vorliegenden Analyse umfassen *direkte Effekte* das Einkommen, die Beschäftigung und den Konsum, die aus der Wirtschaftstätigkeit der Altenhilfeeinrichtungen unmittelbar entstehen.
- Induzierte Effekte resultieren aus den Konsumausgaben der Beschäftigten in den Altenhilfeeinrichtungen. Die direkten Konsumausgaben, als Bestandteil der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, ermöglichen die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen, die wiederum zusätzliches Einkommen und zusätzlichen Konsum ermöglichen (vgl. Abb. 26).

Abbildung 26: Multiplikatorenanalyse für induzierte Effekte



Quelle: Eigene Darstellung.

4.8.1 Direkte und induzierte Nachfrageeffekte

Im ersten Schritt der Analyse werden die direkten Effekte quantifiziert. Diese wurden anhand der primär erhobenen Daten der Altenhilfeeinrichtungen und Sekundärdaten ermittelt.

Direkte Beschäftigungseffekte:

Wie vorstehend erwähnt, entsprechen die direkten Beschäftigungseffekte den Arbeitsplätzen in den Altenhilfeeinrichtungen in der Stadt und im Landkreis Gießen. Laut der durchgeführten Befragung haben die Einrichtungen der Altenhilfe in der Trägerschaft der Wohlfahrtsverbän-

de in der Stadt und im Landkreis Gießen 1.567 Beschäftigte, die sich insgesamt auf 1.099 Vollzeitäquivalente aufteilen.³⁵

Direkte Einkommenseffekte

Anhand der primär erhobenen Daten der Einrichtungsbefragung konnten die *Personalkosten der Altenhilfeeinrichtungen (AHE)* ausgewertet werden. Für das Geschäftsjahr 2014 betragen die Personalkosten der Einrichtungen 43.491.523 Euro, d. h. Personalkosten in Höhe von 39.574 Euro pro Vollzeitäquivalent. Für die weiteren Berechnungen gilt die Annahme, dass die Bruttolöhne 75 % der Personalkosten der Einrichtungen der Mitarbeitenden entsprechen.³⁶

1. **Personalkosten AHE * 65 % = Bruttolöhne AHE**

2. $\frac{\text{Bruttolöhne AHE}}{\text{VZÄ}} = \text{Bruttolöhne}_{\text{VZÄ}}$

Dementsprechend entstehen 29.680 Bruttolöhne pro Vollzeitäquivalent (VZÄ).

Direkte Konsumeffekte:

Die Berechnung der direkten Konsumeffekte in Hessen aus den Einkommen von den Beschäftigten der Altenhilfeeinrichtungen berücksichtigt zwei Faktoren: Die Spar- und die Verbleibsquote. Die Sparquote ermittelt den Anteil des Einkommens, den Privathaushalte sparen. In Hessen betrug die Sparquote 2014 ca. 10,2 %, d. h. 89,8 % des Einkommens hessischer Privathaushalte wurde für Konsum aufgewendet (Laduch-Reichelt 2014). Darüber hinaus soll die Verbleibsquote in Hessen berücksichtigt werden, da nicht das ganze Einkommen der Region für hessische Güter und Dienstleistungen ausgegeben wird. Die Verbleibsquote für Hessen im Jahr 2014 wird basierend auf Berechnungen des hessischen Wirtschaftsministerium mit 60 % bestimmt, d. h. 60 % der Konsumausgaben im Landkreis Gießen werden für hessische Güter und Dienstleistungen ausgegeben.³⁷

3. **Bruttolöhne AHE * (1 – Sparquote_{Hessen}) * Verbleibsquote_{Hessen} = Gesamtkonsum AHE_{Hessen}**

Zunächst soll bestimmt werden, auf welche Sektoren der hessischen Gesamtwirtschaft die Konsumausgaben verteilt werden. Anhand der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die statistische Informationen über die Lebensverhältnisse privater Haushalte zur Verfügung stellt, wurden die Konsumausgaben analysiert und nach Sektoren eingeordnet. Auf Grundlage der EVS wurde der Anteil der Konsumausgaben für die jeweiligen Sektoren Sekundär- und Tertiärsektor bestimmt. Dementsprechend wird differenziert nach Konsumausgaben für Güter (56,6 % Sekundärsektor) und für Dienstleistungen (39 % Tertiärsektor) als

35 Bezüglich der Lage des Wohnorts der Beschäftigten wird davon ausgegangen, dass alle in der Stadt und im Landkreis Gießen wohnen und beschäftigt sind.

36 Personalkosten umfassen mehr Kostenposten als die Bruttolöhne von Mitarbeitenden. Hierzu gehören neben den Löhnen und Gehältern auch gesetzliche und freiwillige soziale Aufwendungen bzw. Personalausgaben. Der Anteil der Bruttolöhne an den Personalkosten der Einrichtungen wurde anhand der Angaben zu den Bruttogehältern von Altenpfleger/innen im Jahrbuch Tarif und Entgelt 2016 bestimmt (vgl. Wohlfahrt Intern 2016: 26 ff.).

37 Bei der Evaluation von Investitionsprogrammen legt das hessische Wirtschaftsministerium eine Verbleibsquote von ca. 60 % zugrunde (vgl. Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung 2012: 94).

auch für Sonstiges (4,4 %) (Gesamtwirtschaft ohne Einordnung nach Sektoren). Auf dieser Basis kann bestimmt werden, wie viele Konsumausgaben von dem Einkommen der Einrichtungen in die betrachteten Sektoren fließen:

4. **Gesamtkonsum AHE in Hessen * 56,6 % = Konsumausgaben AHE_{Sekundärsektor}**
5. **Gesamtkonsum AHE in Hessen * 39 % = Konsumausgaben AHE_{Tertiärsektor}**
6. **Gesamtkonsum AHE in Hessen * 4,4 % = Konsumausgaben AHE_{Gesamtwirtschaft}**

Dementsprechend ergeben sich direkte Konsumeffekte in Hessen in Höhe von 17.574.924 Euro.

Induzierte Beschäftigungseffekte

Die Konsumausgaben in den jeweiligen Sektoren der hessischen Volkswirtschaft, die in der vorliegenden Analyse betrachtet wurden, führen zu Umsatzsteigerungen, die wiederum neue Arbeitsplätze im hessischen Arbeitsmarkt, d. h. induzierte Beschäftigung, ermöglichen. Für die Berechnung der induzierten Beschäftigungseffekte wird daher die durchschnittliche Bruttowertschöpfung pro Mitarbeiter der jeweiligen Sektoren zugrunde gelegt. Auf dieser Grundlage kann berechnet werden, wie viel zusätzliche Bruttowertschöpfung, in etwa das Einkommen aus der Wirtschaftstätigkeit der Betrieben, in den jeweiligen Wirtschaftszweigen gebraucht wird, um einen zusätzlichen Arbeitsplatz zu schaffen.

7. **Induzierter Beschäftigungseffekt_{Sekundärsektor} = $\frac{\text{Konsumausgaben AHE}_{\text{Sekundärsektor}}}{\frac{\text{BWS}_{\text{Sekundärsektor}}}{\text{SvBVZA}_{\text{Sekundärsektor}}}}$**
8. **Induzierter Beschäftigungseffekt_{Tertiärsektor} = $\frac{\text{Konsumausgaben AHE}_{\text{Tertiärsektor}}}{\frac{\text{BWS}_{\text{Tertiärsektor}}}{\text{SvBVZA}_{\text{Tertiärsektor}}}}$**
9. **Induzierter Beschäftigungseffekt_{Gesamtwirtschaft} = $\frac{\text{Konsumausgaben AHE}_{\text{Gesamtwirtschaft}}}{\frac{\text{BWS}_{\text{Gesamtwirtschaft}}}{\text{SvBVZA}_{\text{Gesamtwirtschaft}}}}$**

Dementsprechend werden insgesamt 146 weitere Arbeitsplätze (Vollzeitäquivalente) dank des in Hessen ausgegebenen Konsums der Beschäftigten der Altenhilfeeinrichtungen ermöglicht.

Induzierte Einkommenseffekte

Aus der induzierten Beschäftigung entstehen wiederum zusätzliche Arbeitnehmerentgelte, d. h. induzierte Einkommenseffekte. Anhand der Statistiken des Statistischen Landesamts zu den durchschnittlichen Verdiensten nach Wirtschaftszweigen in Hessen wurde wiederum das generierte Einkommen der oben bestimmten Branche (in Anbetracht der entsprechenden Gewichtungen) berechnet (Statistisches Landesamt Hessen 2015).

10. **Induzierte Einkommen_{Sekundärsektor} = Induzierter Beschäftigungseffekt_{Sekundärsektor} * Durchschnittlicher Jahrverdienst_{Sekundärsektor}**
11. **Induzierte Einkommen_{Tertiärsektor} = Induzierter Beschäftigungseffekt_{Tertiärsektor} * Durchschnittlicher Jahrverdienst_{Tertiärsektor}**

$$12. \quad \text{Induzierte Einkommen}_{\text{Gesamtwirtschaft}} = \text{Induzierter Beschäftigungseffekt}_{\text{Gesamtwirtschaft}} * \text{Durchschnittlicher Jahrverdienst}_{\text{Gesamtwirtschaft}}$$

Die induzierten Beschäftigten (VZÄ) erhalten insgesamt ein Bruttoeinkommen in Höhe von 7.287.991 Euro.

Induzierte Konsumeffekte

Auf Grundlage der berechneten Bruttoeinkommen einzelner Sektoren können die einkommensspezifischen Konsumausgaben der induzierten Beschäftigten berechnet werden. Diese Konsumausgaben werden dann teilweise (entsprechend der regionalen Verbleibs- und Sparquote) in Hessen getätigt. Die induzierte Beschäftigung führt zu weiteren Konsumausgaben in Hessen in Höhe von 446.025 Euro.

$$13. \quad \text{Induziertes Einkommen} * (1 - \text{Sparquote}_{\text{Hessen}}) * \text{Verbleibsquote}_{\text{Hessen}} = \text{Induzierter Konsum}$$

4.8.2 Zusammenfassung und Auswertung

Tabelle 11 zeigt die Ergebnisse der Multiplikatorenanalyse in den verschiedenen Schritten des Wirkungsmodells:

Tabelle 11: Ergebnisse der Multiplikatorenanalyse

Effekte	Wirtschaftseinheiten	Ergebnisse
Direkte Effekte aus der Stadt und dem Landkreis Gießen		
Direkte Beschäftigungseffekte	Altenhilfeeinrichtungen	1.099 VZÄ
Direkte Einkommenseffekte	Altenhilfeeinrichtungen	32.618.642 Euro
Direkte Konsumeffekte in Hessen	Altenhilfeeinrichtungen	17.574.924 Euro
Induzierte Effekte für die hessische Volkswirtschaft		
Induzierte Beschäftigungseffekte	Hessische Volkswirtschaft	146 VZÄ
Induzierte Einkommenseffekte	Hessische Volkswirtschaft	7.287.991 Euro
Induzierte Konsumeffekte in Hessen	Hessische Volkswirtschaft	446.025 Euro

Quelle: Eigene Berechnungen.

Gemessen an den Effekten auf das Einkommen, den Konsum und die Beschäftigung im Bundesland Hessen erweisen sich die Einrichtungen der Altenhilfe der betrachteten Gebietskörperschaft als bedeutende Wirtschaftstreiber. Dank der Altenhilfeeinrichtungen in der Stadt und im Landkreis Gießen werden im Jahr 2014 146 zusätzliche Vollzeitäquivalente finanziert. Der Beschäftigungsmultiplikator der Altenhilfeeinrichtungen für die Gesamtbeschäftigung im Bundesland Hessen entspricht 1,13: Das heißt, 0,13 Vollzeitäquivalente des hessischen Arbeitsmarkts werden pro 100 Vollzeitäquivalente in den Altenhilfeeinrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege in der Stadt und im Landkreis Gießen finanziert. Die induzierte Beschäftigung führt wiederum zu einer Einkommenssteigerung in Höhe von 7.287.991 Euro und aus

diesem Einkommen werden zusätzlich 446.025 Euro für Güter und Dienstleistungen in Hessen ausgegeben.

4.9 Bürgerschaftliches Engagement in der Freien Wohlfahrt

Das bürgerschaftliche Engagement ist traditioneller Kern der Freien Wohlfahrtspflege und kann entweder in Form von Ehrenamt (enge Identifikation zum Verband, verbindliches Tätigsein), freiwilligem Engagement (punktuelle/themenbezogene Tätigkeit) oder in Form von Freiwilligendiensten (verlässliche/zeitintensives Engagement in einem festdefinierten Zeitraum – z.B. Freiwilliges Soziales Jahr, Bundesfreiwilligendienst) erfolgen. Die Einsatzfelder des bürgerschaftlichen Engagements sind vielfältig und reichen über Tafeln, Flüchtlingsarbeit oder Altenhilfe (BAGFW 2013).

Kostenerstattungen und Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Arbeit führen dazu, dass der Übergang von ehrenamtlicher zu haupt- bzw. nebenberuflicher Arbeit oftmals fließend ist. Dieser Tatbestand, aber auch die Tatsache, dass die Abgrenzung und die Definition des ehrenamtlichen Engagements nicht ganz so deutlich ist, führte dazu, dass es in Deutschland bis zum Ende der 1990er Jahre keine valide Quantifizierung der ehrenamtlichen Arbeit gab (Behr/Liebig/Rauschenbach 1999). Auch heute gibt es nur wenige verlässliche Datenquellen, eine häufig zitierte Studie ist der Bundesfreiwilligensurvey:

„Über ein Drittel der Bevölkerung in Deutschland engagiert sich. Darunter fallen Personen, die sich in einem oder mehreren Bereichen der Zivilgesellschaft aktiv beteiligen oder ehrenamtlich tätig sind. Laut der Ergebnisse des Freiwilligensurveys, einer repräsentativen Erhebung zu freiwilligem Engagement in Deutschland, ist der Anteil freiwillig Engagierter an der Bevölkerung ab 14 Jahren in Deutschland zwischen 1999 und 2009 von 34 Prozent auf 36 Prozent gestiegen und in den Jahren zwischen 2004 und 2009 stabil geblieben“ (BMFSFJ 2012: 11). Aktuelle Zahlen belegen für 2014, dass die Engagementquote um zehn Prozentpunkte gestiegen ist und sich aktuell auf 43,6 Prozent der Bevölkerung beläuft. Dies entspricht 30,9 Millionen engagierter Menschen in der Bundesrepublik (BMFSFJ 2016).

Die BAGFW schätzt die Zahl der Bürger/innen, die sich freiwillig in der Freien Wohlfahrtspflege, ihren Hilfswerken und Initiativen sowie in den ihnen angeschlossenen Selbsthilfegruppen auf Bundesebene engagieren, auf 2.5 bis 3 Millionen Menschen (BAGFW 2012).

Hessenspezifische Daten zum bürgerschaftlichen Engagement und diese differenziert nach Trägern als auch Arbeitsbereichen liegen nicht vor, sodass im Rahmen dieser Studie geprüft werden musste, welche Wege Aussagen zum Bürgerschaftlichen Engagement in den Mitgliedsverbänden der Liga ermöglichen. Einerseits wurden die Möglichkeiten der Erhebung von Daten auf Ebene der Landesverbände und andererseits der Verwendung verfügbarer Sekundärstatistiken sondiert.

Letztendlich wurden zweierlei Wege eingeschlagen:

- a) Einerseits die Darstellung des bürgerschaftlichen Engagements für die Freie Wohlfahrtspflege Hessen – unter Hinzuziehen des Anteils der ehrenamtlich gemeldeten Mitarbeitenden in Einrichtungen der hessischen Wohlfahrtsverbände gemeldet bei

der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienste und Wohlfahrtspflege (BGW).³⁸ Dabei handelt sich jedoch um eine Untererfassung der ehrenamtlich Engagierten in den Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände (siehe 4.9.1).

- b) Andererseits die Analyse der ehrenamtlichen Arbeit auf regionaler Ebene für einen ausgewählten Arbeitsbereich – unter Verwendung eigens erhobener Zahlen zu der Anzahl der Ehrenamtlichen und der geschätzten Anzahl an ehrenamtlich erbrachten Stunden.

Es handelt sich folglich um eine komplexe statistische Aufgabe, um auf Landes- als auch Verbandsebene Aussagen zum bürgerschaftlichem Engagement zu generieren. Die fortlaufenden Kapitel skizzieren die Ergebnisse dieser Analysen.

4.9.1 Bürgerschaftliches Engagement – Eine zentrale Ressource in der Freien Wohlfahrt Hessen

Der Generali Zukunftsfond (2009) kommt für das Bundesland Hessen im Jahr 2008 zu einem Anteil der bürgerschaftlich Engagierten an der Bevölkerung von 39,6 %³⁹, womit in einem Ranking aller Bundesländer das Land Hessen den Platz 2 belegt. Werden Raumordnungsregionen herangezogen, lässt sich folgendes Bild skizzieren:

- Osthessen: Anteil bürgerschaftlicher Engagierter von 51,4 %
- Mittelhessen: Anteil bürgerschaftlicher Engagierter von 43,9 %
- Nordhessen: Anteil bürgerschaftlicher Engagierter von 42,2 %
- Starkenburg: Anteil bürgerschaftlicher Engagierter von 38,0 %
- Rhein-Main: Anteil bürgerschaftlicher Engagierter von 36,3 %

Dabei haben mit Blick auf die Gebietskörperschaftsebene die Kreise Rheingau-Taunus-Kreis, Gießen, Vogelsbergkreis, Hersfeld-Rotenburg und Schwalm-Eder-Kreis den höchsten Engagierten-Anteil von über 50% (Generali Zukunftsfonds 2009).

Nach eigenen Erhebungen und Schätzungen gehen die Wohlfahrtsverbände in Hessen davon aus, dass aktuell etwa 160.000 Ehrenamtliche in den Einrichtungen der hessischen Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege tätig sind. Die BGW registriert im Verlauf eines Geschäftsjahrs einen Anteil der in den Einrichtungen der hessischen Wohlfahrtsverbände ehrenamtlich Engagierten. Es handelt sich jedoch um eine Untererfassung der ehrenamtlich Engagierten in den Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände. Expertinnen und Experten der Liga-Verbände geben an, dass die Zahlen der BGW als eine Mindestanzahl bürgerschaftlich Engagierter in der Freien Wohlfahrtspflege angesehen werden müssten. Denn einerseits gibt es noch andere Unfallversicherungsträger für bürgerschaftlich Engagierte bei den Wohlfahrtsverbänden (z. B. die Verwaltungs-Berufsgenossenschaft), die jedoch nicht quantifiziert

38 Die Einrichtungen der Freien Wohlfahrt melden zum jeweiligen Umlagejahr – nicht zu einem Stichtag – die Kopfanzahl der ehrenamtlich Aktiven. Es wurde folgende Definition zugrunde gelegt: Ehrenamtlich/unentgeltlich tätige Personen sind z. B.: Vorstands-, Ausschuss- oder Beiratsmitglieder in wohlfahrtspflegerisch tätigen Vereinen und Organisationen, Sammler, Krankenhaus- und Altenheimhilfen, Leiter von Selbsthilfegruppen etc.

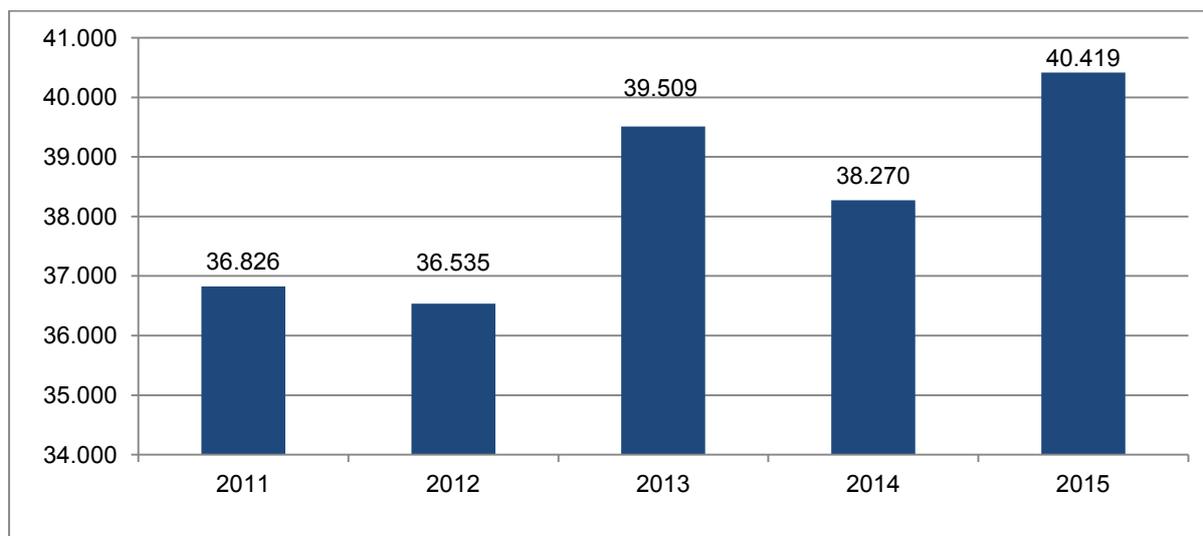
39 Bevölkerungsstand in Hessen laut statistischem Landesamt im Jahr 2008: 6.064.953 Menschen.

werden können. Andererseits erfasst die hauptsächlich zuständige BGW nicht die Gesamtheit der ehrenamtlich Engagierten. Die Gründe sind vielfältig und zum Beispiel:

- Die Zahlen zum Ehrenamt werden zentral erfasst, aber die ehrenamtlich Engagierten sind dezentral tätig, sodass Informationsverluste nicht auszuschließen sind.
- Es werden nur jene ehrenamtlich Engagierte gemeldet, die dauerhaft und regelmäßig aktiv sind, temporäre bürgerschaftlich Aktive bleiben nicht erfasst.
- Es gibt im Rahmen der Freien Wohlfahrt Arbeitsbereiche, die über alle Hierarchien und Bereiche hinweg ehrenamtlich organisiert werden, und somit z. B. schwer bzgl. Statistiken erreicht und registriert werden können.

Wie Abbildung 27 veranschaulicht, ist die Anzahl der ehrenamtlichen Mitarbeitenden über die Jahre 2011 bis 2015 nicht stabil, wobei in den letzten fünf Jahren eine positive Tendenz beobachtet werden kann. Der Anstieg zwischen 2014 und 2015 ist vermutlich mit der Flüchtlingsarbeit zu begründen. So spricht das Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt-Universität von einer bundesweiten Bewegung der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt-Universität 2015).

Abbildung 27: Gemeldete ehrenamtliche Mitarbeitende in den Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege über die Geschäftsjahre 2011 bis 2015



Quelle: Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege.

Werden die Daten der Primärerhebung im Landkreis und der Stadt Gießen für den Arbeitsbereich Altenhilfe als eine weitere Informationsquelle herangezogen, an der sich 22 Einrichtungen beteiligt haben, kann auf regionaler Ebene festgehalten werden, dass im Landkreis Gießen im Rahmen der Altenhilfe 501 Bürger und Bürgerinnen ehrenamtlich aktiv sind. Hinzukommen noch 9 weitere Personen, die ein Freiwilliges soziales Jahr oder den Bundesfreiwilligendienst ableisten.

Eine Datenauswertung nach dem ambulanten und stationären Bereich der Altenhilfe, zeigt, dass im ambulanten Bereich⁴⁰ im Landkreis Gießen das bürgerschaftliche Engagement größer ausfällt. So liegt im ambulanten Bereich – unter der Bedingung, dass zwei ehrenamtlich betriebene Vereine inbegriffen sind – ein Verhältnis von Hauptamt zu Ehrenamt von 1:1 vor. Im stationären Bereich sieht das Verhältnis so aus, das vier beruflich Beschäftigte ein/e Ehrenamtler/in unterstützend zur Seite steht (vgl. Tab. 12).

Tabelle 12: Bürgerschaftliches Engagement in der Altenhilfe

Arbeitsbereich	Anzahl der Einrichtungen	Anzahl der Ehrenamtler	Durchschnittliche Anzahl je Einrichtung	Verhältnis Hauptamt zu Ehrenamt
ambulant	10	309	24,3	1:1
stationär	12	192	19,2	4:1

Quelle: Eigene Erhebung und Berechnungen.

4.9.2 Der wirtschaftliche Beitrag der ehrenamtlich geleisteten Arbeit – eine unberücksichtigte Kennzahl bei wirtschaftlichen Untersuchungen

Die Auswertung des wirtschaftlichen Beitrags sozialer und gesundheitsbezogener Einrichtungen durch die Quantifizierung der Bruttowertschöpfung greift aufgrund der Spezifika der Sozialwirtschaft und des immensen Stellenwerts des bürgerschaftlichen Engagements zu kurz, da die ehrenamtlich unentgeltlich geleistete Arbeit unberücksichtigt bleibt. Insbesondere bei Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege engagieren sich zahlreiche Menschen, die ehrenamtlich zur Wohlfahrtsproduktion beitragen. Den ehrenamtlichen Leistungen steht nicht nur ein gesellschaftlicher, sondern auch ein monetärer Wert gegenüber. Daher wird oft in fachwissenschaftlichen Kreisen die Frage gestellt: Welche wirtschaftliche Bedeutung hat die ehrenamtliche Arbeit und wie kann diese quantifiziert werden?

Hierfür sind in der Wissenschaft verschiedene Methoden zur Monetarisierung der ehrenamtlichen Arbeit vorzufinden (Pavel 2013: 19). In der hiesigen Sozialwirtschaftsstudie wird folgendes Rechenmodell herangezogen:

Wertschöpfungsbeitrag der ehrenamtlichen Arbeit

$$= \text{Ehrenamtsanzahl} \times \emptyset \text{ Anzahl eingesetzter Stunden} \times \text{Mindestlohn} \times 12 \text{ Monate}$$

Zur Berechnung der Wertschöpfung, die das bürgerschaftliche Engagement zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung beiträgt, werden die geleisteten Arbeitsstunden pro Monat und engagierte Personen mit dem Mindestlohn von 8,50 Euro verrechnet.

Die Monetarisierung der ehrenamtlichen Arbeit zielt darauf ab, den monetären Wert unentgeltlich geleisteter ehrenamtlicher Arbeit zu quantifizieren. Der Generali Zukunftsfonds 2009 hat dies für die Bundesrepublik Deutschland geleistet und ist auf folgendes Ergebnis gekommen: Engagierte Bürger und Bürgerinnen tragen jährlich eine Arbeitsleistung im Wert von nahezu 35 Mrd. Euro zum Gemeinwesen bei. Diese ist höher als bei vergleichbaren

40 Zwei der ambulanten Einrichtungen der Altenhilfe im Landkreis Gießen sind jedoch ausschließlich ehrenamtlich aufgestellt.

Wirtschaftszweigen wie dem Gastgewerbe mit rund 33 Mrd. oder der Land- und Forstwirtschaft mit 17,5 Mrd. Euro (Generali Zukunftsfonds 2009).

Solche Rechnungen sind für Hessen relativ kompliziert und ziehen unterschiedliche Datenquellen heran:

- Generali Zukunftsfond: die errechnete durchschnittliche Stundenanzahl pro Monat und engagierter Person und der Anteil der engagierten Personen an der Gesamtbevölkerung.
- Statistisches Landesamt: Zahlen zur Gesamtbevölkerung im Jahr 2008
- BGW-Statistik: Zahl der gemeldeten Ehrenamtlichen im Umlagejahr 2014
- Primärerhebung: Anzahl der ehrenamtlichen Mitarbeitenden und der durchschnittlichen Stundenanzahl pro Monat und engagierter Person im Bereich der Altenhilfe im Landkreis Gießen

Werden die erbrachten ehrenamtlichen Leistungen für das Bundesland Hessen, die Leistungen des von der BGW erfassten Anteils des Ehrenamts in Einrichtungen der hessischen Wohlfahrtsverbände und die Leistungen im Bereich der Altenhilfe der Freien Wohlfahrtspflege im Landkreis Gießen analog zu der o. g. Herangehensweise monetär bewertet, lassen sich die in Tabelle 13 errechneten Werte interpretieren.⁴¹

Der Anteil des Wertschöpfungsbeitrages Ehrenamtes in der Freien Wohlfahrtspflege Hessen, der sich mittels der BGW Zahlen erfassen lässt, beläuft sich der beschriebenen Methode nach auf ca. 70 Millionen Euro für das Jahr 2015. Regional betrachtet, trägt das bürgerschaftliche Engagement in der Altenhilfe der Freien Wohlfahrtsverbände im Landkreis Gießen etwa 650.000 Euro zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung bei (vgl. Tab. 13), das sind etwa 1.300 Euro je ehrenamtlich Engagierte im Jahr.

Tabelle 13: Wertschöpfungsbeitrag der ehrenamtlichen Arbeit

Raumordnung	Anzahl Ehrenamtlicher	Ø eingesetzte Zeit pro Monat und engagierte Person (Stunden)	Wert der Arbeitsleistung (€)
Hessen (im Jahr 2008)	2.401.721	17,0	ca. 3,7 Mrd.
Freie Wohlfahrtspflege Hessen (Anteil nach der BGW-Statistik 2015)	40.419	17,0	ca. 70 Mio.
Landkreis Gießen – Altenhilfe (2015)	501	12,7	648.995

Quellen: Generali Zukunftsfond 2009, BGW, eigene Erhebung und Berechnung.

41 Der aktuelle Freiwilligensurvey 2014 kommt zu dem Schluss, dass Engagierte heute weniger Zeit für freiwillige Tätigkeit als vor fünfzehn Jahren aufwenden. Dies ist ein Ergebnis auf Bundesebene, Rückschlüsse auf einzelne Bundesländer sind nicht möglich (BMFSFJ 2016).

5 Fazit:

Der Beitrag der Freien Wohlfahrtspflege und der Sozialwirtschaft zur hessischen Wirtschaft

Die Analyse zentraler Wirtschaftsindikatoren, namentlich sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Bruttowertschöpfung sozialer und gesundheitsbezogener Einrichtungen, zeigt im gesamtwirtschaftlichen Kontext, dass die Sozialwirtschaft einen zentralen Akteur für die gesamtwirtschaftliche Konjunktur in Hessen darstellt. Die Grundfunktion der Sozialwirtschaft ist die gemeinschaftliche und personenbezogene Versorgung zur Bearbeitung und Erfüllung vielfältiger sozialer Anliegen von Menschen. Die Sozialwirtschaft setzt sich dementsprechend mit zentralen gesellschaftlichen und sozialen Herausforderungen auseinander, etwa dem demografischen Wandel oder der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Neben ihrer Grundfunktion üben soziale und gesundheitsbezogene Einrichtungen jedoch auch eine nicht zu unterschätzende wirtschaftliche Funktion aus. Aufgrund der vorliegenden Analyse lässt sich feststellen, dass die Sozialwirtschaft ein erhebliches volkswirtschaftliches Gewicht in Hessen hat, das kontinuierlich an Bedeutung zunimmt.

Das Beschäftigungswachstum der Sozialwirtschaft zwischen 2009 und 2014 ist ca. dreimal so hoch wie das Wachstum der Gesamtwirtschaft. Mit über 226.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in sozialen und gesundheitsbezogenen Einrichtungen ist aktuell jeder zehnte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplatz in Hessen der Sozialwirtschaft zuzuordnen. Der Wertschöpfungsbeitrag der Sozialwirtschaft ist ebenfalls von zunehmender Bedeutung für die Gesamtwirtschaft Hessens. Insbesondere in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise wies die Sozialwirtschaft Hessens eine überdurchschnittliche wirtschaftliche Leistung auf, die deutlich zur Abfederung der rezessiven Periode und zur Wiederbelebung der hessischen Gesamtwirtschaft beitrug. Während in den vergangenen Jahren bedeutende Branchen des produzierenden Gewerbes einen Beschäftigungs- und Wertschöpfungsrückgang verzeichneten, wiesen soziale und gesundheitsbezogene Einrichtungen einen starken Beschäftigungszuwachs auf. Investitionen in die Sozialwirtschaft sind deshalb ein wichtiger Beitrag zum Wohlstand, zur Beschäftigung und zum Wirtschaftswachstum.

Dennoch steht die Sozialwirtschaft Hessens vor bedeutenden Herausforderungen. Im Zuge der Ökonomisierungsprozesse der letzten Jahre im Sozialbereich sehen sich sowohl Kostenträger als auch Leistungserbringer im Gesundheits- und Sozialwesen mit sinkenden Budgets sowie zunehmendem Kosten- und Wettbewerbsdruck konfrontiert. Die Marktöffnung im sozialen Bereich bringt einen tiefen Strukturwandel auf der Angebotsseite mit sich, weil investitionsintensivere Angebote (wie etwa die in stationären Einrichtungen erstellten Angebote) durch den Ausbau kurzfristig kostengünstigerer Hilfsangebote (wie ambulante Dienstleistungen) ersetzt werden. Darüber hinaus zeigt die Beschäftigungsanalyse aus ländervergleichender Perspektive, dass das Beschäftigungsgewicht der Sozialwirtschaft im hessischen Arbeitsmarkt unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Analog dazu liegt das Verhältnis der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung der Sozialwirtschaft zur Bevölkerungsgröße in Hessen ebenfalls unter dem Bundesdurchschnitt. Angesichts der zentralen gesellschaftlichen Rolle der Sozialwirtschaft und deren Beitrag zum Wohlstand der Regionen durch die

Überwindung sozialer Probleme und Ungleichheiten einerseits und des unterdurchschnittlichen Ausbaus im Bundesvergleich andererseits, ergibt sich für die kommenden Jahre Ausbaubedarf für die hessische Sozialwirtschaft. Zu diesem Zweck sollten u. a. Fachkräfteengpässe überwunden werden, indem die Beschäftigungsfelder der Sozialwirtschaft attraktiver gestaltet werden. Hierfür empfehlen Fachexpert/innen u. a. eine bessere Bezahlung, höhere Ausbildungsniveaus sowie die Förderung familienfreundlicher Beschäftigungsverhältnisse.

Innerhalb der Beschäftigungsstruktur der Sozialwirtschaft Hessens haben die sozialen und gesundheitsbezogenen Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege ein erhebliches Gewicht. Mit über einem Drittel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in sozialen und gesundheitsbezogenen Einrichtungen erweist sich die Freie Wohlfahrtspflege als einer der wichtigsten Akteure der Sozialwirtschaft. Somit ist die Freie Wohlfahrtspflege, analog zur Sozialwirtschaft, eine wichtige Wachstumsbranche auf Expansionskurs, deren wirtschaftliche Leistung einen dynamischen und stabilisierenden Wachstumsfaktor für die Volkswirtschaft Hessens darstellt. Hinsichtlich der wohlfahrtsdienlichen Produktion spielt aber auch die Einbindung ehrenamtlicher Arbeit eine zentrale Rolle. Dank des gemeinnützigen Handelns der Freien Wohlfahrtspflege sind ihre Einrichtungen in der Lage, einen bedeutenden Teil der ehrenamtlichen Arbeit in Hessen zu mobilisieren. Infolge der oben genannten Marktöffnungsprozesse im Sozialbereich zeigt sich jedoch, dass das Wachstum der Sozialwirtschaft als Gesamtheit aller sozialwirtschaftlichen Anbieter sogar höher als das Wachstum der Freien Wohlfahrtspflege ist: Immer mehr privat-gewerbliche Investoren profitieren von der steigenden Nachfrage nach Pflege- und Gesundheitsleistungen. Die häufige Kritik an der Freien Wohlfahrtspflege, die sie als monopolistischen Akteur innerhalb der Sozialwirtschaft bezeichnet, wird daher relativiert. Dennoch zählt die Freie Wohlfahrtspflege zu den größten Trägern der Sozialwirtschaft und zu den größten Arbeitgebern Hessens.

6 Anhang: Datenrevision der Bundesagentur für Arbeit

Bei der Auswertung der Daten ist die Datenrevision der Bundesagentur 2014 zu berücksichtigen, da diese erhebliche Auswirkungen, insbesondere auf die Beschäftigungszahlen der Sozialwirtschaft, haben. Die Revision der Bundesstatistik umfasst zwei sich überlagernde Faktoren (Bundesagentur für Arbeit 2015c):

- Die Anpassung des Messkonzepts in Bezug auf Bestand und Bewegung von Beschäftigung (z. B. Beginn und Beendigung eines Beschäftigungsverhältnisses).
- Die Anpassung der Abgrenzung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten über die Erweiterung der erfassten Personengruppen. Relevant für die Sozialwirtschaft ist, dass mit der Erweiterung folgende Personengruppen erfasst werden:
 - Personen, die ein freiwilliges soziales, ökologisches Jahr oder ein Bundesfreiwilligendienst leisten (ab 2012).
 - Personen in Einrichtungen der Jugendhilfe, Berufsbildungswerken oder ähnlichen Einrichtungen für behinderte Menschen.
 - Menschen mit Behinderung, die im Anschluss an eine Beschäftigung in einer anerkannten Werkstatt in einem Integrationsprojekt beschäftigt sind (ab 2007).

Dies hat zur Folge, dass es Unterschiede zwischen den revidierten und nicht-revidierten Beschäftigungszahlen gibt, d. h. vor und nach August 2014. Konkret handelt es sich in der Summe um einen Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigtenanzahl. Von diesen Revisionseffekten betroffen sind mit Blick auf die Sozialwirtschaft insbesondere folgende Bereiche:

- Das Tätigkeitsfeld „Gesundheit, Soziales, Lehre und Erziehung“ mit +1,4 %.
- Der Wirtschaftsabschnitt „Gesundheits- und Sozialwesen“ mit +10,4 %, da insbesondere diese Branche vom Personengruppeneffekt in Bezug auf FSJ, Jugendhilfe etc. betroffen ist.

Das heißt für die vorliegende Studie, dass in jenen Analysen, in denen es um Entwicklungen geht, Daten vor der Revision betrachtet werden und bei Aussagen zum Wachstum die Jahre 2009 bis 2014 zu Grunde liegen. Bei den Kennzahlen zur Analyse der Beschäftigungsstruktur nach den Kriterien Voll-/Teilzeit und Männer/Frauen, die in Kapitel 3.3.8 thematisiert werden, fällt die Revision – so zeigen es die Daten – nicht ins Gewicht. Die Erhebungskriterien variieren in den Jahren nicht, lediglich in der Aufbereitung der Daten bzgl. der Tiefe (z. B. Beschäftigungsumfang in Abhängigkeit des Geschlechts) gibt es Unterschiede. Daher können in Kapitel 3.3.8 Daten aus 2009 und aktuelle aus 2015 herangezogen werden.

Literaturverzeichnis

- BAGFW (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege) (Hrsg.) (2009): Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege Gesamtstatistik 2008. Berlin.
- BAGFW (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege) (Hrsg.) (2012): Gesamtstatistik 2012. Berlin.
- BAGFW (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege) (Hrsg.) (2013): Bürgerschaftliches Engagement als Aufgabe der Freien Wohlfahrtspflege. Berlin.
- BAGFW (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege) (Hrsg.) (2014): Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege Gesamtstatistik 2012. Berlin.
- Bauer, C./Petkova G. (2015): Branchenprofil: Maschinenbau in Hessen. Wiesbaden.
- Bauer, R. (2001): Personenbezogene soziale Dienstleistungen: Begriff, Qualität und Zukunft. Wiesbaden.
- Behr, K./Liebig, R./Rauschenbach, T. (1999): Das Ehrenamt in empirischen Studien – ein sekundär-analytischer Vergleich. Stuttgart.
- Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt-Universität zu Berlin (Hrsg.) (2015): EFA-Studie. Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland. Berlin.
- Birkhölzer, K./Klein, A./Priller, E./Zimmer, A. E. (Hrsg.) (2015): Dritter Sektor/Drittes System: Theorie, Funktionswandel und zivilgesellschaftliche Perspektiven. Wiesbaden.
- Brinkmann, V. (Hrsg.) (2010). Sozialwirtschaft. Grundlagen – Modelle – Finanzierung. Wiesbaden.
- Bundesagentur für Arbeit (o. J.): Kurzinformationen zur Beschäftigungsstatistik. In: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Kurzinformationen/Generische-Publikationen/Kurzinformation-Beschaeftigungsstatistik.pdf> (15.04.2016).
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2008 bis 2015): Arbeitsmarkt in Zahlen. Beschäftigungsstatistik. Frankfurt a. M.
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2014): Der Arbeitsmarkt in Deutschland – Fachkräfte in der Kinderbetreuung und -erziehung. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2015a): Der Arbeitsmarkt in Deutschland – Altenpflege. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2015b): Der Arbeitsmarkt in Deutschland – Fachkräfteengpassanalyse. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2015c): Methodenbericht. Beschäftigungsstatistik – Revision 2014. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2016): Glossar der Beschäftigungsstatistik der BA. Nürnberg.
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland e. V. (BAGIV) (o. J.): Freie Wohlfahrtspflege. In: <http://www.bagiv.de/pdf/FreieWohlfahrtspflege.pdf> (14.04.2016).
- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (o. J.): Abgabenordnung. In: https://www.gesetze-im-internet.de/ao_1977/_66.html (14.04.2016).
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (1981) (Hrsg.): Soziale Dienstleistungen als Träger potentiellen Wachstums und ihr Beitrag zum Abbau längerfristiger Arbeitslosigkeit. Untersuchung einer Arbeitsgruppe der Prognos AG. Bonn.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2012): Erster Engagementbericht 2012. Für eine Kultur der Mitverantwortung. Zentrale Ergebnisse. Berlin.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2016): Freiwilliges Engagement in Deutschland Zentrale Ergebnisse des Deutschen Freiwilligensurveys 2014. Berlin. In:

- <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Freiwilligensurvey-2014-Kurzfassung,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> (15.05.2016)
- Ehrlich, M./Hänel, A. (2011): Sozialwirtschaftsbericht Thüringen. Institut für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Eul, M. (2014): Klassifikationsserver – Standardklassifikationen im maschinenlesbaren Format. Wiesbaden.
- Falter, A. (2010): Wirtschaftsfaktor Wohlfahrtsverbände. Frankfurt a. M. In: Deutsche Bank Research (Hrsg.): Research Briefing.
- Frey, J./Thalheimer, F. (2010): Methodeninventar zur regionalen Bruttowertschöpfung. Stuttgart.
- Generali Zukunftsfonds (2009): Engagementatlas 09. Daten. Hintergründe. Volkswirtschaftlicher Nutzen. Aachen.
- Gruber, C. (2014): Zum Konzept der Sozialwirtschaft – Einige Klärungen zum Begriffsverständnis. Soziales Kapital Nr. 11. Wien.
- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (Hrsg.) (2012): Auswirkungen der Konjunkturprogramme für Hessen – Zusammenfassender Abschlussbericht. Report Nr. 825. Wiesbaden.
- Institut Arbeit und Technik (IAT) der Westfälischen Hochschule (2015): Fachkräftemangel als Chance zur Aufwertung der Sozial- und Gesundheitsberufe. Bochum.
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V. (2015): Fachkräfteengpässe in Unternehmen: Geschlechterunterschiede in Engpassberufen. Köln.
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2011): Demografischer Wandel und Arbeitsmarkt in Hessen. Nürnberg.
- Karmann, A./Werbloff, A./Karmann, B./Jurack, A. (2011): Gutachten zur Sozialwirtschaft in Sachsen unter besonderer Berücksichtigung der Freien Wohlfahrtspflege, im Auftrag der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen. Dresden.
- Kramer, J. (2006): Sozialwirtschaft: Zur inhaltlichen Strukturierung eines unklaren Begriffs. Wismarer Diskussionspapiere 6/2006. Wismar.
- Kukula, N./Sell, S./Tiedemann, B. (2014): Mehrwertschöpfung: Die Freie Wohlfahrtspflege als Wirtschaftsfaktor: Institut für Bildungs- und Sozialpolitik der Hochschule Koblenz.
- Laduch-Reichelt, I. (2014): Presseinformation: Postbank: Im Sparen sind die Hessen Spitze. Postbank Analysen In:
https://www.postbank.de/postbank/pr_presseinformation_2014_10_22_postbank_im_sparen_sind_die_hessen_spitze.html (14.04.2016).
- Nock, L./Krev, G./Mildenberger, G. (2013): Soziale Innovationen in den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege – Strukturen, Prozesse und Zukunftsperspektiven. Berlin.
- Pavel, F. (2013): Möglichkeiten der Darstellung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Sozialwirtschaft – Machbarkeitsstudie. Berlin.
- Pfau-Effinger, B./Och, D. S. R./Eichler, M. (2008): Ökonomisierung, Pflegepolitik und Strukturen der Pflege älterer Menschen. In: Evers, A./Heinze, R. G. (Hrsg.) Sozialpolitik: Ökonomisierung und Entgrenzung VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 83–98.
- Puch, H. J./Schellberg, K. (2010): Sozialwirtschaft Bayern: Umfang und wirtschaftliche Bedeutung. Nürnberg.
- Rosenki, N. (2012): Die wirtschaftliche Bedeutung des Dritten Sektors. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2007; 2009; 2011; 2013): Pflegestatistik – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung – Deutschlandergebnisse. Wiesbaden.

- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2007; 2009; 2011; 2013): Grunddaten der Krankenhäuser – statistisches Bundesamt (2011-2013). Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2008): Klassifikation der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen. Wiesbaden.
- Statistisches Landesamt Hessen (Hrsg.) (2008, 2010, 2012, 2014): Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege in Hessen. Wiesbaden.
- Statistisches Landesamt Hessen (2015): Durchschnittliche bezahlte Wochenarbeitszeit, Bruttoverdienste und Sonderzahlungen der Vollzeitbeschäftigten im 3. Quartal 2015 und deren Veränderungen nach Wirtschaftszweigen. In: <http://www.statistik-hessen.de/themenauswahl/einkommen-verdienste-verbrauch/landesdaten/verdienste-arbeitszeiten/wochenarbeitszeit-bruttoverdienste-und-sonderzahlungen-der-vollzeitbeschaeftigten/index.html> (14.04.2016).
- Statistisches Landesamt Hessen (Hrsg.) (2016): Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Hessen und Deutschland 2008 bis 2015. Wiesbaden.
- Wagner, G. (2012): Sozialwirtschaft Sachsen-Anhalt, im Auftrag der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege im Land Sachsen-Anhalt. Halle.
- Wendt, W. R. (2003): Sozialwirtschaft – eine Systematik. Baden-Baden.
- Wendt, W. R. (2016): Sozialwirtschaft kompakt – Grundzüge der Sozialwirtschaftslehre. Wiesbaden.
- Wohlfahrt Intern (Hrsg.) (2016): Jahrbuch Tarif & Entgelt: So zahlt die Sozialwirtschaft. Berlin.

Kurzprofil

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS-Frankfurt a. M.) wurde im Jahr 1974 vom Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt e.V. (AWO) gegründet und ist seit 1991 als rechtlich selbständiger gemeinnütziger Verein organisiert. Der Hauptsitz liegt in Frankfurt am Main. In Berlin unterhält das ISS ein Projektbüro.

Das ISS-Frankfurt a. M. beobachtet, analysiert, begleitet und gestaltet Entwicklungsprozesse der Sozialen Arbeit und erbringt wissenschaftliche Dienstleistungen für öffentliche Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände und private Träger. Das Institut erhält durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Projektförderung.

- Das Leistungsprofil des ISS-Frankfurt a. M. steht als wissenschaftsbasiertes Fachinstitut für Praxisberatung, Praxisbegleitung und Praxisentwicklung an der Schnittstelle von Praxis, Politik und Wissenschaft der Sozialen Arbeit und gewährleistet damit einen optimalen Transfer.
- Zum Aufgabenspektrum gehören wissenschaftsbasierte Dienstleistungen und Beratung auf den Ebenen von Kommunen, Ländern, Bund und der Europäischen Union sowie der Transfer von Wissen in die Praxis der Sozialen Arbeit und in die Fachöffentlichkeit.
- Die Arbeitsstruktur ist geprägt von praxiserfahrenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, häufig mit Doppelqualifikationen, die ein breites Spektrum von Themenfeldern in interdisziplinären Teams bearbeiten. Dadurch ist das Institut in der Lage, flexibel auf Veränderungen in Gesellschaft und Sozialer Arbeit sowie die daraus abgeleiteten Handlungsanforderungen für Dienstleister, Verwaltung und Politik einzugehen.
- Auf unserer Website www.iss-ffm.de finden Sie weitere Informationen zum ISS-Frankfurt a. M. und zu dessen Kooperationen sowie Arbeitsberichte, Gutachten und Expertisen zum Download oder Bestellen.





Institut für Sozialarbeit
und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0) 69 / 95789-0
Telefax +49 (0) 69 / 95789-190
E-Mail info@iss-ffm.de
Internet www.iss-ffm.de

